

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

211 · Mai 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 387

Essay

EFFI BÖHLKE

Auf den Spuren von Simone de Beauvoir.
Impressionen aus Paris 339

Historisch-kritisches Wörterbuch

FRIGGA HAUG

Kampagne. Ein HKWM-Stichwort 399

Anti-Neoliberalismus

PETRA KAISER

Bourdieus Gegenfeuer. Soziologische Gegenwartsdiagnose
im Gewand einer politischen Kampfansage 408

THOMAS KÖHLER

Verlorenes Terrain. Über das Schwinden von Freiheit
und Widerständigkeit im neoliberalisierten Alltag 424

Gesellschaft: Analysen & Alternativen

RAINER VOLKMANN

Konsolidierung um jeden Preis?
Ein deutliches »JA« zur Staatsverschuldung 430

JÖRG BECKER

Massenmedien, Migration und positive Differenz 443

GERO ZOBEL

Zum Begriff der Demokratie bei Rosa Luxemburg 451

Bericht

KAI AGTHE

Die Einheit von Leben und Werk.
Paul Werner Wagner befragte in Halle (Saale)
den Publizisten Friedrich Dieckmann 458

Dokumentation

LANDESVERTRETUNG DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN LANDESGRUPPE SCHWEDEN Rundbrief Nr. 7, Juni 1943 Gewerkschaften und Komintern	462
--	-----

In Memoriam

Peter von Oertzen zum Gedenken Nachruf des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den Theoretiker und politischen Vorkämpfer von demokratischem Sozialismus	466
---	-----

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	468
---	-----

Bücher & Zeitschriften

Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen (ULRICH BUSCH)	470
---	-----

Heinz Langer: Die lebendige Revolution. Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit (JÖRG ROESLER)	471
--	-----

Roland Klautke, Brigitte Oehrlein (Hrsg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. Beiträge des »Kritischen Bewegungsdiskurses« (DOMINIK ELTGES)	473
---	-----

Nils Zurawski (Hg.): Surveillance Studies. Perspektiven eines Forschungsfeldes (MARCO TULLNEY)	474
---	-----

Freerk Huiskens: Über die Unregierbarkeit des Schulvolks – Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw. (VINZENZ BOSSE)	476
---	-----

Summaries	478
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	480

Gastkolumne

Der Fortschritt ist die Verwirklichung von Utopien. Das jedenfalls glaubte Oscar Wilde und schrieb diesen Satz 1891 in »The Soul Of Man Under Socialism«. Dabei meinte er einen anderen Fortschritt als den, wie er heute verstanden wird. Das heutige Fortschrittsdenken umkreist beständig das magische Zentrum der Wirtschaft. Es gibt keinen Lebensbereich mehr, der nicht beeinflusst ist vom wirtschaftlichen Fortschritts- und Gewinnstreben. Da sind sich sicher alle einig. Aber es gibt einen Bereich, der nur begrenzt rein monetär ausgerichtet werden kann, weil eben auch seine Ressourcen begrenzt sind. Das ist der Bereich der Landwirtschaft. Darin sind sich viel zu wenig einig.

In Deutschland allein hängt jeder neunte Arbeitsplatz mit der Landwirtschaft zusammen. Also sowohl vor- als auch nachgelagerte Bereiche wie die Futtermittel-, Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie, die Agrartechnik, das Tourismusgewerbe und der riesige Koloss der Ernährungs- und Nahrungsmittelindustrie. Ebenso stark hängt die Landwirtschaft ab vom Klima, von der Tier- und Pflanzenartenvielfalt und von der Boden- und Wasserqualität. Diese Konstellation, wirtschaftliche versus ökologische Faktoren, kommt in keinem Wirtschaftszweig so vehement zum Tragen, wie in der Landwirtschaft. Und obwohl dies so ist, wird dem – wie in kaum einem anderen Wirtschaftsbereich – so wenig Rechnung getragen. Parteipolitisch genauso wie von Industrie, Handel und Gesellschaft.

Agrarpolitisch steht fest, die Landwirtschaft muss stark und wettbewerbsfähig sein. Dies ist kein neues Ziel dieser Bundesregierung. Das hehre Ziel, 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche im Jahre 2010 nachhaltig zu bewirtschaften ist ebenso eine Farce, wie das Ziel, Verbraucherinnen und Verbraucher transparent zu informieren. Tiere und Pflanzen sind Handelswaren – nicht mehr und nicht weniger. Immerhin ist allein die deutsche Ernährungsindustrie der viertgrößte Gewerbezweig hinter der Automobilindustrie, dem Maschinenbau und der Chemieindustrie. Dennoch beschränkten sich die großen agrarpolitischen Themen vergangener Jahre auf »Grüne Gentechnik«, Käfighaltung von Legehennen, Milchquote, erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe. Aktuell hinzugekommen ist nun noch die Debatte um die Bioenergieerzeugung und die Frage, was wichtiger ist, ein voller Tank oder der volle Teller. Doch die Bemühungen um Nachhaltigkeit und ökologisches Wirtschaften halten sich auffällig in Grenzen.

Die Einsicht, Ökologie nicht nur über schwindende Energiere Ressourcen, sondern über den gesamten Bereich landwirtschaftlicher Produktion und dem damit notwendigen Tier- und Artenschutz zu definieren,

findet nur wenig Rückhalt. Doch die »Tiere am Fließband« sind, wenn gleich eine kapitalistische Erfindung, doch in ihrer dramatischen Realisierung auch ein Produkt realsozialistischer Produktionsbedingungen. Mit den geplanten Schweinemastanlagen, vor allem im Osten Deutschlands, wird nicht nur die alte Produktionsphilosophie wieder aufgegriffen, indem man alte Stallungen wieder verwendet. Das bedeutet Mastanlagen von bis zu 100 000 Schweinen. DIE LINKE hat damit vor Ort kaum Probleme. Schließlich geht es um Arbeitsplatzsicherung. Auch wenn nur unverhältnismäßig wenig von ihnen geschaffen werden können und im Gegenzug dazu viele Arbeitsplätze aus kleinen und mittelständischen Betrieben zerstört werden, dieses Argument ist gerade in verarmten und von hoher Arbeitslosigkeit gezeichneten Städten und Dörfern insbesondere ein wahltaktisches. Wie sonst ließe sich erklären, dass eine Schweinemastanlage mit 80 000 Tieren, wie die geplante im brandenburgischen Hassleben, mit gerade einmal 50 neuen Arbeitsplätzen auf keinerlei linken Widerstand stößt?

Inwieweit die gesamte Problematik landwirtschaftlicher Produktion nicht nur eine des Tierschutzes, sondern hinsichtlich des Ressourcenverbrauchs an Wasser, Nährstoffen und Boden, eben auch eine des Arten- bzw. Umweltschutzes ist, wird kaum ernsthaft debattiert. Traditionelle Nutzpflanzen- und Nutztierassen fallen der industrialisierten Landwirtschaft zum Opfer. Knapp ein Drittel der Nutztierassen sind bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht. Doch nicht nur die, sondern auch Wildpflanzen und Wildtiere leiden unter intensiver Landwirtschaft.

Politisch relevant ist, was sich parteipolitisch gut »vermarkten« lässt. Das qualvolle, rituelle, betäubungslose Schlachten (Schächten) wird aus religiöser Rücksichtnahme dem ebenso qualvollen Geschehen in den Schlachthäusern, in denen mehr oder weniger betäubt wird, gegenübergestellt. Dieses Abwägen erschwert nicht nur einen Dialog zwischen den Befürwortern und Gegnern der Schächtpraxis, sondern unterbindet ihn bewusst. Denn während es kurzfristig unmöglich ist, dem Tierschutz zuträgliche Schlachtverfahren zu entwickeln und auch noch lukrativ zu machen, könnte das Schächten durch politische Entscheidungsgewalt sofort unterbunden werden. Mit Hilfe der anerkannten Elektrokurzzeitbetäubung, sogar religiös vertretbar.

Die lähmende Zurückhaltung der Linken in schwierigen Diskussionen (Atomkraftwerke, Gentechnik, Tierversuche usw.) führt programmatisch und in der politischen Arbeit vor Ort zu destruktiver Zurückhaltung. Bis heute ist unklar, welches Profil DIE LINKE hinsichtlich des Tier-, Arten- und Umweltschutzes hat. Das ist aus wahltaktischer Sicht dramatisch, denn dies ist keine nebensächliche Angelegenheit radikaler Aussteigerinnen und Aussteiger, sondern eine ernsthafte Form, sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Dazu muss DIE LINKE klar Stellung beziehen, will sie den Anschluss nicht verlieren.

ANJA LAABS

In eigener Sache:

ULLA PLENER, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, WOLFRAM ADOLPHI, GERD KURZE, MARTIN SCHIRDEWAN und JÖRN SCHÜTRUMPF sind am 25. 3. 2008 auf eigenen Wunsch aus der Redaktion ausgeschieden. Ich bedauere dies, zugleich bedanke ich mich aufrichtig für die vielen Jahre freundschaftlicher und kreativer Zusammenarbeit.

DIETMAR WITTICH

EFFI BÖHLKE

Auf den Spuren von Simone de Beauvoir

Impressionen aus Paris

Am 9. Januar dieses Jahres wäre Simone de Beauvoir 100 Jahre alt geworden. Weltweit finden dazu Events unterschiedlichster Art statt. Gefeierte wird eine Frau, die sich wie keine andere in die intellektuelle und politisch-praktische Geschichte der Frauenbewegung eingeschrieben hat. Mit ihrem exemplarischen Leben und Werk forderte sie die paternalistischen Strukturen und mit ihnen verbundenen Mentalitäten der modernen Gesellschaften heraus und wurde so zu einer der Avantgardistinnen der Bewegung für die Befreiung der Frauen, nicht nur in Frankreich, sondern europa-, ja weltweit.

Deutsche Presseorgane titelten um den 9. Januar mit Beauvoir; einschlägige Zeitschriften, wie die EMMA, brachten thematische Hefte; im Fernsehen wurden Filme über sie gezeigt; an der FU Berlin fand eine erste Tagung zum Thema statt.

In Frankreich selbst wurde der Geburtstag dieser Provokateurin in den Rang einer nationalen Feierlichkeit gehoben. Ich fuhr vom 7. bis 12. Januar nach Paris, um an dem vermutlich größten Kongress teilzunehmen, der in der Heimatstadt von Beauvoir veranstaltet wird, und nutzte die mir zur Verfügung stehende freie Zeit, um auf ihren Spuren durch Paris zu spazieren.

Montag, 7. Januar

Angekommen in Paris, werfe ich zunächst einen Blick in die Zeitungskioske. Unter dem Titel »Simone de Beauvoir. La scandaleuse« macht der *Nouvel Observateur* mit einem Aktphoto von Beauvoir auf (eine Aufnahme von 1952, die Beauvoir von hinten zeigt) und provoziert damit einen Skandal. Französische Feministinnen protestieren gegen diese Form von Voyeurismus; während der Tagung zeigt man mir eine ihrer Antworten: Sartre, als Akt, ebenfalls von hinten (vermutlich eine Collage). Am 11. Januar findet gar eine Demonstration der »Wachhündinnen« (»Chiennes de garde«) vor dem Sitz des Organs statt. Andere Zeitschriften sind seriöser: Die Zeitschrift *L'Histoire* bringt in einem Sonderheft ein ausführliches Gespräch mit der deutschen Beauvoir-Spezialistin Ingrid Galster: »Die drei Leben von Simone de Beauvoir« (»Les trois vies de Simone de Beauvoir«, immerhin 12 Seiten lang), und das *Magazine littéraire* titelt mit »Simone de Beauvoir. Die Leidenschaft der Freiheit« (»Simone de Beauvoir. La passion de la liberté«) und einem Photo von Beauvoir (hier im Halbprofil, schräg von rechts vorn und nur bis zum Halsausschnitt). Es versammelt Aufsätze von französischen Spezialistinnen wie Julia Kristeva, Benoîte Groult, Danièle

Effi Böhlke – Jg. 1963; Dr. phil.; freie Mitarbeiterin der RLS; Arbeitsschwerpunkte: Politisches Denken in Frankreich und Russland. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Ein weites Feld. Die Linke und Bourdieu, Heft 200 (Juni 2007).

Aus Anlass des 100. Geburtstages von Simone de Beauvoir führt die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. und 28. Juni in Berlin eine Internationale Konferenz durch zum Thema »Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Beauvoir und die Befreiung der Frauen von (männlicher) Herrschaft«. Weitere Informationen: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=455&type=0>

»Ich bin am 9. Januar 1908 um vier Uhr morgens geboren, und zwar in einem Zimmer mit weißlackierten Möbeln, das nach dem Boulevard Raspail zu lag.« (Simone de Beauvoir: Memoiren einer Tochter aus gutem Hause. Reinbek bei Hamburg 2006, S. 9)

Sallenave, Élisabeth Badinter, von der Adoptivtochter Beauvoirs, Sylvie le Bon de Beauvoir, und wiederum einen von Ingrid Galster. Das Ereignis hat also, wenn nicht die Straße, so doch die Kioske erreicht. Und auch die Bücherläden sind voll von entsprechenden Neuerscheinungen. Hier sind insbesondere zu nennen die umfangreiche Biographie »Kriegsbiber« (»Castor de guerre«) von Danièle Sallenave, das kleine, aber sehr informative Buch »Simone de Beauvoir. Die Freiheit schreiben« (»Simone de Beauvoir. Écrire la liberté«) von Jacques Deguy und Sylvie Le Bon de Beauvoir (beide bei Gallimard erschienen) sowie »Beauvoir in all ihren Zuständen« (»Beauvoir dans tous ses états«) von Ingrid Galster (auch hier prangt ein elegantes Photo auf dem Cover, wieder Halbprofil, von links, Beauvoir schaut dem Betrachter ernst in die Augen). Zumeist sind diese Bücher auf einem gesonderten Tisch angeordnet, umgeben von den Titeln der Autorin selbst sowie von Studien älteren Datums, aber auch von der umfangreichen Literatur zur Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung. Mein Koffer wird immer schwerer.

Im Hotel angekommen, stecke ich mir das Buch von Inga Westerteicher »Das Paris der Simone de Beauvoir«, das ich mir bereits in Berlin besorgt hatte, in die Tasche und spaziere dann zurück Richtung *Place St. Michel*. An *Notre Dame* vorbei gelange ich über die kleine Fußgängerbrücke auf die *Île Saint Louis*. Bei einem Tee im Café *Le Flore en l'île* blättere ich in dem Büchlein und stelle mir ein paar Routen zusammen, auf denen ich mir die Lebensstationen der berühmten Pariserin erlaufen will. Als die Teekanne geleert ist, mache ich mich also in umgekehrter Richtung wieder Richtung Quartier Latin auf den Weg. Auf der *Place St. Michel* angekommen, wende ich mich nach rechts und gehe durch die belebte *Rue Saint-André des Arts*. Vorbei an Ständen, wo Meeresfrüchte angeboten werden, nähere ich mich dem *Bd. Saint Germain*. Dort erinnere ich mich daran, dass mir vor rund einem Jahr, als ich wegen Blasen an den Füßen (die ich mir – eben bei exzessiven Stadtwanderungen – mit offensichtlich unpassendem Schuhwerk weggeholt hatte) eines Sonntagmorgens eine offene Apotheke suchte, eine ältere Dame den Weg dahin mit folgenden Worten beschrieb: »Die ist genau vis-à-vis von dem Café, wo Beauvoir und Sartre verkehrten!« Damit meinte sie offensichtlich *Les deux Magots* (Bd. St. Germain, Nr. 170), wo auch die Kirche steht, in der René Descartes begraben liegt (seit jüngster Zeit trägt dieser Platz im Übrigen den Namen *Place Jean-Paul Sartre et Simone de Beauvoir*).

Ich schaue in das Café hinein: An den Wänden, je auf einem Podest, zwei Holzfiguren asiatischen Ursprungs, auf welche der Name des Lokals zurückzuführen ist. Zwei Häuser weiter das *Café de Flore*, in dem Simone de Beauvoir ab 1938 oftmals die Abende zubrachte.

Dienstag, 8. Januar

Am nächsten Morgen spaziere ich von meinem Hotel in der *Rue Monge*, gleich neben den *Arènes de Lutèce* gelegen, einem restaurierten römischen Amphitheater, Richtung *Bd. Montparnasse*, der aufs engste mit Beauvoirs Leben verbunden ist. Der Tag ist trüb; die

»Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es.« (Simone de Beauvoir: Das andere Geschlecht. Reinbek bei Hamburg 2000, S. 334)

Tour Montparnasse ist von Nebel umhüllt und sieht noch düsterer aus als sonst. An der Kreuzung *Bd. Raspail* und *Bd. Montparnasse* Nr. 103 steht das Geburtshaus von Simone de Beauvoir, ein Eckhaus mit Fenstern auf beide Boulevards. Das im Erdgeschoss befindliche *Café La Rotonde*, das für Beauvoir eine wichtige Rolle spielte, wird gerade umgebaut. Gegenüber das nicht weniger berühmte *Dôme*, und etwas weiter rechts *La Coupole*, wo nicht zufälligerweise das Abschlussdiner der Konferenz stattfinden soll.

Ich gehe am *Dôme* vorbei und durch die *Rue Huygens* zum *Cimetière du Montparnasse*, zum Grab von Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre. Es ist nicht schwer zu finden: Auf dem Friedhofsplan hat es die Nummer 5/1; nach dem Eingang wendet man sich in die erste Gasse rechts, und gleich dort ist es, schlicht, aus hellem Stein. Ich wundere mich über die Gaben, die Besucher dort hinterlassen haben: Fahrscheine, von Steinchen festgehalten, ein winziger Zweig mit drei roten Beeren daran, und sogar ein Ei. Nachdem ich das alles betrachtet habe, mache ich mich auf die Suche nach der Ruhestätte von Emile Durkheim; dabei stoße ich auf diejenige von Alfred Dreyfus, dem jüdischen Offizier. Es sind viele jüdische Gräber hier. Als ich wieder am Grab von Beauvoir und Sartre vorbeikomme, sind die Fahrscheine, der Zweig und das Ei verschwunden. Eine junge Frau schmückt den Stein mit frischen Blumen; wie sie sagt, kommt sie von einer Gärtnerei, die mit der Grabpflege betraut ist, und bereitet nun alles für den morgigen Geburtstag vor. Auf meine Frage, ob die Sache mit den Fahrscheinen französische Tradition sei, antwortet sie mir, dass sie sich auch darüber wundere. Typisch Französisch sei dies nicht!

Gleich nebenan die *Rue Schoelcher*, in welcher Beauvoir lange Zeit – von 1955 bis zu ihrem Tod, und mit Blick auf den Friedhof – gelebt hatte. Ich selbst laufe den *Bd. Raspail* hinunter, schaue in die *Maison des Sciences de l'Homme* hinein, wo ich Gespräche zu führen habe und ein paar Stunden in der Bibliothek des Hauses arbeite. Anschließend spaziere ich zur *Rue de Rennes*. In der Nr. 71, 5. Stock war das zweite Zuhause von Beauvoir, in das ihre Familie umziehen musste, nachdem sich ihre finanzielle Situation verschlechtert hatte. Durch den *Jardin du Luxembourg*, in dem sie zeitlebens viel spazieren ging, sich mit Freunden traf, Bücher las oder sich einfach erholte und erfreute, wandere ich wieder Richtung *Rue Monge* zurück.

Abends bin ich bei Freunden eingeladen, Josiane und Louis; beide sind aufs engste mit Pierre Bourdieu und seinen Ideen verbunden, Josiane engagiert sich aber auch inhaltlich und praktisch in der französischen Frauenbewegung. Wir sprechen über die Ereignisse rund um den Beauvoir-Geburtstag und diskutieren über Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Beauvoir und Bourdieu hinsichtlich der Frauenfrage; immerhin hatte Bourdieu das Buch über »Die männliche Herrschaft« (»La domination masculine«) veröffentlicht, das gerade unter französischen Feministinnen viel Kritik hervorrief. Dennoch sind, so kommen wir überein, die Ähnlichkeiten der Ansichten beider in verschiedenen Domänen nicht zu übersehen, gerade auch was das Problem der »freiwilligen Knechtschaft« bzw. der »Komplizenschaft« der Frauen anbelangt. Daran wollen wir weiter arbeiten.

»Auf einer Wiese ausgestreckt, betrachtete ich in Augenhöhe das Wimmeln der Grashalme... Ich hob den Blick zu der Eiche empor; sie beherrschte die Landschaft und hatte nicht ihresgleichen. Ihr gedachte ich ähnlich zu sein.«
(Simone de Beauvoir: *Memoiren einer Tochter aus gutem Hause*. A. a. O., S. 202)

Mittwoch, 9. Januar

Heute ist der Geburtstag von Simone de Beauvoir. Und heute beginnt auch das Internationale Kolloquium. Ich bin gespannt, auch auf das Publikum: Wie wird der Anteil von Männern und Frauen sein? Von Jungen und Alten? Von Franzosen und Ausländern?

Nach dem Frühstück gehe ich die *Rue des Ecoles* entlang, vorbei an einer Dependence des *Harmattan*-Verlags, am *Collège de France*, wo ich 1991 Bourdieus Vorlesungen zur »Frage des Staates« (»La question de l'État«) hörte, an der *Sorbonne*, wo Beauvoir studiert hatte – gegenüber sitzt Michel de Montaigne und schaut mir freundlich-ironisch zu – Richtung *Rue de l'École de Médecine* Nr. 15. Dort soll das Kolloquium stattfinden, und zwar im *Réfectoire des Cordeliers*, einem ehemaligen Refektorium von Franziskanermönchen. Das ist nicht irgendwo: In diesem mittelalterlichen Gebäude tagte der *Club des Cordeliers, La société des droits de l'homme et du citoyen*, die in den 1790er Jahren die Erklärung über die Menschen- und Bürgerrechte ausarbeitete. Vor dem Eingang wartet schon eine Menschenmenge: Männer und Frauen, recht gemischt, wenngleich der Frauenanteil höher ist. Und es werden unterschiedliche Sprachen gesprochen: Französisch und Englisch dominieren, aber ich vermeine auch nördliche und asiatische Sprachen zu vernehmen, zu weilen – doch eher selten – meine eigene, also die deutsche.

Im Refektorium selbst ein beeindruckendes Bild: Der Saal ist groß, düster, die Wände und Decken von Scheinwerfern beleuchtet. Lange Stuhlreihen sind aufgebaut, die sich rasch füllen (es ist von 400 angemeldeten Gästen die Rede). In einer Nische hinter dem Podium hängt ein Bild von Simone de Beauvoir: Gesammelt und aufmerksam scheint sie das Publikum zu betrachten.

Eröffnet wird das Kolloquium von Guy Cousineau, dem Präsidenten der Universität Paris 7 Denis Diderot, Julia Kristeva, der aus Bulgarien gebürtigen, jedoch seit langem in Paris lebenden Philosophin, Psychoanalytikerin und Schriftstellerin, die mit Arbeiten über berühmte Frauengestalten – u. a. Hannah Arendt – bekannt wurde, von Sylvie Le Bon de Beauvoir, der bereits erwähnten Adoptivtochter Beauvoirs, die aktiv die Herausgabe der Werke von Beauvoir betreibt (und als sie vor dem Photo von Beauvoir Platz nimmt, dieser in erstaunlicher Weise ähnlich sieht), sowie von Yolanda Astarita Patterson, der Präsidentin der Internationalen Simone de Beauvoir Society, deren Vertreterinnen und Vertreter hier so zahlreich versammelt sind. Alle vier betonen die Bedeutung von Beauvoir für die Entwicklung der geistigen und politischen Szenerie in Frankreich und der französischen, aber auch der internationalen – insbesondere amerikanischen – Frauenbewegung, wurde doch Beauvoir gerade auch in den USA besonders stark rezipiert, wenngleich sie, so Sylvie Le Bon de Beauvoir, nicht auf den Feminismus reduziert werden dürfe. Letztere unterstreicht die enge Beziehung zwischen dem Leben und dem Schreiben bei Beauvoir und die Eigenständigkeit derselben gegenüber ihrem Lebensgefährten Sartre. Julia Kristeva wiederum spricht von einer »anthropologischen Revolution«, die Beauvoir ausgelöst habe; mit ihrer Vorstellung von der »Transzendenz als Freiheit« gebe Beauvoir zumindest die philosophischen Mittel in die Hand, sich von den Zwängen der Geburt frei und zum Autoren sei-

nes eigenen Lebens zu machen. Zudem weist sie auf verschiedene Spannungen bzw. Ambiguitäten bei Beauvoir hin: Die Spannung zwischen der Philosophin, der Soziologin, der Politologin sowie der Schriftstellerin Beauvoir; auf diejenige zwischen ihrem Universalismus einerseits, der aus der hegelianischen Tradition komme, und ihrer Darstellung des Singulären, des Einzelfalles, andererseits, angefangen bei sich selbst; auf die damit verbundene Spannung zwischen der politischen Philosophie der Freiheit auf der einen, und der Darstellung des, ja des Verhaftens im Intimen, andererseits; schließlich auf die Ambiguitäten, die Beauvoir nicht nur zwischen, sondern in den Geschlechtern selbst ausgemacht habe. Diese Ambiguitäten und Spannungen ausgehalten und durchlebt zu haben, so Kristeva, mache aber gerade das Vielseitige und Spannende, die Spannkraft von Leben und Werk Beauvoirs, aus. Sie bezeichnet Beauvoir als eine Frau, die durch enormen Aktivismus und Intensität von Lebensführung und -freude gekennzeichnet war.

Als »Highlight« der Konferenz und Überraschung für alle Teilnehmenden kündigt sie die Installierung des Simone de Beauvoir-Preises für die Freiheit der Frauen (Prix Simone de Beauvoir pour la liberté des femmes) an, der aus Anlass des 100. Geburtstages Beauvoirs von CULTURESFRANCE und dem Verlagshaus Gallimard gestiftet und einmal jährlich vergeben werde, und zwar diesmal an Ayaan Hirsi Ali und Taslima Nasreen.

Dieser erste Tag des Kolloquiums steht unter dem Motto »Das Intime (be-)schreiben« (»Ecrire l'intime«). Spezialistinnen und Spezialisten aus Frankreich, den USA und Dänemark – Philosophinnen und Philosophen, Biographinnen und Biografen, Übersetzerinnen und Übersetzer, Autorinnen und Autoren, Zeitzeugen, die Beauvoir persönlich kannten, wie Claude Lanzmann – behandeln aus ihrer jeweiligen Perspektive das schon von J. Kristeva angeschlagene Thema der engen Beziehung zwischen Leben und Werk, »vie et Œuvre« von Beauvoir. So ersteht Simone de Beauvoir im Laufe der Beiträge als eine Person, die in exemplarischer Weise den Versuch unternahm, Autorin nicht nur ihrer Werke, sondern ihres Lebens selbst zu werden und das von ihr konstruierte Leben in ihren Schriften zu rekonstruieren, seien dies ihre Briefe, ihre Tagebücher, ihre darauf basierenden Memoiren oder Romane. Philosophische Quintessenz dieser permanenten (Selbst-) Konstruktionen und Rekonstruktionen sei eben ihr Hauptwerk, »Das Andere Geschlecht« (»Le deuxième sexe«, 1949), in welchem sie, von der individuellen zur allgemeinen Ebene aufsteigend, die Frauen aufforderte, auf der Basis ökonomischer Unabhängigkeit zu selbstbewussten Gestalterinnen, Autorinnen ihres eigenen Lebens zu werden – also eine Subjekt- und keine Objektrolle einzunehmen.

Unmöglich, auf jeden der interessanten Beiträge einzugehen. Ich will hier nur Danièle Sallenave erwähnen, die sehr lebendig beschrieb, wie sie ihr Buch »Castor de Guerre« über Beauvoir verfasste, sowie Sheila Malovany-Chevallier und Constance Borde, die an einer Neuübersetzung von »Le deuxième sexe« ins Englische arbeiten und über ihre Prinzipien berichten, die sie dabei anwenden (so versuchen sie, so nahe wie möglich am Original zu bleiben, ja selbst die Interpunktion beizubehalten, was bei den vielen Doppelpunkten

»In meinem ganzen Leben bin ich niemandem begegnet, der so zum Glück begabt gewesen wäre wie ich, auch niemandem, der sich mit gleicher Hartnäckigkeit darauf versteift hätte.«
(Simone de Beauvoir: In den besten Jahren. Reinbek bei Hamburg 2004, S. 27)

und Semikolons bei Beauvoir nicht so einfach ist). Und während die französische Spezialistin Catherine Viollet über die Korrespondenz von Beauvoir mit Violette Leduc referiert, trifft ein politischer Gast ein; die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Valérie Pécresse, die in ihrer kurzen Ansprache den Einfluss von Beauvoir auf das geistig-politische Leben Frankreichs betont, der bis dahin geführt habe, dass nunmehr, und zwar unter einem konservativen Präsidenten, die erste paritätisch besetzte Regierung entstanden sei, in der ebenso viele Männer wie Frauen Minister sind!

Die französische Historikerin Michelle Perrot, die eine der Nachmittagssessionen leitet, bezeichnet Simone de Beauvoir als eine »freie Frau, die es wagte, nein zu sagen, die anders lebte und liebte«. Und so spielen denn auch die erotischen Beziehungen der Beauvoir zu Menschen beiderlei Geschlechts eine große Rolle, etwa bei Claude Lanzmann, selbst einer ihrer intimen Weggefährten, oder bei der Dänin Anastassia Arnold, die sich auf den Briefwechsel zwischen Beauvoir und dem Amerikaner Nelson Algren bezieht.

Der Abend klingt aus bei einem Empfang im Hôtel de Ville, dem Sitz des Bürgermeisters von Paris. Auf dem Weg dorthin zeigt mir meine Freundin Josiane noch das Wohnhaus von Sartre in der Rue Bonaparte 42, und wir spazieren die Rue Jacob entlang, in welcher sich der *Cours Désirs* befand, die erste Schule, die Simone mit fünf-einhalb Jahren besuchte. Während des Empfangs im Rathaus liest die Schauspielerin Marie-France Pisier aus dem Briefwechsel zwischen Beauvoir und Algren, und bei einem Glas Champagner bietet sich die Gelegenheit, mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz näher ins Gespräch zu kommen, so mit Yolanda Astarita Patterson, der Präsidentin der Internationalen Simone de Beauvoir Society, die sie selbst ins Leben gerufen hatte.

Donnerstag, 10. Januar

Der Donnerstagvormittag ist der Philosophin Beauvoir gewidmet. Den Auftakt macht Michel Kail mit einer Ausführung über den Einfluss Beauvoirs auf Sartre. Zumeist werde ja, so Kail, der Einfluss von Sartre auf Beauvoir untersucht und betont (gewissermaßen die männliche Herrschaft auf dem Gebiet des Geistigen), er nun wolle den aktiven Part akzentuieren, den Beauvoir auf das philosophische Schaffen ihres Lebensgefährten ausgeübt habe, und zwar insbesondere beim Übergang von »Das Sein und das Nichts« (»L'être et le néant«) zur »Kritik der dialektischen Vernunft« (»Critique de la raison dialectique«). Gerade auch im Ergebnis von Diskussionen mit Beauvoir, führt Kail aus, habe Sartre die Begriffe der Transzendenz und der Alterität (»altérité«, im Sinne von Andersheit) eingeführt und der Philosophie der Freiheit zuungunsten des Determinismus den Vorrang eingeräumt. In diesem Zusammenhang sei es auch zu einer Substantialisierung des Subjekts gekommen: Danach habe das Subjekt nicht die Freiheit, sondern es sei die Freiheit selbst. Für Beauvoir sei die einzige wirkliche Realität die Relation zwischen Subjekt und Welt, die selbiges immer wieder herstellt. Daraus resultiere allerdings die Frage danach, wer denn diese Relation beherrsche (im eigentlichen Sinne: wer denn hier das Subjekt ist).

»Er erzählte mir Geschichten, und vor allem ging er mit mir spazieren. Er zeigte mir Straßen und Plätze, Quais und Kanäle, die Friedhöfe, die Hafentempel und Lagerhäuser, die unsicheren Viertel, die Kneipen – so viele Ecken von Paris, die ich nicht kannte.« (Simone de Beauvoir: *Die Mandarins von Paris*. Reinbek bei Hamburg 2006, S. 57)

»Durch unsere Freiheitsliebe, unsere Auflehnung gegen die herrschende Ordnung, unseren Individualismus, unsere Achtung vor dem Handwerk näherten wir uns den Anarchisten. Genau gesagt jedoch ließ unsere Bindungslosigkeit sich in keine Schablone pressen. Wir waren Antikapitalisten, jedoch keine Marxisten...« (Simone de Beauvoir: *In den besten Jahren*. A. a. O., S. 39)

Nancy Bauer macht auf das komplizierte Verhältnis von Gleichheit und Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in »Das andere Geschlecht« aufmerksam. Während es einerseits ein philosophisches Werk über die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen darstellt, klingt es im letzten Kapitel mit der Vision der Geschlechtergleichheit aus. Und wie stehen die unterschiedlichen Frauengenerationen zur Frage von Geschlechtergleichheit bzw. -ungleichheit, wie leben sie diese? Wollen, umgangssprachlich formuliert, die Frauen alles anders machen als die Männer, oder wollen sie letztlich nur das Gleiche tun können, wie sie dies bei jüngeren Frauen beobachtet? Die Referentin verweist hier auf generationelle Unterschiede beim Umgang mit der Frauenfrage in den USA. Und während Martine Reid über die zunächst sehr feindliche Aufnahme von »Das andere Geschlecht« in Frankreich spricht, referiert Xian Miao über die unterschiedlichen Etappen der Rezeption dieses Werks in China. Christine Daigle arbeitet das besondere Gewicht des Begriffs der Ambiguität bei Beauvoir heraus. Diese lehne jede Konzeption der menschlichen Existenz als etwas Fixes, Fertiges zurück und fasse selbst den Körper nicht als etwas biologisch/natürlich Gegebenes, sondern als eine soziale und historische Konstruktion. Daigle verweist auf solche fundamentalen Ambiguitäten im Werk von Beauvoir wie diejenige zwischen dem Selbst und dem Anderen, zwischen Subjekt und Objekt sowie zwischen den Geschlechtern. Und jedes Geschlecht, so die Referentin, berge in sich selbst eine Ambiguität.

Das Mittagessen nehme ich mit einer äußerst freundlichen, aber ebenso pessimistischen Französin ein, die mir bereits in der Kaffeepause erklärt hatte, dass Schritt für Schritt sämtliches Französische verschwinde, ja der kulturelle Ausverkauf des Landes in vollem Gange sei. Nirgendwo mehr fänden sich typisch französische Speisen, außer auf sehr, sehr kleinen Inseln. Nun führt sie mich auf eine solche Insel; die allerdings den Namen *Pâtisserie viennoise*, also *Wiener Feinbäckerei* führt! Nichtsdestotrotz gibt es hier wahrlich schmackhaftes Essen und leckeren Kuchen.

Am Nachmittag zeigt das *Centre audiovisuel Simone de Beauvoir* Filme über Beauvoir – eine willkommene Abwechslung zu dem dichten Vortragsprogramm. Zunächst präsentiert Alice Schwarzer den Film, den sie 1973 für das Deutsche Fernsehen gedreht hatte: Besonders im ersten Teil sind schöne, ruhige Aufnahmen von einer nun schon betagten Beauvoir zu sehen, die aber nichts von ihrer außergewöhnlichen intellektuellen Intensität und der Präzision ihrer Meinungsäußerungen eingebüßt hatte. Alice Schwarzers Fragen beantwortet Beauvoir gesammelt, jedoch in schnellem, ja hastig wirkendem Redetempo und mit rauer Stimme. Nein, antwortet sie auf eine entsprechende Frage, seit Publikation von »Das andere Geschlecht« (diese liegt nunmehr fast 25 Jahre zurück) habe sich die Situation der Frauen in Frankreich nicht verbessert. Auch hinsichtlich ihrer verhältnismäßig optimistischen Äußerungen, die sie im selben Buch über die Lösung der Frauenfrage in den sozialistischen Ländern, speziell in der Sowjetunion gemacht hatte, zeigt sie sich ernüchtert. Der Sozialismus bringe nicht (unbedingt) die Befreiung der Frauen mit sich. Notwendig sei eine Revolution, die die Situation der Menschen ändert und nicht bloß die Eigentumsverhältnisse,

»Fest steht nur, dass die Möglichkeiten der Frau bisher erstickt worden, dass sie der Menschheit verlorengegangen sind und dass es in ihrem eigenen Interesse wie auch im Interesse aller höchste Zeit ist, sie ihre Fähigkeiten endlich ausschöpfen zu lassen.«
(Simone de Beauvoir: *Das andere Geschlecht*. A. a. O., S. 881)

heißt es im Film. In jedem Falle jedoch, und da bleibt sie ihren früheren Äußerungen treu, beginne die Emanzipation der Frau mit der ökonomischen Unabhängigkeit. Die Arbeit spielt in diesem Kontext also eine entscheidende Rolle. Ansonsten kommt es zu bzw. bleibt es bei der totalen Abhängigkeit von einem anderen Sein (zumeist des Mannes als des »großen Ernährers«). Sartre wiederum ist zum Zeitpunkt der Filmaufnahmen schon deutlich durch seine Krankheit gezeichnet.

Anschließend wird ein schwedischer Film von 1974 gezeigt: »Promenade in das Land des Alters« (»Promenad i de gamlas land« bzw. »Promenade au pays de la vieillesse«), an dessen Herstellung Beauvoir selbst beteiligt war. Immerhin hatte sie sich in den 60er Jahren intensiv mit dem Problem des Alterns beschäftigt und 1970 das Buch »Das Alter« (»La Vieillesse«) publiziert, in dem sie den unwürdigen Umgang der modernen Gesellschaften mit den alten Menschen anklagt und eine Integration derselben in die Gesellschaft fordert. Mit dem Film will sie ein Tabu brechen – nämlich das Verschweigen des Siechtums der Alten und Kranken in den französischen Altersheimen. Am selben Abend stellt die Kanadierin Madeline Gobeil, die lange Jahre als *Directeur des Arts* in der UNESCO tätig war, einen Film vor, den sie 1967 über Beauvoir und Sartre gedreht hatte und der aus verschiedenen Gründen erst seit drei Jahren überhaupt gezeigt wird. Der Film mit beeindruckenden Aufnahmen des berühmten Paares und des Paris der Zeit spielt während des Vietnam-Krieges; in ihm sind überraschend aktuell wirkende Äußerungen von Sartres gegen den US-Imperialismus enthalten. Und während Beauvoir über die Arbeit an ihren Memoiren berichtet, in denen sie in Proustscher Manier auf der Suche nach dem Mädchen ist, das sie einst war, spricht Sartre von seinem Buch über Flaubert, das er gerade verfasst.

Freitag, 11. Januar

Der Vormittag ist der »Sache der Frauen« (»La Cause des Femmes«) gewidmet. In z. T. bewegender Weise sprechen Zeitzeuginnen und Weggefährtinnen über gemeinsame Aktionen mit Beauvoir etwa im Rahmen der *Bewegung für die Befreiung der Frauen* (*Mouvement de libération des femmes*, MLF) oder der durch Sartre gegründeten Zeitschrift *Les Temps Modernes*. Mit ihren Schriften – insbesondere »Das andere Geschlecht«, aber auch den »Erinnerungen einer Tochter aus gutem Hause« – habe Beauvoir der französischen Frauenbewegung einen philosophischen Apparat in die Hand gegeben, und zwar Jahre vor deren Entstehen, wird immer wieder betont. In den 70er Jahren habe Beauvoir dann beobachten können, was aus ihren Ideen geworden war, wobei sie selbst wiederum durch das Engagement in der Frauenbewegung bereichert worden sei. Sie wollte, so etwa Annie Sugier, Präsidentin der Internationalen Liga für die Rechte der Frauen, die Frauen aus dem Schatten herausholen und kämpfte für die »Entkolonialisierung der Frauen«. In diesem Sinne bezeichnet Annie Zelensky Beauvoir als »engagierte Schriftstellerin« (»écrivaine engagée«), bei der eine starke Kohärenz von philosophischen Ideen und praktischem Handeln zu beobachten sei. Und während Josyane Savigneau von der Zeitung *Le Monde* von Beau-

»Erst seit die Frauen angefangen haben, sich auf dieser Erde heimisch zu fühlen, konnte es eine Rosa Luxemburg, eine Madame Curie geben.« (Simone de Beauvoir: *Das andere Geschlecht*. A. a. O., S. 183)

voir als der »Mutter von allen« (»la mère de toutes«) spricht und Alice Schwarzer von den »Töchtern von Beauvoir« (»les filles de Beauvoir«), bezeichnet die ehemalige Ministerin Huguette Bouchardeau Simone de Beauvoir als »femme monument«: Durch ihre Werke wie ihre Lebensweise habe sie die französischen Frauen sehr stark geprägt (das wurde mir in den Pausen immer wieder bestätigt). Die Soziologin Liliane Kandel hingegen plädiert für die Opportunität sehr unterschiedlicher Rezeptionsweisen der Ideen von Beauvoir: »Es gibt kein Monopol auf das Erbe Beauvoirs.« Ja, selbst den Begriff des Feminismus pluralisiert sie und spricht von »den Feminismen« (»les féminismes«). »Ich bin nicht in der Lage zu sagen, was der heutige Feminismus ist.«

Auf dem Nachmittagsprogramm steht die Beauvoir als Romanautorin (»Beauvoir romancière«). Literaturwissenschaftler analysieren insbesondere »Das Blut der Anderen« (»Le sang des autres«) und »Die Mandarins von Paris« (»Les Mandarins«) hinsichtlich ihrer moralisch-politischen Gehalte und Konflikte (zwischen Zielen und Mitteln des Handelns, der Notwendigkeit von Entscheidungen, der Verantwortung für Andere). Danièle Fleury spricht über die kritische, ja feindliche Aufnahme früher Texte von Beauvoir (»L'Invitée« und »Les bouches inutiles«) in Frankreich, die schon die ablehnende Haltung gegenüber dem 1949 erscheinenden Buch »Das andere Geschlecht« vorweggenommen hätte.

Kurz vor Ende des in seiner Vielfalt an Ansätzen und Anregungen beeindruckenden Symposiums erscheint noch eine Ministerin; die Ministerin für Kultur, Christine Albanel. Auch sie erzählt, wie sie in ihrem Leben durch die Lektüre der Schriften von Beauvoir beeinflusst wurde.

Abschließend spricht Julia Kristeva über ihre Haltung zu Beauvoir in der Spannung von Distanz und Nähe: Was sie von Beauvoir (unter-) scheidet, das sei deren ablehnendes Verhältnis zur Mutterschaft. Ihr (also Kristeva) selbst fehle unter den Feministinnen ein moderner Umgang damit! Schließlich stellt sie den Bezug zwischen Simone de Beauvoir und Hannah Arendt her: Beide, so Kristeva, hätten, wenngleich auf unterschiedlichen philosophischen Grundlagen, jegliche Form des Totalitarismus abgelehnt. Hier gebe es durchaus Ansatzpunkte für einen Vergleich beider Philosophinnen.

Krönung des Tages und der Tagung überhaupt ist ein Diner in *La Coupole*, wo Beauvoir und Sartre häufig verkehrten. Unter dem aggressiv anmutenden Sprechgesang von Michelle Brulé versuchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz, sich über die Ergebnisse der vergangenen drei Tage sowie über künftige Projekte auszutauschen.

Sonnabend, 12. Januar

Mein Flugzeug geht erst am späteren Nachmittag. Ich habe also noch Zeit für eine Abschiedspromenade. Von den *Arènes de Lutèce* laufe ich Richtung *Jardin des Plantes*, dem Botanischen Garten von Paris. Ich durchquere ihn und komme am Seine-Ufer heraus. Dann nehme ich aber doch den Bus Nr. 89 – mein Ziel liegt relativ weit außerhalb. Am Fluss entlang fahre ich zur 1996 eingeweihten *Bibliothèque nationale de France François Mitterand*. Ich steige die

»Nirgendwo hat man den Sozialismus realisiert, von dem Marx träumte. Man hat die Produktionsverhältnisse geändert. Heute wissen wir, dass die Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht ausreicht, um wirklich die Gesellschaft und den Menschen zu ändern. Folglich bleiben trotz des unterschiedlichen ökonomischen Systems auch die traditionellen Mann-Frau-Rollen erhalten.« (Simone de Beauvoir in einem Interview, das A. Schwarzer 1976 mit ihr führte. In: Alice Schwarzer: Simone de Beauvoir. Weggefährterinnen im Gespräch. Köln 2007, S. 79)

»Es ist Aufgabe des Menschen, dem Reich der Freiheit inmitten der gegebenen Welt zum Durchbruch zu verhelfen. Damit dieser höchste Sieg errungen werden kann, ist es unter anderem notwendig, dass Männer und Frauen über ihre natürlichen Unterschiede hinaus unmissverständlich ihre Brüderlichkeit behaupten.« (Simone de Beauvoir: *Das andere Geschlecht*. A. a. O., S. 900)

dunklen Treppen hinauf und sehe mir den monumentalen Bau mit seinen vier hohen Türmen an. Während sich mein Blick wieder der Seine zuwendet, entdecke ich mein »eigentliches« Ziel: die vom Architekten Dietmar Feichtinger entworfene *Passerelle Simone de Beauvoir*, eine schöne Fußgängerbrücke, die sich wellenförmig über den Fluss spannt. Durch eine raffinierte Kombination von Bogen- und Hängebrücke, die sich an zwei Stellen schneiden, ist der Zugang von verschiedenen Niveaus aus möglich. Den Namen erhielt sie bei ihrer Einweihung am 13. Juli 2006, also 20 Jahre nach dem Tode von Beauvoir. Bei der Brücke handelt es sich um die 37. Pariser Seine-Brücke, die fünfte Fußgängerbrücke und die erste, die einen weiblichen Namen trägt! Ich spaziere auf ihr zur anderen Flussseite hinüber. An der Uferpromenade stehen drollige Gestalten: Bronzefiguren von Rachid Kimoune: »Die Kinder der Welt« (»Les Enfants du Monde«) von 2001. Darunter ist auch eine »Deutsche Eva« (»Ève allemande«). Erkenne ich mich darin wieder?

Mein Pariser Aufenthalt geht langsam zu Ende. Ich bin (über-)erfüllt von den Impressionen, den An- und Aufregungen der letzten Tage. Ich ärgere mich nur über eins: dass ich keinen Fotoapparat mitgenommen hatte. Und so bleibt mir nur, die vielen Bilder im Gedächtnis zu bewahren.

Abends auf dem Flugplatz *Roissy-Charles de Gaulle* treffe ich einen französischen Soziologen, der sich mit Fragen der Evaluation befasst. Ich erzähle ihm von meinen Eindrücken von dem Beauvoir-Symposium, unter anderem auch von der Präsenz zweier Ministerinnen und einer Staatssekretärin. Er wiederum erzählt mir, dass demnächst die französischen Minister evaluiert würden. Ist die Anwesenheit politischer Prominenz auf der Tagung zu der wohl berühmtesten Französin des 20. Jahrhunderts auch aus einem solchen Faktum zu erklären?

Wieder in Berlin, fahre ich mit der S-Bahn zurück nach Zeuthen. Es ist bereits nach 22 Uhr – Partyzeit. In meinem Abteil sitzen vier lautstarke Mädchen von maximal 14 Jahren. Sie leeren eine Flasche nach der anderen – Bier, Sekt, Schnaps – und überreichen die geleerten Hüllen stolz zwei älteren Herren, die diese in einen blauen Müllsack einsammeln. Ist das nun, so frage ich mich, die negative Seite der Emanzipation? Hatte die Amerikanerin Nancy Bauer doch recht, dass es jüngeren Frauen und Mädchen oftmals schlicht darum geht, dasselbe tun oder lassen zu dürfen wie ihre männlichen Altersgenossen?

Emanzipation hat, wie der Feminismus auch, viele Gesichter, sage ich mir, und der Weg zur Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Frauen ist kein gerader oder linearer – er ist verschlungen und verläuft ganz offensichtlich über Um- und Ab- und Irrwege!

FRIGGA HAUG

Kampagne

Ein HKWM-Stichwort

Das Wort wurde im 17. Jh. aus dem Französischen (*campagne*, von lateinisch *campus*, Feld) zunächst in der Bedeutung von Feldzug ins Deutsche übernommen, später auf andere, zeitlich befristete Massenmobilisierungen übertragen. Bei einem solchen Feldzug, geführt gegen die Truppen der jungen revolutionären Republik Frankreich, stießen die deutschen Elitetruppen auf die unerwartete Widerstandsfähigkeit eines »unprofessionellen« Volksheeres. Goethe hat diese erste Begegnung mit der hegemonial überlegenen, demokratischen nationalen Massenmobilisierung festgehalten: »Von hier geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen« (Campagne in Frankreich, Hamburger Ausgabe, Bd. 10, 235).

Die moderne Kampagne entwickelte sich auf dem Boden der Kommerzialisierung unter den Voraussetzungen von politischer Zentralisierung, gedruckter Massenkommunikation, nationaler politischer Öffentlichkeit und zumindest einer gewissen strukturellen Demokratisierung. Zu ihren Voraussetzungen gehört auch, dass die Haltung zu bestimmten Fragen nicht ausschließlich von vorgegebenen sozialen Faktoren bestimmt ist. Daher sind Kampagnen hegemonie- und ideologietheoretisch zu analysieren.

»Das Geschäft ist immer kerngesund«, heißt es in »Kapital, Bd. 3«, »und die Kampagne im gedeihlichsten Fortgang, bis auf einmal der Zusammenbruch erfolgt« (MEW 25/502). Ein Hauptfeld der Kampagnen im Kapitalismus sind die unter enormem Aufwand geführten Werbe-Kampagnen, bei denen es darum geht, Markenartikeln mit Mitteln der Warenästhetik eine möglichst dominierende Marktgeltung zu verschaffen. Sie haben im 20. Jh. zunehmend die politischen Kampagnen beeinflusst, besonders markant bei Präsidentschaftswahlen in den USA, wo der Wahlkampf als *campaign* bezeichnet wird. In Deutschland haben sich zunächst vor allem die Nazis an den markentechnischen Kampagnen des US-Kapitals inspiriert (Voigt 1975). Politische Kampagnen-von-oben, die zunehmend von spezialisierten Agenturen geführt werden, bilden Meinungen und zielen darauf ab, eine bestimmte Entscheidung vorherrschend zu machen oder dem Führungspersonal politische »Marktgeltung« zu verschaffen. Die Massen interessieren hier als Hegemonie-Objekte und Druckmittel. Ein breites Spektrum von Zwischenformen entfalten die NGOs, die langfristigen Allgemein- gegen die herrschenden Partikularinteressen Geltung zu verschaffen suchen. Bei demokratischen Kampagnen von links geht es speziell darum, »den schlafenden

Frigga Haug – Jg. 1937, Prof. em. Dr., Mitherausgeberin der Zeitschrift »Das Argument«, Redakteurin des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« sowie des »Forum Kritische Psychologie«; Forschungsschwerpunkte: Frauensozialisation und -politik, Arbeit. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Gender – Karriere eines Begriffs und was dahinter steckt, Heft 156 (Oktober 2003).

Die Partei DIE LINKE rührt sich mit einer Vielzahl von Kampagnen – zu Kinder-tagesstätten, zu Mindest-lohn, bald zu Renten – das ist erfreulich. Freilich sind alle diese »Kampagnen« im Grunde nichts weiter als Meldungen, was für wichtig gehalten wird und wo eine Parteauffassung dazu propagiert werden soll. Es ist fraglich, ob ein so harmloser

Einsatz des Kampagnenbegriffs, die Energie und das Feuer, das in einer wirklichen Kampagne stecken kann, nicht verbraucht. »Teilzeitarbeit für alle« wäre zum Beispiel ein Ziel, für das eine Kampagne lohnen würde. Der Abdruck dieses Stichwortes soll auch dazu beitragen, Kampagne als historisch überlieferte Kampfform diskutierbar zu machen.

den Riesen« des Volkes auf eine Weise zu wecken, die über die politisch-ethische Anrufung der Privat-Isolierten als Projektgenossen auf kollektive Handlungsfähigkeit-von-unten zielt.

1. Während Engels den Ausdruck Kampagne noch weitgehend für militärische Feldzüge im überlieferten Sinn benutzt (so in »Bauernkrieg«, MEW 7/398 und 408, in »Der Amerikanischen Bürgerkrieg«, MEW 15/492 und 494, oder in »Dialektik der Natur«, MEW 20/470), wird in seinem Bericht über die »Deutsche Reichsverfassungskampagne« (MEW 7/109-97) die Wortbedeutung ausgedehnt auf die Kämpfe der Klassen und Klassenfraktionen um die Reichsverfassung. Im Vorwort zur 4. Auflage von »Kapital, Bd.1« gebraucht Engels »Kampagne« ironisch für den ideologischen Klassenkampf in Gestalt der »anonymen Kampagne Herrn Brentanos (...), dieses Sankt Georg des deutschen Fabrikantenbundes«, auf die hin der »Höllendrache Marx zu seinen Füßen ›schleunigst in Todeswindungen« verröcheln sollte (MEW 23/45). Ebenso ironisch zieht Marx gegen »Seniors letzte Stunde« als Gegen-Kampagne im Kampf um den Zehnstunden-Arbeitstag zu Felde (MEW 23/237 ff.), allerdings ohne das Wort zu benutzen. In seinem berühmten Satz: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme« (MEW 19/13), orientiert er auf Massenmobilisierung und damit auf sozialistische Kampagnen. Wo er selbst solche Kampagnen analysiert, sind sie Konkretisierungen von »Kämpfen« und werden auch als solche bezeichnet: etwa »Kampf um den Normalarbeitstag« (23/279 ff.).

2. Rosa Luxemburg benutzt den Begriff häufig zur Kennzeichnung sozialistischer Strategien im politischen Kampf – beim Massenstreik, gegen Militarismus, im Wahlkampf, zum Ersten Mai. Sie untersucht in vielen Schriften Massenaktionen als Kampfmittel der sich international formierenden Arbeiterklasse. Am belgischen Generalstreik von 1913 studiert sie exemplarisch, wie Kampagnen geführt werden, um Verallgemeinerbares vorzuschlagen (Gesammelte Werke 3, 195 ff.). Sie arbeitet den jeweiligen Klassenstandpunkt heraus, zeigt verkehrte Allianzen und analysiert schließlich das Scheitern von Kampagnen, die, statt das sozialistische Bewusstsein der Massen zu heben, Verwirrung stiften. Aus ihrer Analyse fehlgeleiteter Kampagnen lassen sich Kriterien für Kampagne-Führung gewinnen. In »Das Belgische Experiment« führt sie vor, wie zwei widersprüchliche Kampfmittel – das der Allianz mit den Liberalen im Parlament und das der Massenaktion auf der Straße – so verkoppelt wurden, dass die Kampagne fehlschlug: »Dadurch kam in die Politik der sozialistischen Partei eine gewisse Zwitterhaftigkeit, Unsicherheit und Halbheit. Den deutlichsten Ausdruck bekam dieser Zustand in der verunglückten Kampagne des Jahres 1902, wo die Verkoppelung der Streikaktion der Masse mit der liberalen Allianz im Parlament erst die Parteiführer bewogen hatte, die Aktion der Masse nur als Schreckschuss zuzulassen, um sie dann so rasch als möglich nach Hause zu schicken, worauf dann naturgemäß auch die parlamentarische Aktion in sich zusammenbrechen musste« (Ebenda, S. 200). Eine sozialistische Kampagne braucht eine ge-

»Weil es für Rosa Luxemburg ›in erster Linie darum gehe muss, die breiten Massen zur politischen Aktionsfähigkeit zu erziehen«, folgt als ›zweite dringliche Aufgabe des Sozialismus« die der geistigen Befreiung des Proletariats von der Vormundschaft der Bourgeoisie, die sich in dem Einfluss der nationalistischen Ideologie äußert.« Wolfgang Fritz Haug: Hegemonie, in HKWM Bd. 6/1, S. 11.

schulte Parteiführung, lässt sich bei Luxemburg lernen, braucht kompetente organische Intellektuelle, um nicht übertölpelt zu werden. So etwa bei der Dreyfus-Kampagne in Frankreich, in der es zunächst darum ging, die »ganze Wahrheit und das volle Licht« (GW 1/2, 29) in die Affäre zu bringen. Hier zeigt Luxemburg (1900/1901), wie der sozialistische Abgeordnete Jean Jaurès »in einem Augenblick (...) alles zunichte (machte), was er im Laufe von zwei Jahren geleistet hatte«, indem er »die Erhaltung der Regierung am Ruder zur Richtschnur seines Verhaltens (machte). Die Abstimmung über das Amnestiegesetz war das Waterloo seiner Dreyfus-Kampagne« (GW 1/2, 28 f.). Auch Georges Sorel beobachtet 1898, wie die »Kampagne für Dreyfus den Militaristen Kraft gibt« (zitiert nach Gramsci, Gefängnishefte 15, § 57). Über die sozialistische Politik zum Generalstreik in Belgien urteilt Luxemburg: »So durcheinander in Sprüngen, in Kreuzundquerzügen liefen während der jüngsten belgischen Kampagne die verschiedenen Losungen: die Obstruktion im Parlament, der Generalstreik, die Kammerauflösung, die Intervention des Königs, wobei keine dieser Losungen bis zu Ende durchgeführt und schließlich die ganze Kampagne, ohne jeden ersichtlichen Grund, mit einem Male erstickt (...) wurden« (1901/02, GW 1/2, 214). Die Abwesenheit einer »klaren konsequenten Taktik« (Ebenda, S. 212) führte dazu, dass »die mit den Sozialisten alliierten Liberalen als die eigentlichen Führer, die Sozialisten nur als ihre gehorsamen Willensvollstrecker und die Arbeiterschaft als eine passive Masse« erschienen (Ebenda, S. 215). Die Führung sozialistischer Kampagnen bedarf eines klaren Klassenstandpunktes und wissenschaftlicher Durchdringung der Lage. Damit setzt Luxemburg auf die Dialektik von Nah- und Fernzielen, die ihr Konzept »revolutionärer Realpolitik« bestimmt (GW 1/2, 373). Im Dreyfus-Fall hätte die sozialistische Kampagne auf ein Milizheer zielen müssen, statt wie die Bürgerlichen bloß gegen Auswüchse zu streiten.

Antonio Gramsci befasst sich in den »Gefängnisheften« vielfach mit Kampagnen von oben. Besonders wichtig ist seine Analyse des Zusammenhangs staatlicher Kampagnen mit wirtschaftlichen Erfordernissen bei der Einführung des fordistischen Produktionssystems. Hier ging es darum, den für Fließbandarbeit geeigneten Menschentyp u. a. durch Einflussnahme auf seine Lebensweise hervorzubringen: »Aber der hohe Lohn ist zweischneidig: es ist nötig, dass der Arbeiter sein überschüssiges Geld »rational« ausgibt, um seine nervlich-muskuläre Leistungsfähigkeit zu erneuern, zu erhalten und möglichst zu erhöhen, nicht um sie zu zerstören oder zu schädigen. Und daher die Kampagne gegen den Alkohol, den gefährlichsten Zerstörungsfaktor der Arbeitskraft, die zur Staatsfunktion wird. Es ist möglich, dass auch andere »puritanische« Kampagnen zur Staatsfunktion werden, wenn sich die Privatinitiative der Industriellen als unzureichend erweist oder wenn bei den Arbeitermassen eine zu tiefe und ausgedehnte Moralkrise ausbricht, was als Folge einer langen und ausgedehnten Arbeitslosigkeits-Krise geschehen könnte« (Gefängnishefte 22, § 11, 2087).

An anderer Stelle geht es um »Einschüchterungs- Kampagnen« (Gefängnishefte 1, § 43, 97) im Nord-Süd-Streit. Solche Kampagnen zur Sicherung der Hegemonie des Nordens über den Süden

»Sofern der Staat ein ethischer, erzieherischer und ideologischer Apparat ist, der die von ihm beherrschten Gesellschaftssubjekte formt oder bedingt und auf diese Weise Konsens stiftet, muss auch die Partei als Gegenmacht ihre hegemonialen Machtformen entwickeln und entfalten, indem sie neue Formen des Verhaltens, des Common sense, der gesellschaftlichen Subjektivität hervorbringt. Dieser Begriff von Gegenmacht als einem ethischen und erzieherischen Apparat ist in den Werken von Marx, Lenin, Mao und anderen zweifellos vorhanden, wird aber am deutlichsten im Denken von Gramsci entwickelt.« Hans-Joachim Sperling, Christof Ohm: Gegenmacht, in HKWM Bd. 4, S. 1360.

seien »an Strömungen der öffentlichen Meinung und an Stimmungen gebunden«, »die wegen der Atmosphäre der Einschüchterung, die sich durch die ›besessene Einheitspolitik‹ herausgebildet hatte, untergründig, latent, potenziell geblieben waren« (§ 44, 107). Am Beispiel der Kampagnen der Action Française arbeitet er heraus, wie sie »verschlüsselt oder halb verschlüsselt« fungieren: »es wird ein Teil Wahres veröffentlicht, um zu verstehen zu geben, dass man alles weiß, oder es werden listige, für die Interessierten verständliche Anspielungen gemacht. Diese heftigen personenbezogenen Kampagnen (...) elektrisieren die Anhänger, weil das Prahlern mit der Kenntnis der geheimsten Dinge den Eindruck großer Fähigkeit erweckt, ins gegnerische Lager einzudringen, und einer starken Organisation, der nichts entgeht; sie stellen das republikanische Regime als kriminelle Vereinigung hin; sie lähmen eine Reihe von Gegnern mit der Drohung, sie bloßzustellen; und sie machen aus einigen geheime Gönner« (Gefängnishefte 13, § 37, 1616). Gramsci zeigt vielfach, wie »moralisierende Kampagnen« dazu dienen, das Volk dazu zu bringen, eine politische Abrechnung zu akzeptieren. Im Grunde entziffert er große Teile von Politik als Exerzierfeld von Kampagnen, die Kampagne also gewissermaßen als Normalität von Politik in Demokratien, als Mittel im Kampf um Hegemonie (u. a. Gefängnishefte 6, § 131). Immer geht es darum, die öffentliche Meinung zu steuern, um die Bevölkerung zur Zustimmung zu gewinnen, ohne dass ihre Interessen zum Tragen kommen. Die »Gefängnishefte« enthalten daher einen reichhaltigen Schatz von Kampagnen-Analysen, die der tradierten Vorstellung, es würde dem Volk einfach ein X für ein U vorgemacht, überlegen sind, da sie auf der Grundlage arbeiten, dass Kampagnen von oben auch mit »Wahrheit«, mit Aufklärung, mit wirklichen Hoffnungen arbeiten müssen, um wirksam zu sein.

Um die Kampagne-Form auch für die Konstituierung eines politischen Subjekts von unten zu nutzen, hält es Gramsci für unumgänglich, die Analyse der Kräfteverhältnisse ebenso wie die Formierung der kollektiven Handlungsfähigkeit voranzutreiben. Er zeigt, »welches die Punkte geringsten Widerstands sind, worauf die Willenskraft am fruchtbarsten verwandt werden kann, (...) welche Sprache die Menge am besten versteht usw. Das entscheidende Element jeder Situation ist die dauerhaft organisierte und von langer Hand vorbereitete Kraft, die man vorrücken lassen kann, wenn man eine Situation als günstig einschätzt (...); deshalb ist die wesentliche Aufgabe, systematisch und geduldig darauf zu achten, diese Kraft zu formieren, zu entwickeln, sie immer homogener, kompakter, selbstbewusster zu machen« (Gefängnishefte 13, § 17, 1564 f.). Die Kampagne ist somit die Ausrichtung der Kräfte auf ein bestimmtes Ziel als auch die diese Kräfte als ihr Subjekt selbst erst schulende und formierende Bewegung.

Lenin betreibt den Aufbau des Sozialismus mit einer Reihe von großen Produktions-Kampagnen, etwa die zur Elektrifizierung des Landes. Hier verschiebt er die Dialektik von Nah- und Fernzielen in eine Strategie der Kampagne, sogleich alle Kräfte anzuspannen, auch wenn klar ist, dass das Ziel, »jedes Haus (...) elektrisch zu beleuchten« (an Krshishanowski, Dezember 1920, Lenin Werke 35,

442) nicht kurzfristig erreicht werden kann. Zentrales Moment ist die Mobilisierung der Massen, die in der Teilnahme an der Kampagne zur Teilhabe an der Gestaltung von Gesellschaft geschult werden. Wir haben »für *lange* Zeit weder 20 Millionen (– 40 Millionen?) Glühbirnen noch Leitungen u.dgl. Aber der Plan ist dennoch *sofort* nötig, auch wenn es ein Plan für mehrere Jahre ist. (...) Zweitens muss man sofort einen Plan *für kürzere Zeit* ausarbeiten, und dann (...) muss man erreichen, dass die *Massen* in den *Wettbewerb* treten und *selbst die Initiative ergreifen*« (Ebenda). Diese Struktur von Kampagnen-Führung versetzte das Land in eine Art Daueranspannung, ermöglichte großartige Leistungen bei der nachholenden Industrialisierung, beim Ernteeinsatz, bei der Notversorgung mit Holz und Kohle und zeigte zugleich schon die Verwandlung in bürokratische Routine. In den Subbotniks, einer Art freiwilliger Verpflichtung zu unbezahlter Arbeit am freien Tag, erhielten die Kampagnen die Form »kommunistischer Arbeit im Massenmaßstab« (LW 31, 111). In seiner Rede zum »Gesamtrussischen Subbotnik am 1. Mai« (1920) rückt Lenin das erzieherische Moment an erste Stelle, den Kampf gegen die Gewohnheit »untergeordneter« Arbeit zugunsten des freiwilligen Einsatzes (Ebenda, S. 112). »Wir werden Jahre und Jahrzehnte daran arbeiten, dass sich die Subbotniks einbürgern, entwickeln, ausbreiten, vervollkommen, in unserem Denken und Fühlen heimisch werden. Wir gehen dem Sieg der kommunistischen Arbeit entgegen!« (Ebenda, S. 113)

Beim Aufbau des Sozialismus in der frühen Sowjetunion wie in den später hinzukommenden sozialistischen Ländern waren Kampagnen wichtige Instrumente, um die Entwicklung zu beschleunigen oder/und schnellen Arbeitskräfteeinsatz zu organisieren. Dies gilt für den »Großen Sprung nach vorn« in China, für »Ernteschlachten« und andere Einsätze in der DDR und Osteuropa, um Defizite der Planwirtschaft auszugleichen, es gilt auch für die Zuckerrohr-Kampagnen in Kuba, wo einmal, um das Plansoll zu erreichen, kurzerhand das offizielle Jahresende hinausgeschoben wurde.

Alle diese Kampagnen verknüpften die Vorteile eines konzentrierten Arbeitskräfteeinsatzes in zeitlicher Begrenzung mit dem Sinn, das Engagement für den Sozialismus aufzunehmen und zu vertiefen. Eindrücklich hat dies Brecht verdichtet und Eisler vertont im Gedicht über die »Teppichweber von Kujan-Bulak«, in dem die unter der Malaria leidenden Arbeiter den die Krankheit übertragenden Mücken den Garaus machen zu »Ehren Lenins«. Die Kampagnen hatten demnach ökonomische wie gesellschaftlich-erzieherische Ziele.

In der Wirklichkeit wurde jedoch der Widerspruch zwischen dem Zentralismus der Führung und der Masseninitiative von unten weitgehend zu Gunsten organisierter politischer Rituale still gestellt. Prototypisch: »Die im Januar bevorstehende Lenin-Kampagne ist von außerordentlicher Bedeutung für die revolutionäre Erziehung der Massen zum Internationalismus. Der Versuch der Zusammenlegung der drei Jahrestage – des Todes von Lenin sowie der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – in einer Kampagne (...) hat positive Resultate gezeitigt. Wir schlagen vor, das gleiche im bevorstehenden Jahr zu wiederholen« (Komintern 1929, 252). Wie ein unter Dauerspannung gesetztes Gummiband erschlafft,

so die Kampagnen, die permanent organisiert werden. Was als Apathie der Massen durch weitere Kampagnen behoben werden soll, wird durch eben dieses Mittel verstärkt.

3. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird Kampagne-Theorie in der westlichen Welt ein eigener Gegenstand von Forschung und Lehre. Typisch für die »modernen« Kampagnen ist, dass die Reaktionen der Öffentlichkeit oder bestimmter Zielgruppen kontinuierlich ausgewertet werden, und berücksichtigt wird, dass Kampagnen ihre Träger und Ressourcen während ihres Verlaufs erst zu gewinnen hoffen und dass sie keine im strengen Sinne demokratisch legitimierte oder kontrollierte Form politischen Handelns sind. Da ihr Ziel exakt definiert ist, sind Strategie und Taktik zu seiner Erreichung wissenschaftlicher Betrachtung zugänglich, was sich häufig in der Auslagerung an Werbefirmen niederschlägt. Während die Kampagne also zum einen Kind der Demokratisierung ist, wohnt ihr zum anderen ein – doppeltes – Demokratietheorieproblem inne. Sie verweist auf die Möglichkeit, politische Ziele durch breite Beteiligung kämpfend durchzusetzen, jedoch gleichzeitig auf die Bedeutung von finanziellen und medialen Ressourcen; sie verweist auf die Chancen organisierten kollektiven Handelns, gleichzeitig jedoch auf die Gefahr der Massen-Entmündigung innerhalb der Kampagne.

Indem jedes Ziel zum Gegenstand von Kampagnen werden kann, werden diese inflationär. Das Misstrauen wächst. Im Politischen kann man damit rechnen, dass Kampagnen zu Verschwörungsmustern tendieren – so bei den Kampagnen um Sex-Affären von Politikern direkt vor der Wahl oder anderen Formen, Schmutz aufzuwirbeln. Der Verschwörungsgedanke liegt umso näher, je mehr das politische Klima populistisch gegen links gesteuert wird. Die Geschichte des Kalten Krieges ist voll von Beispielen, in denen von rechts Ressentiments gegen links in Form von Kampagnen geschürt wurden. So die den Berufsverboten vorhergehenden Kampagnen des »Bundes Freiheit der Wissenschaft« oder die mit lüsterner Sexualverdächtigung operierende Kampagne gegen den damals bereits aufgelösten »Schülerladen Rote Freiheit«, eine Kampagne, die den Schülerladen »als Prügelknabe und als Prügel zugleich« benutzte (W. F. Haug 1973, 126). Weitere Beispiele bieten die Kampagnen um die Frauenquote der 1980er Jahre, später gegen das Erbe der 68er und gegen die Frauenbewegung.

Umgekehrt gab es linke Kampagnen, z. B. gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr (1958), gegen den Vietnamkrieg (1965), gegen das Zeitungsmonopol des Axel Cäsar Springer (1969), gegen den Abtreibungsparagraphen (1969). Kurz, die Kampagne wurde zur Zeit der »Neuen sozialen Bewegungen« ein wesentliches Instrument außerparlamentarischer Politik. Die »Attacademie« 2007 nennt »Kommunikationsstrategien, Fundraising, Kampagnen-Theorie, Aktionsplanung, Didaktik« als zentrale Gegenstände der Veranstaltung.

In den 1990er Jahren gab es staatlich organisierte, von Bewegungen unterstützte, medial ausgetragene Kampagnen im Sexualpolitischen (vgl. F. Haug 1999) – gegen Kindesmissbrauch, gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, gegen Gewalt in der Ehe und die

»Die vom Jugendsenator für Kinderläden in Aussicht gestellte Förderung für 1969 geriet unterm Druck einer Kritik von rechts ins Kreuzfeuer einer medialen Hetzkampagne und politischer Instrumentalisierung. Im Bericht des Senats ›über sogenannte Kinderläden‹ (28. 6. 1969), der erfolgte, nachdem die CDU die Unterstützungspläne für die Kinderläden in die Nähe einer ›Kindeswohlgefährdung‹ (angebliche ›Hungerödeme‹ u. dgl.) gerückt hatte, sind das pädagogische Anliegen und die politische Perspektive der Kinderläden schließlich ganz auseinander getreten: ›Der Senat (...) ist gegenüber einer verantwortlichen Bürgerinitiative, die sich auf der Basis wissenschaftlich begründeter Reformpädagogik bewegt, aufgeschlossen‹ – als nicht ›modellhaft‹ aber gelten Kinderläden, hinter denen ›die Konzeption steht, dass die Pädagogik nur gleichzeitig mit der Gesellschaft revolutioniert werden kann‹ (zit. n. ebd., 201)«. Christian Wille: Kinderläden, in: HKWM 7/1 (im Druck).

»So könnte man mit einem gewissen Recht behaupten, dass die Kampagnen gegen Kindesmissbrauch dort ihren Ausgangspunkt nehmen, wo Sigmund Freud für die Behauptung, dass auch Kinder eine Sexualität hätten, auf Empörung bei der Wiener Ärzteschaft stieß.« Frigga Haug, Kindesmissbrauch, in: HKWM Bd. 7/1 (im Druck).

Sex-Kampagne gegen den US-Präsidenten Clinton. Über fünf Jahre schien das Sexuelle eine Hauptproblematik westlicher Gesellschaften zu sein. Die Wissenschaften, der Gesetzgeber, die Öffentlichkeit wurden mobilisiert, die Kräfte konzentriert. Ohne nennenswerte Umbrüche im Gesellschaftlichen schlofen die Kampagnen wieder ein. Kampagne tritt auch auf als eine Art politischer List, durch Mobilisierung von Massenmeinungen und deren Konzentrierung auf bestimmte Punkte, hinterrücks verdeckte Interessen zu verfolgen. Kampagnen können also als Ablenkungstheater auf der Vorderbühne spielen, während auf der Hinterbühne Schlachten geschlagen werden. In der in den 1990er Jahren von der FAZ begonnenen Kampagne um die Rechtschreibreform konnte man studieren, wie die intellektuelle Linke – ganz wie Luxemburg dies analysiert hat – sich zu großen Teilen von den Konservativen einspannen ließ und für eine »ursprüngliche« Sprache stritt, als sei nicht jeder Sprachgebrauch historisch geworden und Produkt von Herrschaft wie von Widerstand. Wie die Dreyfus-Kampagne endete auch die Rechtschreib-Kampagne nach großem rhetorischen Kräfteverbrauch und neuen Spaltungen in allseitiger Verwirrung.

Ein aktueller Gegenstand von Kampagnen-Politik ist der Klimawandel. An dieser Kampagne lässt sich ebenfalls gut studieren, wie weit der Gegenstand selbst während der Kampagne konstituiert wird, wie er vom Staat, von den Wissenschaften, von der Wirtschaft und von links besetzt wird, welche Interessen dabei zum Tragen kommen und gebündelt werden. Ob es zur Konstituierung eines neuen politischen Subjekts kommen wird, ist noch nicht abschätzbar. Die Entwicklung einer Kampagne-Kultur im Politischen bedeutet dessen Popularisierung in eins mit seiner Bagatellisierung; sie arbeitet ebenso mit Aufklärung wie mit Irreführung.

In jüngster Zeit wird die Debatte für und wider Kampagnen-Orientierung angesichts der »Amerikanisierung« europäischer Wahlkämpfe geführt. Wegbereiter war hier besonders die Sozialdemokratie mit Tony Blair in Großbritannien an der Spitze, der den »spin doctors« seine Wahlkämpfe anvertraute, die sich brüsten, mit dem nötigen Geld und der nötigen Autorität gegenüber der Partei nahezu beliebige politische Inhalte in der Öffentlichkeit durchsetzen zu können; oder Gerhard Schröder in Deutschland, der mit der Etablierung der »Kampa«, der Kampagnen-Leitung im Wahlkampf, sichtbar auf das Element der wissenschaftlichen Wahlkampfführung setzte, mit Ereignis- und Themenmanagement, Krisenbewältigung, Onlinewahlkampf, Mobilisierungs-Kampagnen, Spendenwerbung und Personalisierung (Althaus 2002, 13 ff.). Beide Entwicklungen haben sowohl kurzfristige Erfolge gezeitigt als auch Gefahren verdeutlicht: Die Ausschließung der Parteien von der Definition der Wahlkampfinhalte wirkt demobilisierend und hat die prinzipielle Delegitimierung etablierter Politik zur Folge.

In der marxistischen Debatte ist die Diskussion um Kampagnen-Orientierung und Kampagnen-Politik im Spannungsfeld reformistischer und revolutionärer Strategien zu verorten. Die Kampagne ist reformistisch, insofern sie auf konkret erreichbare Ziele abhebt; sie geht darüber hinaus, indem sie auf Massenmobilisierung setzt und Kräfteverhältnisse nicht nur punktuell, sondern langfristig ver-

»In den Kampagnen gegen Kindesmissbrauch überlagert sich konservative Moral mit dem Bestreben, das Rad der Entwicklung hinter '68 zurückzudrehen und dem Einklagen von Kinder- und Jugendrechten. Zugleich sind sie vor dem Hintergrund des Übergangs zur informationstechnologisch grundierten Globalisierung der Märkte und der Abkehr von der im fordistischen Nationalstaat herrschenden uniformen Normalisierung zu verstehen.«
 Frigga Haug: Kindesmissbrauch, in: HKWM Bd. 7/1 (im Druck).

»In Frankreich wuschen Bewegungsfrauen ihre Unterwäsche in öffentlichen Brunnen, in Deutschland verbrannten sie öffentlich Büstenhalter auf vornehmen Straßen, um gegen die Vermarktung ihrer Körper zu protestieren. In Holland besetzten sie öffentliche Männertoiletten, weil es für Frauen in der Öffentlichkeit keine gab ... Das katholische Frankreich war schockiert, als einige Hundert prominente Frauen einen Aufruf unterzeichneten: »Auch wir haben abgetrieben.« Der Aufruf bahnte den Weg für die Pille und das Recht auf legale und freie Abtreibung im Frankreich der 1970er Jahre. In Deutschland wurde er wiederholt und löste den Beginn der Frauenbewegung als Massenbewegung aus.«
Eva Nikell, Frauenbewegung in: HKWM Bd. 4, S. 846 f.

schiebt. Verstanden als »Aktivierungsdispositiv« (W. F. Haug 1985, 171 ff.) wird die Kampagne zu einer Form des Politischen, in der eine breite Selbsttätigkeit und Selbstdefinition von Inhalten und Handlungsformen stattfindet und das Verhältnis von zentraler Koordination und breiter Teilnahme nicht als Autoritätsverhältnis von oben nach unten strukturiert ist. Ein solcher Kampagnen-Begriff bemisst den Erfolg nicht hauptsächlich an der Durchsetzung des anvisierten Ziels, sondern an der Veränderung politischer Kulturen. Dies ist exemplarisch zu studieren an den immer wieder geführten Quoten-Kampagnen, in denen deutlich wird, dass die Quote der Weg, nicht das Ziel ist, das vielmehr in der Brechung der Macht des mit dem Kapitalismus verquickten Patriarchats besteht. Solche Veränderung politischer Kulturen kann jedoch nicht hinterm Rücken der Akteure erfolgen, sondern muss offener und sichtbarer Bestandteil der Kampagne selbst sein.

Während die Formensprache und die inhaltliche Fokussierung auf ein zeitlich begrenztes, klar definiertes Ziel allen Kampagnen gleichermaßen eignet, kommt es darauf an, politische Kampagnen nach Standpunkten analytisch scharf zu unterscheiden. Während die Kampagnen der Herrschenden Ziele verfolgen, für die das ausgegebene Kampagne-Ziel zumeist nur Ablenkungscharakter oder bestenfalls unterhaltenden Wert hat, zielen Kampagnen von links allesamt auf die Konstituierung eines politischen Subjekts derer, denen die Verhältnisse anders den Subjektstatus vorenthalten. Auch in diesen Fällen sind die Ziele wesentlich Mittel, um das Fernziel der Gewinnung politischer Handlungsfähigkeit zu erreichen. So ist etwa in der Abtreibungs-Kampagne der 1970er Jahre exemplarisch zu studieren, wie sich eine Bewegung herausbildete, die weit mehr als die Änderung eines Paragraphen einklagte, vielmehr letztlich auf eine alternative Gesellschaft zielte. Dies ist in den Kampagnen von oben ausgeschlossen, da sie strukturell auf Vereinzeln setzen. Gleichwohl kann die in allen Kampagnen angefachte Massenmobilisierung unter Umständen auch in Kampagnen von oben, die gar nicht darauf abzielen, die Massen tatsächlich an der Regelung des Ganzen zu beteiligen, außer Kontrolle geraten. Dies geschah etwa im Falle der Kampagnen gegen die Studentenbewegung, deren Folge der Mordanschlag auf Rudi Dutschke war. Im Prozessgutachten führt Wolfgang Fritz Haug vor, wie in der Medien-Kampagne systematisch eine Pogromstimmung erzeugt wurde. Einer von ihm zitierten Studie des Springerkonzerns zufolge kommt es »darauf an, dem Leser die Möglichkeit zu bahnen, »seine Es-Ansprüche ersatzweise zu befriedigen, ohne dass er damit den eigenen Bestand und das gesellschaftliche Gefüge gefährdet« (1969, 160). Haug zeigt, dass im massenmedialen Bild von der Studentenbewegung in der Tat »Zeichen von Triebfreiheit besonders herausgestellt« worden sind: »»Gammeln, Nichtstun und Faulenzen« löst die größte Wut bei denen aus, die ihre sinnlose fremdbestimmte Arbeit selber satt haben« (Ebenda). Als der Attentäter auf Dutschke schoss, handelte er »als Exekutor eines verschlüsselten öffentlichen Auftrags« (Ebenda, S. 167). Ähnliches geschieht in Gestalt der Lynchjustiz gegen die in den sexualpolitischen Kampagnen der Pädophilie Verdächtigten. In solchen aus dem Ruder gelaufenen Fällen greift der Staat in der

Form der Justiz ein und bestraft diejenigen, die die Kampagnen als Handlungsaufforderung an sich verstehen und auf eigene Faust als unbefugte »Exekutoren eines verschlüsselten öffentlichen Auftrags« aktiv werden.

Im Großen und Ganzen ist die Kampagne von oben die Form, in der die Bürger subaltern an der Politik beteiligt werden. Daher die ständige Zunahme von Kampagnen, etwa sich an der Mülltrennung zu beteiligen, Brot für die Welt zu spenden, für saubere Städte zu sorgen usw., die den einzelnen das Gefühl geben, als weiterhin Vereinzelte gleichwohl Gesellschaft mitzugestalten. Ähnlicher Logik folgt eine Reihe von Kampagnen von links, die etwa zum Boykott bestimmter Nahrung, Kleidung, Blumen etc. aufrufen; oder auch die ganz auf Kampagnen ausgerichtete Arbeit von NGOs wie Amnesty International. Sie zielen nicht auf die Konstituierung eines politischen Subjekts, haben aber den Kampagnen von oben voraus, dass Aufklärung über Ausbeutungszusammenhänge zu den Grundlagen gehört. Ein Gegenbeispiel von links hat ab 1994 die Kampagne der Zapatistas geboten, die die Subjektivität der Massen auf eine Weise respektierte, an der sich eine weltweite Bewegung entzünden konnte.

Bibliographie

- M. Althaus: Strategien für Kampagnen. Klassische Lektionen und modernes Targeting, in: Ders. (Hrsg.): *Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying*, Bd. 1, Münster 2002, S. 11-44.
- F. Haug: Dialektik sozialpolitischer Kampagnen, in: Dies.: *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit*, Hamburg 1999, S. 127-52.
- W. F. Haug: Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke vor dem Hintergrund der latenten Pogromstimmung gegen die studentische Minderheit. Prozessgutachten (1969), in: Ders.: *Warenästhetik, Sexualität und Herrschaft*, Frankfurt/M. 1972, S. 155-69.
- Ders.: Lehren aus dem Scheitern und der Angreifbarkeit des Schülerladens »Rote Freiheit«, in: Ders.: *Bestimmte Negation*, Frankfurt/M. 1973, S. 123-42.
- Ders.: Strukturelle Hegemonie, in: Ders., *Pluraler Marxismus 1*, Berlin/W 1985, S. 158-84.
- Komintern: Über die Vorbereitung der Gedächtniskampagne Lenin-Liebkecht-Luxemburg (1929), Politisches Sekretariat des Exekutivkomitees, in: *Die Kommunistische Internationale über die revolutionäre Partei und die marxistisch-leninistische Weltanschauung der Arbeiterklasse*, Auswahl von Dokumenten und Materialien 1919-1943, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin/DDR 1986, S. 252-57.
- G. Voigt: Hitler als Markentechniker, in: *Warenästhetik. Beiträge zur Diskussion, Weiterentwicklung und Vermittlung ihrer Kritik*, Frankfurt/M. 1975, S. 231-60.

PETRA KAISER

Bourdieu's Gegenfeuer

Soziologische Gegenwartsdiagnose
im Gewand einer politischen Kampfansage

Lange Zeit – so sagt Bourdieu über sich selbst – habe er als Wissenschaftler am Ideal weltanschaulicher Neutralität festgehalten. Erst im letzten Jahrzehnt seines Lebens hat er diese »gelehrte Enthaltensamkeit« aufgegeben. Was ihn dazu angetrieben hat, ist eine tiefe Sorge um die überall zu beobachtende »Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags« und deren zerstörerische Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. In dem Band *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion* hat Bourdieu daher eine ganze Reihe bis dahin unveröffentlichter Texte publiziert – teils Interviews, teils Reden oder Aufsätze –, die als Waffe gegen die »neoliberale Heimsuchung« dienen sollen, die er für die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags in der Verantwortung sieht.

Petra Kaiser – Jg. 1953,
z. Z. Studentin an der FU
Berlin, Fachkombination
Erziehungswissenschaft/
Linguistik.

Die darin enthaltenen Argumente – so seine Befürchtung – sind sicherlich, mehr als methodisch aufgebaute Schriften, der Gefahr ausgesetzt, aufgrund der Verschiedenheit der Umstände, unter denen sie entstanden sind, kein einheitliches Ganzes zu bilden. In diesem Artikel sollen daher insbesondere die Aspekte einer soziologischen Gegenwartsanalyse, auf die sich Bourdieu mit seiner politischen Kampfansage stützt, in einen systematischen Zusammenhang gestellt werden: Welche Mechanismen sieht Bourdieu am Werk – wer sind die Beteiligten – was sind die Folgen – wie könnte ihnen entgegengewirkt werden? In den folgenden drei Abschnitten werden Antworten auf die ersten beiden Fragen zusammengestellt, die Bourdieu in seinen zahlreichen Beiträgen bereithält, die beiden abschließenden Abschnitte widmen sich der Beantwortung der letzten beiden Fragestellungen.

Die Kennzeichen der neoliberalen Bewegung

Bourdieu macht die neoliberale Bewegung für die Aufkündigung des Gesellschaftsvertrags und die daraus resultierenden Folgen verantwortlich. Er charakterisiert den Neoliberalismus als konservative Revolution, die ebenso wie die konservativen Revolutionen früherer Zeiten – er erinnert dabei unter anderem an die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts – Restaurationen mit dem »Schein des Revolutionären« zu umgeben weiß. Der Neoliberalismus als konservative Revolution unserer Tage zeigt sich allerdings in veränderter Gestalt. Es geht nun nicht mehr wie früher, um die Beschwörung einer verklärten Vergangenheit, die Feier von Blut und Boden oder die archaischen Themen alter Agrarmythologien. Diese konservative Re-

Neoliberalismus als
konservative Revolution

volution neuen Typs nimmt den Fortschritt, die Vernunft, die Wissenschaft (in diesem Fall die Ökonomie) für sich in Anspruch, um eine Restauration zu legitimieren, die umgekehrt das fortschrittliche Denken und Handeln als rückschrittlich erscheinen lässt. Sie gibt sich diesen wissenschaftlichen Anstrich, indem sie sich auf eine ökonomische Theorie – eben den Neoliberalismus – beruft und verleiht sich damit die Fähigkeit, als Theorie wirksam zu werden und nicht als Ideologie.

Im Namen dieses zum politischen Aktionsprogramm gewandelten wissenschaftlichen Ansatzes vollzieht sich eine ungeheure politische Arbeit, die darauf zielt, die Betriebsbedingungen der »Theorie«, auf die sie sich gründet, herzustellen. Bourdieu bezeichnet es als ein Programm der planmäßigen Zerstörung der Kollektive, die der »Logik des reinen Marktes« Steine in den Weg legen könnten.

Das neoliberale Programm bezieht seine soziale Macht aus der politisch-ökonomischen Macht eben jener, deren Interessen es ausdrückt, der Aktionäre, Finanzleute und Industriellen, die sich geschickt der Mitwirkung verschiedenster Komplizen bedienen, um so schnell wie möglich den Sozialstaat zu begraben, da ihre Kapitalanlagen mit dessen sozialen Errungenschaften als nicht vereinbar angesehen werden.

Zu den wichtigsten Strategien der konservativen Revolution, die Bourdieu ausmacht, gehören die Erzeugung von Wettbewerb auf individueller bis hin zur internationalen Ebene sowie die Erzeugung von Prekarität¹. Beide bedingen einander, auf eine künstliche Trennung soll daher hier verzichtet werden.

Durch die Erleichterung der Kapitalmobilität und durch die Produktionsverlagerung in Billiglohnländer, in denen die Arbeitskosten niedriger liegen, hat man laut Bourdieu die Ausweitung der Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern auf Weltmaßstab möglich gemacht. Dabei schwächt die Herrschaft weniger Nationen über die Gesamtheit der weltweiten Finanzmärkte die Unabhängigkeit nationaler Finanzplätze. Angriffe des Großkapitals auf einzelne Staaten tun ein Übriges. Die Verteilungsstruktur des Finanzkapitals bestimmt auf diese Weise – je nach Teilhabe – die Politik der einzelnen Staaten und deren Handlungsfähigkeit. Die Zwänge dieser Struktur, die häufig auch als Zwänge der Globalisierung dargestellt werden, geben solchen Mechanismen einen schicksalhaften Anstrich.

Der so erzeugte globale Wettbewerb erscheint einerseits als Ursache für die immer mehr um sich greifende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, indem er die Handlungsfähigkeit der Regierungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt einschränkt – andererseits ist er aber auch deren Folge, denn er bewirkt »dass die Arbeitnehmer nicht mehr nur der Konkurrenz mit ihren Landsleuten oder gar, wie Demagogen glauben machen wollen, mit den auf dem eigenen Staatsgebiet niedergelassenen Ausländern ausgesetzt werden, die ja ganz offenkundig die ersten Opfer der Prekarisierung sind, sondern in Wirklichkeit mit den zur Annahme von Elendslöhnen gezwungenen Arbeitern vom andern Ende der Welt«.

Zugleich hegt Bourdieu jedoch den Verdacht, dass Prekarität gar nicht das Produkt der mit der Globalisierung gleichgesetzten ökonomischen Fatalität ist, sondern vielmehr das »Produkt eines politi-

Ziel und Hauptträger

Strategien der Machtausübung

1 Das französische *précarité* wurzelt in dem lateinischen Adjektiv *precarius*, das nicht nur *unsicher* bedeutet (die häufigste Übersetzung ins Deutsche), sondern auch *vorübergehend*, *notdürftig*, *auf Widerruf gewährt*, *durch Bitten erlangt*. Im Mittellateinischen trägt es die Bedeutung *in Lehnsabhängigkeit*. (Taschen Heinichen lateinisch deutsch, 10. Ausg., Leipzig 1980).

schen Willens«. Er sieht sie als Teil einer neuartigen Herrschaftsform an, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit beruht und so das Konzept der »Flexploitation« – Ausbeutung durch »Flexibilisierung« – begünstigt, indem sie unter dem Deckmantel vermeintlich »naturegegebener Mechanismen« Gehorsam und Unterwerfung bei den betroffenen Arbeitnehmern erzwingt. Prekarität als Ausbeutungsstrategie in den privaten und zunehmend sogar in den öffentlichen Unternehmungen erlegt Bourdieu zufolge der gesamten Arbeitswelt, insbesondere auch im Bereich der Kulturproduktion, eine erdrückende Zensur auf, die eine Mobilisierung und das Vorbringen von Forderungen untersagt. Durch die Arbeitslosigkeit wurde die allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen möglich gemacht oder sogar gefördert.

Die Folgen der zirkulär wirkenden Doppelstrategie »Wettbewerb erzeugt Prekarität erzeugt Wettbewerb« werden von Bourdieu in vielen seiner Beiträge namhaft gemacht. Sie wirken so weitreichend und tiefgreifend auf die Gesellschaft und die sie konstituierenden Akteure ein, dass ihre Folgen noch einmal an späterer Stelle behandelt werden (siehe den vierten Abschnitt). Zuvor sollen jedoch noch einige weitere Themenkreise besprochen werden, die in engem Zusammenhang mit den Machtstrategien des neoliberalen Denkens zu sehen sind.

Das neoliberale Denken beruft sich laut Bourdieu auf eine ökonomische Theorie, die den Darwinismus als Grundlage jener Fähigkeit der Nutzenabwägung ansieht, die auch den ökonomischen Akteuren immer zugeschrieben wird. Durch die Projektion des biologisch begründeten Darwinismus auf das Gesellschaftliche wird der politisch gewollten Ordnung der Deckmantel eines unwandelbaren Naturgesetzes verliehen, dem sich alles unterzuordnen hat. Diese Wiederbelebung des Sozialdarwinismus ist sicherlich auch als eine wesentliche Begründung Bourdieus zur Charakterisierung des Neoliberalismus als konservativer Revolution zu sehen, denn mit ihr wird der Versuch unternommen, ein Gedankengut zu restaurieren, das bereits vor mehr als hundert Jahren schon einmal sein reaktionäres Potential entwickeln konnte und in die bitteren Erfahrungen zweier Weltkriege mündete.

Das Prinzip des *survival of the fittest*, das den entfesselten Wettbewerb begründet, wird gestützt durch die »Soziodizee der Kompetenz«: die Fähigsten lenken den Staat, die Fähigsten haben eine Arbeit. Diese Ideologie der Kompetenz sieht Bourdieu als »bestens geeignet, eine Gegenüberstellung zu rechtfertigen, die ein wenig der von Herren und Sklaven gleicht: auf der einen Seite Bürger im vollen Wortsinne, die gefragte Kenntnisse besitzen und überbezahlte Tätigkeiten verrichten, die sich ihren Arbeitgeber selbst aussuchen können (während die anderen bestenfalls von ihrem Arbeitgeber ausgesucht werden), die auf dem internationalen Arbeitsmarkt höchste Einkommen erzielen, die überbeschäftigt sind, Männer wie Frauen (...) und auf der anderen Seite jene Masse von Menschen, die dauernd von Entlassung bedroht sind oder der Arbeitslosigkeit überantwortet werden.«

Die vor allem in der angelsächsischen Sichtweise getroffene Unterscheidung zwischen »unmoralischen« und »verdienstvollen« Armen, die der Mildtätigkeit für würdig erachtet wurden, wird damit

Wiederbelebung des
Sozialdarwinismus,
Soziodizee der Kompetenz

aufgehoben: »Die Armen sind nicht nur unmoralisch, verdorben, Säufer, sie sind dumm und unfähig.«

Die Soziodizee der Kompetenz bildet somit eine Rechtfertigung der Sonderrechte, die die Nutznießer der neoliberalen Weltordnung für sich in Anspruch nehmen – wobei sie jedoch völlig außer Acht lassen, dass die Ausbildung, der sie ihr Ansehen und Gewicht verdanken, das Produkt von gesellschaftlichen Ungleichheiten ist. Sie befördert auch die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen der »weitsichtigen Perspektive einer aufgeklärten Elite« und den »kurzsichtigen Beweggründen des Volkes oder seiner Repräsentanten«. Die Konstruktion des Gegensatzes war laut Bourdieu schon immer und überall typisch für das reaktionäre Denken, das Vernunft, Modernität, Wandel und Veränderung der Seite der Herrschenden, der Minister, der Arbeitgeber oder der »Experten« zurechnet, Unvernunft, Rückständigkeit, Unbeweglichkeit und Konservatismus hingegen der des Volkes, der Gewerkschaften und der kritischen Intellektuellen. Letztere scheinen »auf eine dunkel verschwommene Art und Weise« nicht an der Soziodizee der Kompetenz teilzuhaben – eine Unlogik, der sich nach Bourdieus Auffassung viele Intellektuelle trotzdem oder vielleicht auch gerade deshalb unterwerfen.

Eine weitere ideologische Begründung der Weltsicht des Neoliberalismus sieht Bourdieu in der Wiederkehr des Individualismus – jener Art sich selbst verwirklichender Prophezeiung, die seiner Auffassung nach darauf abzielt, »die philosophischen Fundamente des *welfare state* und, vor allem, den Begriff von kollektiver Verantwortung (im Fall eines Arbeitsunfalles, bei Krankheit oder Not) zu zerstören, der eine grundlegende Errungenschaft gesellschaftlichen (und soziologischen) Denkens ist. Es ist auch die Rückkehr zum Individuum, die es ermöglicht, »das Opfer zu tadeln«, das für sein Unglück allein verantwortlich ist, und ihm die *selfhelp* zu predigen, und dies alles unter dem Deckmantel der endlos beschworenen Notwendigkeit, die Unternehmenskosten zu senken.«

Wiederkehr des
Individualismus

Die Vorstellung vom einsamen aber freien Individuum trägt zum Wettbewerb eines Jeden gegen den Anderen bei: Individualisiert werden Beschäftigungsverhältnisse, deren Zielvorgaben, ihre Bewertungsverfahren, Lohnerhöhungen oder Leistungszuschläge sowie Beförderungen. Nach Bourdieu handelt es sich dabei um Strategien der »Delegation von Verantwortung«, die die Selbstausschöpfung der Angestellten gewährleisten sollen. Sie stehen zwar wie einfache Lohnempfänger in einem streng hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis, werden aber gleichzeitig für ihre Verkaufszahlen, ihre Außenstelle, ihr Geschäft verantwortlich gemacht als seien sie Selbständige. Diese Art der Individualisierung stellt sich für Bourdieu daher ebenfalls als eine der Unterwerfungstechniken dar, die auf eine Schwächung oder Beseitigung des kollektiven Zusammenhalts und kollektiver Solidarität abzielt.

Es hat sich gezeigt, dass die oben erläuterten Schwerpunkte neoliberaler Weltsicht einen guten Teil dazu beitragen, die angestrebte »Zerstörung der Zivilisation« zu begründen. Wie sich diese Begründungen verbreiten und wie sie sich Akzeptanz verschaffen können, wird im folgenden Abschnitt beleuchtet.

Neoliberalismus als herrschender Diskurs

Der neoliberale Diskurs

Diesen ökonomisch sich gebenden Diskurs bezeichnet Bourdieu als herrschenden Diskurs, den er darüber hinaus in Anlehnung an Goffman mit dem psychiatrischen Diskurs in der Anstalt als »starkem Diskurs« vergleicht, der »nur deshalb so mächtig und so schwer zu bekämpfen ist, weil er alle Kräfte in einer Welt der Kräftebeziehungen für sich hat, zu deren Schaffung als solcher er beiträgt, weil er die Entscheidungen derjenigen ausrichtet, die die wirtschaftlichen Beziehungen beherrschen, und ihnen derart seine eigentümliche, ganz symbolische Macht hinzufügt«.

Die symbolische Einprägung, die so gut wie alle gesellschaftlichen Akteure die scheinbare Unausweichlichkeit von Globalisierungseffekten wiederholen lässt, die die neoliberale Bewegung als Drohkulisse aufgebaut hat, sieht Bourdieu als von langer Hand vorbereitet an. Als Beleg führt er etwa eine Untersuchung über die Zeitschrift *Preuves* an, die von der CIA bezahlt und von bedeutenden französischen Intellektuellen unterstützt wurde, und während 20 oder 25 Jahren, anfangs gegen den Strom, unermüdlich jene Vorstellungen produziert hat, die nach und nach wie selbstverständlich geworden sind. Das gleiche ist Bourdieu zufolge in England geschehen. Danach stammt der Thatcherismus nicht von Frau Thatcher, sondern war seit langer Zeit von Intellektuellengruppen vorbereitet worden, denen die großen Zeitungen oft eine breite Öffentlichkeit verschafft hatten.

Die Teilhaber am neoliberalen Netzwerk führen Bourdieu zufolge kollektiv und in größter Einstimmigkeit einen fatalistischen Diskurs, der sich dadurch auszeichnet, wirtschaftliche Tendenzen in Schicksal zu verwandeln. Einstimmigkeit aber macht das wesentliche Element der symbolischen Stärke des herrschenden Diskurses aus.

Der neoliberale Diskurs ermöglicht die selbstverständliche Durchsetzung einer ganzen Ansammlung von Grundannahmen, die die neoliberale Weltsicht kennzeichnen: »Man lässt ein größtmögliches Wachstum von Produktivität und Wettbewerb als letztes und einziges Ziel menschlichen Handelns gelten; oder glaubt, dass man sich den Kräften der Ökonomie nicht entziehen könne. Oder man macht – eine Voraussetzung, die alle anderen der Ökonomie begründet – einen grundtiefen Schnitt zwischen dem Ökonomischen und dem Gesellschaftlichen, das beiseite geschoben, den Soziologen überlassen wird, wie eine Art Ausschussware.«

Religiöse Aspekte

Bisweilen – so Bourdieu – nimmt der neoliberale Diskurs auch religiöse Züge an. So werden Ökonomen als »Hohepriester« von den Medien präsentiert, und die fatalistische Botschaft gibt sich den Anstrich einer »Befreiungsbotschaft«, indem sie sich einer Reihe lexikalischer Spielereien mit Begriffen wie Freiheit, Befreiung, Deregulierung bedient.

Ein besonders schönes Beispiel liefert Bourdieu unter Bezugnahme auf Arthur Lovejoy mit dem Vergleich der »Großen Kette des Seins«, einer alten theologischen Metapher, bei der am einen Ende Gott steht, von wo man dann über eine Reihe von Gliedern bis zu den niedersten Realitäten hinabsteigt. Das neoliberale Denken präsentiert sich Bourdieu zufolge als eine solche Kette, was eine ihrer Stärken ausmacht: »Ganz oben steht an Gottes Stelle ein Mathemati-

ker, ganz unten ein Ideologe der ›christlichen Subjekt-Philosophie‹, der Dank einer Tünche aus technischem Vokabular den Anschein erwecken kann, er verstünde ein wenig von Ökonomie, obgleich er keine große Ahnung davon hat.«

Dabei handelt es sich nach Bourdieus Auffassung um eine Kette von Autoritäten sowie einen Kanal, in dem Geld und alle Arten von ökonomischen und gesellschaftlichen Vergünstigungen nebst ihrem symbolischen Kapital hin- und herfließen, nicht aber um eine Kette von Beweisen.

Die neoliberale Utopie stiftet auf diese Weise Bourdieu zufolge einen ungeheuren Glauben: »den *free trade faith*, nicht nur bei jenen, die davon tatsächlich leben, bei den Finanzleuten und Großunternehmen, sondern auch bei den höheren Beamten und Politikern, die im Namen der Wirtschaftlichkeit die Macht der Märkte heiligen«.

Damit ist sie geeignet, die mangelnden Utopien der Politiker, die Bourdieu an anderer Stelle beklagt, zu ersetzen.

So hilft z. B. der Glaube an die historische Unabwendbarkeit dabei, die neoliberale, in Wirklichkeit aber konservative Sichtweise durchzusetzen – ein Glaube, der vom Primat der Produktivkräfte ausgeht und keine anderen Formen der Regulierung kennt als die konkurrierenden Bestrebungen individueller Produzenten. Dieser Glaube stellt laut Bourdieu »jenes in früheren Zeiten als krämerisch abgeurteilte Wahnbild des Zählbaren« als »höchste Form menschlicher Erfüllung« dar.

In Bezug auf die religiösen Aspekte des Diskurses besteht allerdings kein Zweifel daran, dass Bourdieu selbst sich hieran in erheblichen Maße beteiligt, auch indem er z. B. den »Staatsadel« als »Herrscher von Gottes Gnaden« bezeichnet, dessen geistige Fähigkeiten wie eine »Himmelsgabe« betrachtet werden, obgleich ihre Ausbildung auf ungleicher sozialer Verteilung beruht. Hieran zeigt sich deutlich, dass der Gegendiskurs immer auch den eigentlichen Diskurs verstärkt.

Nie zuvor hat Bourdieu zufolge der unternehmerische Diskurs so oft von Vertrauen, Zusammenarbeit, Verlässlichkeit und Unternehmenskultur gesprochen wie in dieser Zeit, in der dieses »Einvernehmen« durch die Austilgung aller Sicherheiten für die betroffenen Arbeitnehmer erreicht wird. Diese euphemistische Rhetorik sieht Bourdieu als unverzichtbares Mittel an, um einerseits das Vertrauen der Investoren zu gewinnen, andererseits aber auch um zu vermeiden, dass sich bei den Arbeitnehmern Misstrauen und Verzweiflung breit machen – schließlich braucht man sie trotz allem, denn sie sollen ja den Verzicht erbringen, mit dem die neue Wachstumsphase, die ihnen vorgegaukelt wird, erzwungen werden soll.

Von den vielen Beispielen, die Bourdieu ins Feld führt, sollen hier nur einige exemplarisch herausgegriffen werden:

Lebendige Kräfte der Nation	= Unternehmer
Verschlingung	= Stellenabbau
Flexibilität	= Nacharbeit, Wochenendarbeit, Überstunden
Wenn <i>wir</i> eine Anstrengung vollbringen	= Wenn <i>ihr</i> eine Anstrengung vollbringt.

Euphemismen

Diese Schlüsselbegriffe werden Bourdieu zufolge weitergereicht »wie eine gängige Währung, stabil, vertrauens- und glaubwürdig«, denn ihre Bedeutung wird von den Medien nicht hinterfragt.

In der Tat zeigt dieser unbemerkt sich vollziehende semantische Wandel, wie erfolgreich der neoliberale Diskurs zum Gewinn des Kampfes um die Deutungshoheit beiträgt.

Während an diesem Diskurs zwar alle gesellschaftlichen Akteure mitweben, so gibt es doch eine Reihe sozialer Felder, in denen die Akteure über den Diskurs hinaus an der Durchsetzung des neoliberalen Plans mitwirken. Bourdieu bezeichnet sie als aktive und passive Komplizen, allerdings ist ihre Beteiligung gelegentlich nicht nur freiwillig. Welche Akteure Bourdieu als Komplizen ausmacht und welche Rolle sie in dem neoliberalen Plan einnehmen, soll nun näher erläutert werden.

Freiwillig-unfreiwillige Komplizenschaft

Das neoliberale Programm bezieht seine soziale Macht nicht nur aus der politisch-ökonomischen Macht von Aktionären, Finanzleuten, Industriellen, sondern auch aus der Macht der Akteure im politischen Feld selbst, und zwar nicht nur der konservativen, sondern zum Teil auch der sozialdemokratischen Politiker. Hierbei fasst Bourdieu besonders die Vertreter der »Rechten Hand« des Staates, also der Wirtschafts- und Finanzministerien ins Auge, die »umso leidenschaftlicher eine Politik verfolgen, die ihre eigene Entlassung predigt, je weniger sie, wie die Unternehmensangestellten, Gefahr laufen können, deren mögliche Folgen zu bezahlen«. Zwar äußert Bourdieu Verständnis dafür, dass es immer weniger Spielraum zum Manövrieren für den Staat gibt, dennoch findet er es überraschend, in welchem Maß selbst sozialistisch sich nennende Regierungen durch die Privatisierung gesellschaftlicher Risiken am Abbau der öffentlichen Maßnahmen und der Aufhebung der Errungenschaften des Sozialstaats mitgewirkt haben, insbesondere auch durch Prägung des öffentlichen Diskurses mittels Lobreden auf die Privatunternehmen und Ermutigung zur Durchsetzung von Privatinteressen. In diesem Kontext beklagt Bourdieu auch, dass die Politiker das ihnen von den Medien eingeräumte symbolische Kapital nicht in adäquater Weise nutzen, um ihren verloren gegangenen Einfluss als Vertreter des Volkes zurückzugewinnen, sondern häufig sogar missbrauchen, indem sie eher durch Korruption, Missbrauch von Gütern, Inanspruchnahme von Vorteilen und öffentlichen Dienstleistungen sowie anderen Skandale auf sich aufmerksam machen.

Des weiteren beklagt er den Mangel an mobilisierenden Idealen. Als Grund sieht er die Professionalisierung der Politik und die Bedingungen, denen sich die zu unterwerfen haben, die Parteikarriere machen möchten. Beides schließt seiner Auffassung nach Persönlichkeiten, die sich berufen fühlen, mehr und mehr aus der Politik aus.

Zudem macht Bourdieu einen Wandel in der Definition politischen Handelns dahingehend aus, dass sich Politiker den Anschein ökonomischer Vernunft zu geben haben, die sie mangels entsprechender Ausbildung jedoch nur an der sprachlichen Oberfläche zur Schau stellen können. »Als Gefangene eines engstirnigen und kurz-

Die »Rechte Hand«
des Staates

sichtigen Ökonomismus (...) versäumen es diese auf dem Fachgebiet der Ökonomie nur halbgelehrten Politiker natürlich, die kurzfristigen und vor allem langfristigen Realkosten der materiellen und moralischen Misere einzubeziehen, die als einzig sichere Folge der ökonomisch legitimierten Realpolitik zu sehen ist: Delinquenz, Kriminalität, Alkoholismus, Verkehrsunfälle usw.«

Hieran zeigt sich auch die ambivalente Rolle, die von den Politikern eingenommen wird bzw. eingenommen werden muss. Ihr Versäumnis trägt unter anderem dazu bei, dass sich der Neoliberalismus als eine Utopie etablieren kann, die sich selbst wahr macht, denn irgendwann werden diese Kosten tatsächlich so weit aufgelaufen sein, dass sie vom Staat – also von seinen Steuerzahlern – nicht mehr getragen werden können, was wiederum die neoliberale Argumentation von der Notwendigkeit des Abbaus sozialer »Privilegien« bestätigt. Die neoliberale Utopie wird auf diese Weise zu einer Art »fleischgewordener Höllenmaschine, deren Befehlen selbst die Herrschenden zu gehorchen haben«.

Die Mitglieder der »Linken Hand« des Staates, also die Bediensteten der sogenannten kostenverursachenden Ministerien und staatlichen Sozialeinrichtungen, sieht Bourdieu – weit mehr noch als die der »Rechten Hand« – dazu verurteilt, eine ambivalente Rolle einzunehmen. So gehören sie zwar einerseits zu den negativ Betroffenen, andererseits bewahren sie trotz des wachsenden Umfangs der randständigen Bevölkerung einen ganzen Bereich der gegenwärtigen sozialen Ordnung davor, in Anomie zu fallen. So befinden sie sich in der paradoxen Situation, auf diese Weise dabei mitwirken zu müssen, die Sicht auf die langfristig verheerenden Folgen neoliberaler Politik zu verstellen.

In Bezug auf das Feld der Wissenschaft macht Bourdieu einen Kampf aus, der zum Ziel hat, den »neuen« Intellektuellen zu schaffen und durchzusetzen. Ebenso wie bei den Politikern weist er auch hier auf eine Neudefinition des Intellektuellen und seines politischen Handelns hin, der sein Betätigungsfeld nunmehr »in unbestimmten Debatten über eine politische Philosophie ohne fachlichen Charakter, über eine auf die Politologie der Wahlabende reduzierte Gesellschaftswissenschaft und in unkritischen Kommentaren zu unwissenschaftlichen kommerziellen Meinungsumfragen« findet. Im Anschluss an Platon bezeichnet Bourdieu den »neuen« Intellektuellen als Doxosoph – als »Meinungstechnologe, der sich für wissenschaftlich hält« –, der ohne sie zu hinterfragen, dieselben Termini zur Darstellung politischer Probleme verwendet, wie dies von Geschäftsleuten, Politikern und Journalisten getan wird. Der »neue« Intellektuelle trägt somit zur Schaffung eines Klimas bei, das den Rückzug des Staates und die Unterordnung unter die Werte der Ökonomie begünstigt, indem er »ein wenig voreilig, die Öffentlichkeit und das Interesse der Öffentlichkeit für die Öffentlichkeit zu Grabe trägt«.

Auch für jene, die sich vom kämpferischen zum frei schwebenden Intellektuellen gewandelt haben, gilt jedoch, dass sie eine ambivalente Rolle einnehmen, da sie selbst zwar zu den Beherrschten gehören, als Besitzer kulturellen Kapitals aber auch zu den Herrschenden. Wollen sie jedoch an der Ideologie der Kompetenz teilha-

Die »Linke Hand«
des Staates

Der »neue«
Intellektuelle

Die Ökonomen

ben, die Bestandteil der neoliberalen Weltsicht ist, sind sie zur Unterwerfung unter den herrschenden Diskurs gezwungen.

Die Ökonomen, selbst Akteure im Feld der Wissenschaft, leisten Bourdieu zufolge einen entscheidenden Beitrag zur Produktion und Reproduktion neoliberalen Denkens. »Tief überzeugt von Modellen, die nie auch nur in Verlegenheit kamen, sich einer experimentellen Prüfung unterziehen zu müssen, mit ihrer eingefleischten Überheblichkeit angesichts der Erkenntnisse anderer historischer Wissenschaften, denen die Reinheit und kristalline Transparenz der eigenen mathematischen Spiele zu fehlen scheint und deren echten Nutzen und tiefe Komplexität sie meist unfähig sind zu verstehen, wirken sie an einem ungeheuren ökonomischen und sozialen Wandel mit.« Insbesondere aufgrund ihrer meist rein abstrakten, theoretischen und weltfernen Ausbildung bringen sie laut Bourdieu eine besondere Neigung hervor, »die Dinge der Logik mit der Logik der Dinge zu verwechseln«.

Dennoch weisen auch sie eine ambivalente Haltung auf: Der soziale Wandel, den ihre Theorien bewirken, scheint ihnen Recht zu geben, und sie finden sich daher bestätigt, selbst, wenn sie die ökonomischen Interessen, die sie mit ihrer Wissenschaft begünstigen, nicht notwendigerweise teilen und die sozialen Folgen möglicherweise beunruhigend finden.

Die Medien

Bourdieu zeigt auf, wie das journalistische Feld eine höchst spezifische Sichtweise des politischen Feldes produziert und durchsetzt, die sich aus der Struktur des journalistischen Feldes und den daraus hervorgehenden spezifischen Interessen der Journalisten verstehen lässt. Dieses Feld sieht er beherrscht von der panischen Furcht zu langweilen, so dass Politik zwangsläufig als ziemlich undankbares Thema erscheinen und daher um jeden Preis interessanter gemacht werden muss. Leitartikler und Interviewer werden deshalb durch den »Unterhaltungsanimateur« ersetzt, der eine Politik der demagogischen Vereinfachung verfolgt, indem er drängende gesellschaftliche Probleme auf reine Unterhaltung reduziert, um zu verhindern, dass die Quoten sinken. Unterstützt werden die Journalisten hierbei durch politische Ratgeber und Berater. Ihre Aufgabe ist es, den Politikern beim bewusst organisierten politischen Marketing zur Seite zu stehen, das immer notwendiger wird, um politisch erfolgreich zu sein. Auf diese Weise kommt es zu einer Wechselwirkung zwischen Journalismus und Politik, der beiden Parteien nicht eben zuträglich ist, denn die Politiker und vor allem die Verantwortlichen in der Regierung werden durch die Vorgehensweise der Journalisten wiederum darin bestärkt, sich auf kurzfristige Unternehmungen mit dem entsprechenden »Ankündigungseffekt« zu konzentrieren – auf Kosten von Vorhaben ohne direkt sichtbare Effekte.

Bourdieu hebt insbesondere die symbolischen Profite hervor, den die Medien dem »Staatsadel« einräumen. In diesem Kontext nimmt er ganz besonders das Fernsehen ins Visier, das seiner Meinung nach genauso wie die Schmiergelder zum Verfall der staatsbürgerlichen Tugenden beiträgt, »indem es geltungssüchtige Charaktere auf die politische und intellektuelle Bühne hebt, deren egoistisches Hauptanliegen darin besteht, gesehen und zur Geltung gebracht zu werden, oftmals auch auf Kosten von Rivalen«.

Ein weiterer Vorwurf, den Bourdieu ins Feld führt, ist die »enthistorisierte und enthistorisierende, atomisierte und atomisierende Sichtweise«, die insbesondere die Fernsehnachrichten vermitteln; »eine Abfolge scheinbar absurder Geschichten, die sich letztendlich alle irgendwie ähneln, ein ununterbrochener Aufmarsch bedauernswerter Völker, eine Folge von Ereignissen, die ohne jede Erklärung auftreten und deshalb auch ohne jede Lösung wieder im Dunkel verschwinden werden.«

Diese zusammenhanglosen Tragödien, die – ohne historische Einordnung – eine auf die andere folgen, unterscheiden sich daher kaum mehr von Naturkatastrophen, die ja in den »Nachrichten« genauso präsent sind. Diese Tragödien sind »traditionelle, um nicht zu sagen: rituelle, journalistische Themen, sie sind spektakulär, und vor allem können sie ohne große Kosten behandelt werden«, und die Wahrscheinlichkeit, dass ihre Opfer Solidarität oder wirklichen politischen Widerstand auslösen, hält Bourdieu für »genauso gering wie bei einer Zugentgleisung oder einem sonstigen Unfall«. Vielmehr erzeugen sie den Eindruck, dass politische Entscheidungen und ihre sozialen Folgen ebenso unausweichliche Schicksalsschläge darstellen wie Naturkatastrophen, was der neoliberalen Argumentation in die Hände spielt. Die Medien entfalten auf diese Weise ihre Wirkung als wesentlicher Entpolitisierungsfaktor.

Bourdieu weist auch hier wiederum auf den ambivalenten Charakter der Akteure hin, die er in zwei Gruppen unterteilt: diejenigen, die an den Schalthebeln der Macht sitzen, und diejenigen, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden. Erstere zeichnen sich durch ein »doppeltes Bewusstsein« aus, das einerseits aus der praktischen Perspektive besteht, maximal von den Möglichkeiten zu profitieren, die ihnen das Instrument Medien zur Verfügung stellt, andererseits aus einer theoretischen Perspektive, »die voller moralischer Maßstäbe und Nachsicht sich selbst gegenüber ist und sie in der Öffentlichkeit die Wahrheit über das, was sie tun, verleugnen und vertuschen lässt – sogar vor sich selbst«. Was die »Reportage-Tagelöhner« angeht, so gesteht ihnen Bourdieu zwar einen klareren Blick zu, allerdings entwickeln sie zunehmend einen prekarierten Habitus, der sie – getreu dem Habituskonzept – immer häufiger genau das reproduzieren lässt, was sie selbst tagtäglich erfahren, nämlich Unsicherheit.

All die genannten Vertreter gesellschaftlicher Felder, die sich – teils freiwillig, teils unfreiwillig – als Komplizen zur Durchsetzung neoliberaler Interessen beteiligen, wirken natürlich auch in der einen oder anderen Weise an der Entwicklung eines geeinten Europas mit. So nimmt es nicht Wunder, dass es »in der jetzigen Form seinen Teil zur Zerstörung der sozialen Errungenschaften beiträgt, wenn es ausschließlich ökonomischen Maßstäben folgt und soziale Anliegen keinen Platz in ihm finden«. Weil ein übernationales Arbeitsrecht fehlt, entsteht ein zerstörerischer Wettbewerb zwischen Ländern, deren soziale Sicherungen bislang noch sehr ungleich entwickelt sind, eine »negative Anpassungsspirale der sozialen Rechte, ein *social dumping*, das der Wiederkehr des *Sozialchauvinismus* Tür und Tor öffnet«.

Der Mangel einer Utopie, den Bourdieu den Politikern der einzelnen Nationalstaaten entgegenhält, spiegelt sich in der EU wider: Eu-

Zur Rolle der
Europäischen Union

ropa hat kein positives Projekt, nur das der »shareholders«, denen Bildung und Kultur nur noch als Produktionsfaktor, als »Aufwertung des Humankapitals« in den Sinn kommen. Die Sichtweise neoliberalen Denkens setzt lediglich voraus, dass der durch die Schaffung des Euro symbolisierte Währungszusammenschluss die sowohl notwendige als auch hinreichende Bedingung für den politischen Zusammenschluss Europas ist, was auch bedeutet, dass jeder Widerstand gegen diese Politik als »antieuropäisch« verstanden und denunziert wird. Allein eine gemeinsame Währung und die Öffnung der Märkte leisten jedoch Bourdieu zufolge dem Kräftespiel des ungezügelter Kapitalismus faktisch Vorschub und machen aus Europa ein »bürokratisches Kunstprodukt ohne echte Europäer«, das jeder politischen Unabhängigkeit gegenüber den internationalen Wirtschaftskräften entbehren muss.

In der EU finden die Aktivitäten der Komplizen ihre Verlängerung, allerdings tragen sie auch ihre ambivalente Haltung mit in das Projekt eines geeinten Europa hinein, die sie – wenn auch vielleicht in unterschiedlichem Maße – ebenfalls als Betroffene der Auswirkungen des neoliberalen Programms erscheinen lässt, die nun einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen.

Die Auswirkungen des neoliberalen Programms

Der Rückzug des Staates
und seine Folgen

In der neoliberalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, die auf den Rückzug des Staates hinarbeitet, sieht Bourdieu eine verheerende Gefahr für die republikanische Rechtsgleichheit in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Kultur und vor allem Arbeit, die er mit der Existenz des öffentlichen Dienstes verknüpft und dessen Zerstörung das Zerbrechen der Grundlagen gesellschaftlicher Integration zur direkten Konsequenz hat. Selbstmord, Straffälligkeit, Drogenmissbrauch, Alkoholumismus sind nur einige der Folgen. Die Gewalt geht dabei nicht verloren, sondern schlägt langfristig zurück – »sie trifft allerdings die Falschen, denn die Opfer werden doppelt geschlagen, einmal von der strukturalen Gewalt der Finanzmärkte, zum zweiten Mal von sich selbst durch all die kleinen oder großen Gewalttätigkeiten des Alltags, die sie sich gegenseitig antun« und von denen die Nutznießer des neoliberalen Programms, zumindest zunächst, nicht betroffen zu sein scheinen.

Der Rückzug des Staates aus vielen Gebieten der Daseinsvorsorge zieht Bourdieu zufolge unzählige Leiden nach sich, und dies auch bei Personen, die (noch) nicht von der grassierenden Arbeitslosigkeit betroffen sind. Als eines der vielen Beispiele nennt er die französische Wohnungspolitik, die seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine ungeahnte soziale Segregation in Gang gesetzt hat und mit der eine Konzentration der Mittel physischer Gewaltamkeit einhergeht, und zwar auf beiden Seiten. Während das in den Vorstädten sich selbst überlassene Subproletariat zunehmend aufbegehrt, zieht sich der Staat zurück und präsentiert sich als »Strafstaat, der nur zuschlägt und sich nach und nach aller gesellschaftlichen Aufgaben entledigt«. Die immer wieder aufflackernden Aufstände in den *banlieus* verdeutlichen drastisch, wie sich die Gewaltspirale immer schneller dreht.

Zu den Leidtragenden zählt Bourdieu auch die Vertreter der »Linken Hand« des Staates, die sich mit den oft äußerst kostspieligen ge-

sellschaftlichen Folgen von Haushaltseinsparungen konfrontiert sehen und dabei den Eindruck gewinnen müssen, »das die rechte Hand nicht mehr weiß, oder schlimmer, nicht wirklich wissen will, was die linke Hand tut. Auf jeden Fall will sie den Preis dafür nicht bezahlen«.

So türmen sich die auf der einen Seite eingesparten Kosten auf der anderen Seite haushoch auf, so dass sie eines Tages möglicherweise tatsächlich nicht mehr finanziert werden können, abgesehen davon, dass die Bürger zunehmend ihr Vertrauen in die Politik verlieren. Entpolitisierung und Radikalisierung sind die Folge. Durch seinen Rückzug arbeitet der Staat an seinem eigenen Untergang mit und ermöglicht auf diese Weise der neoliberalen Utopie »sich wahr zu machen, tatsächlich nachweisbar«.

Nach Bourdieus Einschätzung ist Prekarität heutzutage allgegenwärtig: Im privaten, aber auch im öffentlichen Sektor, wo sich die Zahl der befristeten Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitstellen vervielfacht hat; in den Industrieunternehmen, aber auch in den Einrichtungen der Produktion und Verbreitung von Kultur, dem Bildungswesen, dem Journalismus, den Medien usw.

Die Wirkungen sind fast überall identisch und tiefgreifend, insbesondere bei den Arbeitslosen, deren »zeitlich entstrukturiertes Dasein« praktisch mit dem »Verfall jeglichen Verhältnisses zu Welt, Raum und Zeit« einhergeht. Wenn die Zukunft überhaupt im Ungewissen bleibt, so ist den Betroffenen gleichzeitig ihre rationale Vorgehensweise verwehrt. Die prekäre Situation der Arbeitslosen raubt ihnen insbesondere »jenes Mindestmaß an Hoffnung und Glauben an die Zukunft, das für eine vor allem kollektive Auflehnung gegen eine noch so unerträgliche Gegenwart notwendig ist«.

Die Existenz dieser beträchtlichen Reservearmee von Arbeitslosen – einer Armee, »die keine ist, weil Arbeitslosigkeit isoliert, atomisiert, individualisiert, demobilisiert und entsolidarisiert«, übt einen erheblichen Druck auf die von der Prekarität dem Anschein nach Verschonten aus. Sie flößt jedem Arbeitnehmer das Gefühl ein, dass er keineswegs unersetzbar ist und seine Arbeit, seine Stelle gewissermaßen ein Privileg darstellt, das zudem äußerst zerbrechlich und bedroht ist, weil es jederzeit entzogen werden kann.² Das so erzeugte Gefühl der Furcht lässt sich laut Bourdieu aufgrund der Überproduktion an Diplomen längst nicht mehr nur auf den untersten Qualitätsebenen feststellen – und die Arbeitgeber machen seiner Auffassung nach auch reichlich Gebrauch davon. Unterstützt werden sie dabei durch die Medien, die die allgemeine Verunsicherung tagtäglich reproduzieren. So beruht die Grundlage der neoliberalen wirtschaftlichen Ordnung tatsächlich auf der strukturalen Gewalt der Arbeitslosigkeit. Die auf diese Weise erzeugten »Dispositionen der Unterwerfung« bilden Bourdieu zufolge die Voraussetzung für eine immer »erfolgreichere« Ausbeutung, die auf einer Spaltung zwischen der immer größer werdenden Gruppe derer, die nicht arbeiten, und der immer kleiner werdenden Gruppe derer, die immer mehr arbeiten, beruht.

Die allgegenwärtige Prekarität macht laut Bourdieu auch vor der Welt der Kulturerzeugnisse nicht halt, deren Unabhängigkeit dem Markt geopfert wird und ihr eine erdrückende Zensur auferlegt –

Folgen der Prekarität

2 Hier entfaltet sich die volle Bedeutung der lateinischen Wurzel des Wortes *Prekarität*.

und natürlich schränkt sie die Handlungsfähigkeit des Staates weiter ein, dem die Unternehmer die Kosten für die von ihnen verursachte Arbeitslosigkeit aufbürden.

Die Soziodizee der
Kompetenz und ihre Folgen

Wie bereits im ersten Abschnitt ausgeführt, ist Prekarität sowohl Ergebnis als auch Ursache eines zunehmenden Wettbewerbs, nicht nur auf globaler, sondern auch auf individueller Ebene. Die darwinistische Weltansicht und die mit ihr verknüpfte Soziodizee der Kompetenz begünstigen bei allen Betroffenen den Eindruck, in einem Konkurrenzkampf aller gegen alle zu stehen, der sämtliche Werte der Solidarität und Menschlichkeit zunichte macht.

Zu den gesellschaftlichen Leiden gehört vor allem auch das Elend fehlender Schulbildung, die nicht nur die gesellschaftliche Zukunft beeinflusst, sondern auch das Bild, das die Menschen von dieser Zukunft haben. Für die solchermaßen Betroffenen scheint eine schulisch garantierte Befähigung als Teilungsmaßstab zwischen den Beschäftigungslosen und den Stelleninhabern zu fungieren.

Diese auf sozialen Ungleichheiten beruhende »Befähigung« steckt auch in den Industrieunternehmen die Grenzen zwischen Angestellten und Technikern, einfachen Arbeitern und Angelernten als »neue Parias der industriellen Ordnung« ab. Die Ausbreitung von Elektronik und Informatik zwingt die Mitarbeiter zur steten Weiterbildung, wollen sie in dem individuellen Konkurrenzkampf bestehen. Das allgegenwärtige Gefühl der Unsicherheit wird von den Arbeitgebern durch ein »geschickt entlang der Betriebshierarchie befördertes Gefühl der Unwürdigkeit« verstärkt: Insbesondere die Arbeiter sieht Bourdieu immer mehr einer Entwertung und politischen Ernüchterung ausgesetzt, die er als einen der Gründe für die zunehmende Radikalisierung und Ausländerfeindlichkeit ausmacht. »Verdammt dazu, sich im Verhältnis zum großen Schuladel zu denken, der mit den Führungsaufgaben betraut ist, und zum Kleinadel der Angestellten und Techniker, einem Adel auf Abruf, der sich immer wieder beweisen muss, können die Arbeiter, in ihrer andauernden Schwebelage, bedroht vom Abstieg in die Unwürdigkeit der Stellensuchenden, nur ein enttäushtes Bild von sich und ihresgleichen gewinnen.«

Die Soziodizee der Kompetenz erweist sich solchermaßen nicht nur als Unterdrückungsinstrument, sondern trägt auch zur Gefährdung des sozialen Gefüges bei, sowohl in den Betrieben als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Der Diskurs
und seine Folgen

Ebenso wie die Prekarität eine kollektive Mentalität erzeugt – »die objektive Unsicherheit bewirkt eine allgemeine subjektive Unsicherheit« – so produziert und reproduziert der Diskurs dieses kollektive Unsicherheitsgefühl – auch bei denen, die noch gar nicht betroffen sind. Bourdieu sieht es als eine der Hauptursachen für Demoralisierung und Demobilisierung an.

Die symbolische Einprägung durch den neoliberalen Diskurs, der so gut wie alle gesellschaftlichen Akteure die scheinbare Unausweichlichkeit von Globalisierungseffekten wiederholen lässt, trägt mit Unterstützung der Medien zu einem Entpolitisierungseffekt bei, der seine Wirkung insbesondere bei denjenigen Bevölkerungsteilen entfaltet, die bereits am meisten entpolitisiert sind, also mehr bei Frauen als bei Männern, mehr bei Personen mit niedriger Schulbil-

derung als bei denen mit hoher, mehr bei den Armen als bei den Reichen. Insbesondere das Fernsehen lenkt dabei auch die Zeitungen immer mehr auf Abwege in die Demagogie und die Unterwerfung unter kommerzielle Zwänge, so dass sich die fatalistischen Denkstrukturen zunehmend auch bei den Absolventen einer höheren Schulbildung festsetzen können. Auf diese Weise zieht der Diskurs auch kritische Akteure in seinen Sog und gefährdet damit letztendlich auch die demokratischen Strukturen des Staates, denn: »Eine wahrhaftige Demokratie ist ohne wirklich kritische Gegenmacht nicht möglich.«

Letztendlich schlagen all die genannten Folgen des neoliberalen Programms auch auf den Staat zurück, selbst sein eigener Rückzug. Seine Haushaltseinsparungen ziehen kostspielige gesellschaftliche Folgen nach sich, die wiederum neue Haushaltseinsparungen erforderlich machen. Er sieht sich wegen der Arbeitslosigkeit und immer mehr prekären Arbeitsverhältnissen mit Mindereinnahmen durch Steuerausfälle einerseits und Mehrausgaben im sozialen Bereich andererseits konfrontiert. Prekarität, Soziodizée der Kompetenz und der Diskurs stiften zusätzlich sozialen Unfrieden und bringen letztendlich die Demokratie selbst in Gefahr. Alle diese Auswirkungen schränken die Handlungsfähigkeit des Staates immer mehr ein und tragen zu seinem weiteren Rückzug bei, der wiederum höhere Kosten verursacht – ein Kreislauf ist in Gang gesetzt, der neoliberale Plan, sich selbst zu verwirklichen, scheint aufgegangen. Oder doch nicht? Der folgende Abschnitt soll Auskunft darüber geben, welche Gegenmaßnahmen Bourdieu für möglich hält.

Gegenmaßnahmen

Bourdieu schlägt eine ganze Reihe politischer Maßnahmen vor, die im Wesentlichen darauf abzielen, dem Staat wieder mehr Handlungsspielraum zu verschaffen, die Rechte von Arbeitnehmern zu stärken und die sozialen Errungenschaften der Länder zu globalisieren, die hierin an der Spitze liegen (und nicht umgekehrt). Für die beiden letztgenannten Aufgaben sieht Bourdieu insbesondere die EU in der Pflicht, die seiner Auffassung nach allein in der Lage ist, als »supranationaler Staat (...) als Zwischenschritt zu einem Weltstaat«, der Zerstörung des Allgemeinwohls entgegenzuwirken.

Auf den umfangreichen Maßnahmenkatalog soll hier nicht im Einzelnen eingegangen werden, denn er betrifft lediglich die Akteure im politischen Feld. Was Bourdieu jedoch im Sinn hat, ist die Schaffung der »Voraussetzung für den *kollektiven*³ Entwurf einer sozialen Utopie«, die der neoliberalen Utopie entgegengesetzt werden kann.

Was also können die Akteure anderer sozialer Felder beitragen, um den zerstörerischen Folgen der neoliberalen Politik entgegenzuwirken? Aus der Fülle der Vorschläge, die Bourdieu anbietet, können hier nur einige exemplarisch näher ausgeführt werden.

Ein reiches Betätigungsfeld sieht Bourdieu für Intellektuelle, Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, die einer möglichen Gegenbewegung die notwendige Autorität verleihen könnten, um dem demoralisierenden Autoritätseffekt, den sich die konservativen Revolutionäre durch die Berufung auf ihr Expertentum verliehen ha-

3 Hervorhebung P. K.

ben, entgegenzuarbeiten. Hierbei gilt es auch, der symbolischen Dimension mehr Beachtung zu schenken, mit der die Vertreter der neoliberalen Bewegung geschickt unter Hinzuziehung von Kommunikations- und Medienberatern operieren, wohingegen die sozialen Bewegungen einen diesbezüglichen Rückstand aufweisen, weil sie die Bedeutsamkeit dieser Dimension unterschätzen. Um diesen Rückstand wettzumachen, müssten neue Kommunikationsformen und neue Arbeitsteilungen zwischen Forschern und politisch Aktiven erfunden werden sowie neue symbolische Aktionsformen des Protestes und des politischen Engagements. Durch grenzüberschreitende Bündelung und Zirkulierung von einschlägigen Informationen müsste gewährleistet werden, dass die Gegenbewegung ebenso an der Globalisierung teilhaben kann wie das neoliberale Programm.

Einen der Gründe für die Macht der neoliberalen Bewegung erkennt Bourdieu darin, dass sich alle scheinbar völlig einig sind, was von den übrigen Akteuren als Zeichen von Wahrheit wahrgenommen wird. Dieser Macht gilt es, sich entgegenzustemmen durch die Zerstörung des diskursiven Netzwerkes, indem Produktion und Zirkulation des Diskurses aufgedeckt und die Ergebnisse solcher Untersuchungen jedem zugänglich gemacht werden. Auf diese Weise könnten insbesondere die Soziologen aufzeigen, »dass dem Zirkulieren von Gedanken unterschwellig eine Zirkulation von Macht zugrunde liegt, um auf diese Weise den Austausch ideologischer Dienstleistungen gegen Machtpositionen zu entlarven«. Um die Macht des Diskurses zu brechen, schlägt Bourdieu weiterhin vor, internationale Bündnisse zwischen Forschern und Journalisten zu schaffen und Widerstandskräfte gegen die »Mächte der Unterdrückung« zu mobilisieren, die auf ihnen lasten und durch ihre wesentliche Teilhabe an der Diskursverbreitung auch auf der ganzen Gesellschaft lasten lässt.

In Bezug auf die Medien hält Bourdieu zudem das »Brechen des Monopols der technokratischen Orthodoxie« für sehr wichtig. In diesem Kontext müssten stichhaltige Analysen und innovative Vorschläge zur Lösung der Fragen erarbeitet werden, die die »politisch-mediale Orthodoxie« seiner Auffassung nachzustellen verbietet, z. B. die Frage nach den angeblichen ehernen Gesetzen der Finanzmärkte und nach den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der neuen weltweiten Arbeitsteilung. Dazu gehört auch die Frage, welche Aufgaben in Bildung und Kultur zu leisten sind, um der ungleichen Verteilung von symbolischem Bildungskapital entgegenzuwirken, die so viele der Prekarierten aus einer Gesellschaft ausschließt, in der dieses Kapital zu einer wesentlichen Produktivkraft geworden ist – ein wichtiges Betätigungsfeld auch für Erziehungswissenschaftler. Hierzu müsste vor allem eine organisierte und dauerhafte Zusammenarbeit mit den Medien angestrebt werden.

Ein weiterer Vorschlag, den Bourdieu macht, und an dem jeder einzelne sich beteiligen kann, besteht darin, die Opfer der Prekarität zu ermutigen, gemeinsam »der Zersetzung und dem Verfall ihres Selbstbildes, der Entfremdung zu widerstehen«, indem man ihnen dabei hilft, durchzuhalten und Würde zu bewahren. Darüber hinaus sollen sie aber auch ermutigt werden, »sich auf internationaler Ebene, also auf derselben Ebene, auf der auch die Folgen der Preka-

risierungspolitik wirksam werden, mit dem Ziel zu mobilisieren, diese Politik zu bekämpfen und die Konkurrenz zu neutralisieren, die sie zwischen den Arbeitnehmern erzeugen will« – eine Aufgabe, die aber eher den politisch organisierten Kräften, wie z. B. den Gewerkschaften zukäme. Dieser Maßnahme misst Bourdieu jedoch besondere Bedeutung bei, denn sie lässt die vielen unsichtbaren Arbeitslosen sichtbar werden. Ihr Auftreten in der Öffentlichkeit soll allen noch Beschäftigten vergegenwärtigen, dass sie gemeinsame Interessen mit den Arbeitslosen haben, dass deren Vorhandensein Teil eines politischen Programms ist, mit der sie, die Beschäftigten, zunehmend ebenfalls prekariert werden können.

Als Voraussetzung für die genannten Maßnahmen sieht Bourdieu die Überwindung der berechnenden individualistischen Sichtweise an, »die den handelnden Menschen auf ein kalkulierendes Wesen reduziert, das nur mit der Lösung von Problemen rein ökonomischer Art im engsten Sinn des Wortes befasst ist«. Der »verengten und kurzsichtigen Ökonomie des Neoliberalismus« muss vielmehr eine »Ökonomie des Glücks« entgegengesetzt werden, die auf menschlicher Initiative und menschlichem Willen basiert und die in ihren Berechnungen die Kosten des Leidens und die Gewinne aus Erfüllung und Selbstverwirklichung berücksichtigt, welche dem ausschließlich ökonomisch orientierten Produktivitäts- und Rentabilitätskult fremd sind.

Literatur

Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK, 1998, daraus:

1. Für ein Regressionsverbot. Vorwort zur deutschen Ausgabe, S. 7-9.
2. An den Leser, S. 10-11.
3. Die rechte und die linke Hand des Staates. Interview in Le Monde vom 14. Januar 1992, S. 12-21.
4. Wider die Zerstörung einer Zivilisation. Streikrede, Paris, Dezember 1995, S. 34-38.
5. Der Mythos »Globalisierung« und der europäische Sozialstaat. Vortrag vor dem griechischen Gewerkschaftsbund in Athen, Oktober 1996, S. 39-52.
6. Das Modell Tietmeyer. Vortrag anlässlich des deutsch-französischen Kulturtreffens zum Thema »Gesellschaftliche Integration als kulturelles Problem« an der Universität Freiburg/Breisgau, Oktober 1996, S. 53-59.
7. Der Beruf der Wissenschaft und die soziale Bewegung. Vortrag auf der Gründungsversammlung der »Generalstände der sozialen Bewegung«, Paris, 23. - 24. November 1996, S. 60-67.
8. Für einen neuen Internationalismus. Stellungnahme anlässlich des 3. Forums des Hessischen DGB am 7. Juni 1997 in Frankfurt am Main, S. 68-76.
9. Fernsehen, Journalismus und Politik. Vorwort der englischen und mit kleinen Änderungen als Nachwort der deutschen Ausgabe von Sur la télévision, Paris, Juni 1997, S. 77-85.
10. Nochmal: Über das Fernsehen. Interview nach Erscheinen der brasilianischen Ausgabe von Sur la télévision in O Globo (Rio de Janeiro) vom 4. Oktober 1997, S. 86-93.
11. Prekarität ist überall! Vortrag während der Rencontres européennes contre la précarité, Grenoble, 12. - 13. Dezember 1997, S. 96-102.
12. Die Arbeitslosenbewegung – ein gesellschaftliches Wunder. Rede anlässlich der Besetzung der Ecole normale supérieure durch die Arbeitslosen vom 17. Januar 1998. S. 103-105.
13. Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität. Aufsatz, Paris, Januar 1998, S. 109-118.

THOMAS KÖHLER

Verlorenes Terrain

Über das Schwinden von Freiheit und
Widerständigkeit im neoliberalisierten Alltag¹

Unser Alltag steht in wachsendem Ausmaß unter dem Druck von Verwertungsimperativen und einem ohnmächtigen Unbehagen an der eigenen Kultur. Diese Kultur des Turbo-Kapitalismus bietet trotz der gepriesenen Optionsvielfalt zu autodestruktiven Lebensweisen immer weniger Alternativen. Obwohl das Wissen und die Angst darüber zunimmt, dass die Welt unsere konsum-kapitalistisch hoch entwickelte Lebensweise nicht mehr tragen kann, ist die Alltagspraxis des durchschnittlichen OECD-Bürgers dominiert von einem ehernen Strukturkonformismus, der in seiner Unausweichlichkeit an Max Webers dystopischer Vision von den modernen Fellachen in ihrem Gehäuse der Hörigkeit denken lässt. »Eine leblose Maschine ist geronnener Geist. (...) Geronnener Geist ist auch jene lebende Maschine, welche die bürokratische Organisation (...) darstellt. Im Verein mit der toten Maschine ist sie an der Arbeit, das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen, in welche vielleicht dereinst die Menschen sich, wie die Fellachen im altägyptischen Staat, ohnmächtig zu fügen gezwungen sein werden«². Seine Stabilität erhält dieser Konformismus aus – teilweise schon zynischer, manchmal gar verzweifelter – Konsumlust einerseits und den Ängsten vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg andererseits.³ Die emanzipatorischen Kämpfe der letzten Jahre konnten daran nichts Wesentliches ändern, sondern wurden in ihrer Bedeutung geschwächt und abgebogen; weniger die Wut, schon gar nicht Mut, sondern Angst und Ohnmacht sind gewachsen.

Die im folgenden Argumentationsgang verwendete Perspektive einer Kritik des Alltagslebens macht es erforderlich, gesellschaftliche Praxis als permanent umkämpfte Politiken der Lebensführung zu verstehen. Diese Kritik hat ihre Wurzeln in der ehrwürdigen kritischen Soziologie des Alltags, der Lebenswelt und der Lebensweisen, insbesondere in der von Pierre Bourdieu bestens begründeten klassenspezifischen Kritik des Alltagslebens.⁴ Dabei geht es – nach Bourdieu – um Distinktionskämpfe, Kämpfe um die Definitionsmacht, um Hegemonie bzw. um die Chancen zur Ausübung symbolischer Gewalt. »Die symbolische Gewalt ist ein Zwang, der ohne die Zustimmung nicht zustande kommt, die der Beherrschte dem Herrschenden (und also der Herrschaft) nicht verweigern kann, wenn er zur Reflexion über ihn und über sich oder besser: zur Reflexion seiner Beziehung zu ihm nur über Erkenntnisinstrumente verfügt, die er mit ihm gemein hat und die, da sie nichts anderes als die einverlebte Form der Struktur der Herrschaftsbeziehung sind, diese

Thomas Köhler – Jg. 1963; Dr. rer. pol., seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim, Schwerpunkte Gesellschafts- und Sozialtheorie, Kultur- und Bildungssoziologie.

1 Das hiermit etwas gründlicher ausformulierte, stark erweitert vorliegende Statement für das »Bundesjugendtreffen Die Linke« in Göttingen im November 2006 skizziert Umriss einer »Politik der Lebensführung«, die vielleicht nicht nur für eine Linke Jugend von besonderem Interesse sind.

2 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1980, S. 835.

3 Dass Verheißungen und Ängste als Triebfedern der Kultur der Moderne wirksam sind, belegt in einer span-

Beziehung als natürliche erscheinen lassen; oder anders gesagt, wenn die Schemata, über die er sich wahrnimmt und bewertet oder über die er die Herrschenden wahrnimmt und bewertet (hoch/niedrig, männlich/weiblich, weiß/schwarz usw.) das Produkt der Einverleibung von somit zur eigenen Natur werdenden Klassifizierungen sind, deren Produkt sein soziales Sein ist.«⁵ Und damit ist selbstverständlich auch Handeln gemeint, das den Alltag durch Institutionalisierungsprozesse für dauerhafte Ungleichheitsverhältnisse⁶ strukturiert. So zielt der Neoliberalismus als Handlungsdispositiv für die politische Arbeit auf einen ganz anderen Alltag als eine emanzipative Perspektive: nämlich auf einen durch symbolische Gewalt strukturierten Alltag, der das ganze Subjekt und dessen Umfeld engagiert, motiviert, antreibt zur kreativen Mitarbeit. Es wäre eine Täuschung, die »time-space compression«⁷, also die Verdichtung von Zeit und Raum, jene im Neoliberalismus erkämpfte Beschleunigung und Expansion einer kapitalistischen Vergesellschaftung des Alltags, entweder als automatisch ablaufenden Prozess oder nur als Werk machthabender Cliquen bzw. »der Multis« zu verstehen. Sie muss von großen gesellschaftlichen Gruppen, von Klassenfraktionen erkämpft werden, im Fall des Neoliberalismus eben von denjenigen, die ein Interesse haben, diesen einerseits verdichteten, andererseits entleerten Alltag als gesellschaftsweit akzeptierte Selbstverständlichkeit durchzusetzen und diesen Alltag auch so vorleben, dass er attraktiv erscheint. Um solche Kämpfe um kollektive Selbstverständlichkeiten untersuchen zu können, geht es ohne empirische Alltagssoziologie, ohne eine gesellschaftstheoretisch fundierte »Ethnografie des Inlands« nicht.

Die gesellschaftstheoretisch und empirisch fundierte Kritik des Alltags ist freilich nicht eben in Mode. Nach einer von großen philosophischen Ansätzen geprägten Phase (Agnes Heller, Henri Lefebvre), die durchaus auch von lebendiger Empirie geprägt war⁸, wurde die kritische Alltags- und Lebensweiseforschung von der soziologischen Milieu- und Lebensstilforschung, aber auch von den neomarxistischen Ansätzen weitgehend vergessen; und wo sie noch ein Dasein fristen sollte, etwa bei Anthony Giddens, der sie für den Rahmen einer Politik der Lebensführung zu rekonfigurieren suchte, wurde sie dem *from welfare to workfare*-Prinzip unterworfen.

Schon ein recht willkürlicher und ganz cursorischer Anriss einiger Themenfelder kann indessen aufzeigen, wie wichtig eine solche Perspektive auf umkämpfte Lebensführungen gerade heute ist. In den Feldern Arbeit, Bildung und Natur werden für diesen Anriss die Alltagsdimensionen *Zeit-Räumliche Souveränität* und Anti-Konsumismus bzw. *Konsum(-entinnen und enten)souveränität* unterschieden, um einige gravierende Verschiebungen der konformistischen Revolution des letzten viertel Jahrhunderts aufzuzeigen. Positiv gesprochen geht es um Möglichkeiten für »gute«, emanzipative Lebensweisen: Einer linken Politik der Lebensführung im Bereich der Arbeit wird es darum gehen müssen, gegen die zunehmend repressive Arbeitsgesellschaft mit ihrem verlogenen Effizienz-Idealen und für alternative Modelle des guten Lebens nicht nur mit, sondern insbesondere auch ohne Erwerbstätigkeit zu kämpfen, die die solidarische Selbstbestimmung ermöglichen (1); im Bereich der Bildung

nenden, leider aber immer wieder naturalisierenden Studie H. Rosa: *Beschleunigung*, Frankfurt am Main 2005.

4 Die Interpretation der *feinen Unterschiede* als Kritik des Alltagslebens unterschiedlicher Klassenfraktionen ist nicht völlig selbstverständlich, ergibt sich aber aus einer genauen Lektüre ganz zwanglos; vgl. T. Köhler: *Reflexivität und Reproduktion*, Hannover 2001, Kap. II.

5 P. Bourdieu: *Meditationen*, Frankfurt am Main 2001, S. 218; vgl. auch G. Mauger: *Über symbolische Gewalt*, in: C. Colliot-Thélène u. a.: *Pierre Bourdieu – Deutsch-französische Perspektiven*, Frankfurt am Main 2005, S. 208-230.

6 Vgl. zu diesem Begriff C. Tilly, *Durable Inequality*, Berkeley 1998.

7 Vgl. den immer noch aktuellen Ansatz von D. Harvey: *The Condition of Postmodernity*, Cambridge/Mass. 1980.

8 Zu denken ist etwa an die vielen empirischen Arbeiten über die Widerständigkeiten eines (noch) nicht total integrierten Alltags – »Resistance through Rituals« (Stuart Hall, John Fiske) oder »Resistance to Everyday Life« (Stanley Cohen und Laurie Taylor) waren wichtige Themen.

muss dafür eingetreten werden, dass tendenziell »schwollenfreie« Institutionen nicht nur für »untere Schichten«, sondern insbesondere auch für diejenigen offen sind, die nicht den Imperativen der turbokapitalistischen Lebensweise entsprechen (2); und im Bereich des Naturverhältnisses muss die Linke, eine linke Jugendorganisation zumal, Lebensstile mit entwickeln, die sich vom »Antibiotismus« der industrie- und konsumgesellschaftlichen Normalität absetzen, indem sie sich durch einen »konvivalen« Kern im Umgang mit Mensch, Tier und Dingwelt auszeichnen (3).

1. Lebenswertes Leben im bohemienhaften Dasein ermöglichen:

Die Bohemiens waren immer schon wichtig für die Linke, weil sie nicht danach fragten, wie am besten mitzuarbeiten sei, sondern wie man sich am besten der (Mit-)Arbeit in Verwertungszusammenhängen verweigern kann.⁹ Bohemiens stellen (ebenso wie die sub-proletarische Fraktion) eine Klassenfraktion dar, deren Lebensweise direkt von der Tatsache betroffen ist, dass es im Kapitalismus, wie wir ihn kennen, immer nur ein geringen Betrag an Arbeitslosengeld, Grundsicherung, Grundeinkommen (oder wie auch immer die »Stütze« jeweils genannt wird) geben wird. Anders als Subproletarier sind Bohemiens durchaus in der Lage, kreativ für ihre auf Zuverdienstmöglichkeiten angewiesene Grundversorgung zu kämpfen – wie auch für den Alltag bohemienhafter Subkultur, die es als legitime Lebenspraxis ansieht, morgens spät aufzustehen, in den Tag hinein zu bummeln und in der Nacht umherzuziehen, statt dem geregeltem Tagesablauf der Spießbürger nachzugehen, um viel Geld zu verdienen und die verachtete *conspicuous consumption*¹⁰ betreiben zu können. All das schöne Leben gegen den Mainstream, so viel steht fest, kann auf Dauer keinen Spaß machen, wenn die Krankenkasse immer weniger für Zahnreparaturen aufkommt oder mit den Regeln des Arbeitslosengeldes II trotz großer Leerstände kein zumutbarer Wohnraum mehr verfügbar ist, kurzum: die verfestigte Armutslage und damit subproletarische Not droht. Wie also ist bohemienhafte Coolness als ein legitimer Lebensstil in echter Unabhängigkeit individuell, sozialstaatlich und kulturell zu verteidigen bzw. zu erkämpfen?

Der hier nur kurz angesprochenen praktischen Kritik an der bürgerlichen Lebensweise geht es nicht primär um die ökonomische Analyse, sondern um die Extensivierung, dann auch Intensivierung des lohnarbeits- bzw. verwertungsfreien Lebens im hier und jetzt. *Verlängerung dieses lohnarbeitsfreien Teils des Lebens sowie Autonomisierung dieses Teils von der Verwertungsmechanik des Kapitals*: eigentlich sind das klare, einfache Ziele. Eine Neuaufnahme der Debatten um die Befreiung (von) der Arbeit darf jedoch nicht in Vergessenheit geraten lassen, dass noch vor zwanzig Jahren ein erheblich progressiveres Stimmungsbild den politischen Möglichkeitshorizont prägte. Die attraktive Erfahrungs- und Bildwelt der New Economy war für die »neoliberale Rekonstruktion des Leistungsprinzips« ungemein wichtig und erfolgreich. Je mehr es mit postfordistischen Neuarrangements der Arbeit gelingt, diese selbst und die von ihr abhängig gehaltenen Konsumerlebnisse als intensives Leben erfahrbar zu machen, desto mehr werden die Fronten der Konfliktlinie zwischen bohemienhaften und bourgeoisen Lebens-

9 Vgl. D. Diedrichsen: *Der lange Weg nach Mitte*, Köln 1999, S. 36 ff.

10 Gemeint ist mit diesem Begriff (geprägt von Thorstein Veblen) der augenfällige Konsum zu vieler, zu großer, zu kostspieliger Waren, der allerdings als »spektakuläre Ungleichheit« stets auch akzeptiert ist, wie etwa das gefällige Bestaunen der Lebensweise großer Stars zeigt.

weisen, zwischen libertärem Hedonismus und zwanghafter Leistung, Exzess und Askese zu Gunsten einer neuartigen Hybridformation verwischt.¹¹

2. *Bildungserfahrungen jenseits des Verwertungsdrucks für alle sozialen Klassen ermöglichen*: Die Bildungsinstitutionen, insbesondere die des tertiären Sektors werden immer stärker in eine Richtung ausgebaut, die mit öffentlicher Demokratisierung für eine gemeinwesenorientierte Bildung nichts mehr zu tun hat. Vielmehr schließen sich die Hochschulen gegen Lebensweisen ab, die in den 70er und 80er Jahren noch berücksichtigt werden mussten, schlicht weil ihre starke Präsenz es erforderlich machte: Es geht nicht nur gegen die klassenspezifisch gesehen bildungsfernen, gegen die arbeitenden und/oder alleinerziehenden, sondern gegen »alternativ« orientierte Studierende. Schon ein flüchtiger Blick auf Konsequenzen der Einführung gestufter Studiengänge und Studiengebühren zeigt, dass diese Gruppierungen immer weniger die Bildungsinstitutionen ihrer Lebensweise anpassen, mittlerweile sogar wieder aktiv ausgegrenzt werden können. Das Studium wurde dem Lebensbereich der Lohnarbeit angeglichen, es wird weiter *beschleunigt*, die Arbeitstage Studierender werden *ex- und intensiviert* – was nicht zufällig den in Marx' Kapital analysierten Aneignungsformen absoluter und relativer Mehrwerterzeugung entspricht.¹² Dieser Prozess optimierter Erzeugung von Humankapitalressourcen (und also nicht nur die Zunahme relativer sozialer Ungleichheit, die selbstverständlich ebenfalls kritisiert werden muss) ist der eigentliche Kern der »Ökonomisierung der Bildung«; er kann erst aus der Perspektive einer Politik der Lebensweisen als erfolgreicher Kampf gegen anti-produktivistische und anti-konsumistische Bildungsinteressen und -stile kenntlich gemacht werden. Anti-produktivistischen und anti-konsumistischen Bildungsinteressen sind die lebenspraktischen Momente der Entschleunigung und der Leistungsverweigerung bzw. *Extensivierung des lohnarbeitsfreien Lebens* zentral; an ihnen lässt sich die Kompatibilität institutioneller Arrangements mit Prinzipien fortgeschrittener Demokratie messen. Die Niederlagen der letzten Jahre, die nonkonformistische Lebensweisen hinnehmen mussten, sind, legt man diesen Maßstab zugrunde, offenbar eklatant.¹³

3. *Lebensweisen entwickeln, die mit der antibiotischen Wirkungsweise des Kapitalismus brechen*: Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, ist spätestens seit Mitte des letzten Jahrhunderts global »antibiotisch«, also im weitesten Sinne lebensvernichtend geworden. Hatte vor weniger als fünfzig Jahren die Produktivität der Natur noch ausgereicht, um die bis dahin auftretenden Zerstörungen noch zu kompensieren, so sind wir nun in ein Stadium eingetreten, das diese Reproduktionsfähigkeit in immer größerem Ausmaße übersteigt: die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Lebensformen selber sind in vollem Gange, und die Geschwindigkeit dieser Vernichtung scheint alle Befürchtungen, die in den 1980ern schon panisch vorgetragen und entsprechend verhöhnt wurden, zu bestätigen. Im Rahmen einer Politik der Lebensführung müsste nun also systematisch rekonstruiert werden, wie die unterschiedlichen Lebensweisen des Postfordismus sich zur Naturzerstörung verhalten und wie demgegenüber »konviale« Lebenswei-

11 Vgl. zu diesem komplexen Problem aus unterschiedlichen Perspektiven S. Herkommer: Macht und Lebensstil, in: SOZIALISMUS 10/2000, S. 1-26; M. von Osten: Die Norm der Abweichung, Zürich 2003; H. Schatz: Arbeit als Herrschaft, Münster 2004; A. Reckwitz: Das hybride Subjekt, Weilerswist 2006; U. Bröckling: Das unternehmerische Selbst, Frankfurt am Main 2007.

12 Absolute Mehrwerterzeugung steht für die Verlängerung, also Extensivierung des Arbeitstags, relative für die Intensivierung. Es gibt noch andere Modi: Etwa den der ursprünglichen oder primitiven Akkumulation, wo die Mehrwerterzeugung darin besteht, Menschen erstmals oder neuerlich unter die Herrschaft des Kapitals zu subsumieren.

13 Und gewiss ist in einem solchen Argumentationszusammenhang die Annahme nicht hilfreich (aber auch nicht untypisch), im Bildungsbereich bräuchten wir »eine entschiedene Aufwertung von Schuldisziplin und Leistungsverhalten. Aus DDR-Zeiten stehen reiche Erfahrungen mit einem engen Zusammenwirken von Schule und Eltern und Gesellschaft im Interesse eines guten Lernklimas zur Verfügung«. D. Klein (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden, Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003, S. 171 f.

sen aussehen könnten. Das bedeutet natürlich auch, bestimmte Muster der Lebensführung argumentativ vor anderen auszuzeichnen. Diese unschöne Arbeit ist normalerweise dadurch entschärft, dass ihr eher negativ nachgegangen wird: Welche Lebensführungsmuster sind marginalisiert, werden in ihrem Recht auf eigensinnige Lebenspraxis benachteiligt oder gar ausgeschlossen? Die Bestimmung untragbarer Lebensführungsmuster ist jedoch notwendiger Bestandteil einer kritischen Politik der Lebensweisen.

14 I. Illich: Selbstbegrenzung – Tools for Conviviality, Reinbeck bei Hamburg 1980.

Es wäre nützlich, den von Ivan Illich geprägten Begriff »Konvivialität«¹⁴ im Rahmen einer Politik der Lebensstile mit angemessenen Operationalisierungsvorschlägen wieder in den Diskurs einzuführen. Nur einen groben Orientierungsindikator erhält man mit einer Indexikalisierung des Naturverbrauchs pro Person, etwa dem verbreiteten *ecological footprint*. Konvival könnte eine Lebensführung etwa nur dann sein, wenn sie höchstens dem *eco-footprint* entspräche, den die Erde ertragen könnte; das lässt sich heute schon gut quantifizieren. Aber dieses Kriterium ist nur eine notwendige, keineswegs hinreichende Bedingung, denn andere, qualitative Eigenschaften fehlen hier, um nicht etwa die menschenunwürdigen Daseinsweisen in Slums und Deserts als konvival erscheinen zu lassen¹⁵: Die ökonomisch-kulturelle Grundversorgung ist also ein weiteres Moment der Konvivialität, Gerechtigkeit und Autonomie etwa als zwei weitere zentrale Momente einer solchen Lebensweisen nennt Illich selbst. Oben wurde im Kontext anti-produktivistischer und anti-konsumistischer Lebensweisen die Extensivierung genannt – ein weiterer Begriff, der weitere Momente von Lebensqualität als Eigenschaft der Konvivialität umreißt und erst noch zu füllen wäre.

15 In den *footprint*-Ranglisten schneiden diejenigen am besten ab, die in Wirklichkeit am menschenwürdigsten leben.

Die auf dem Höhepunkt der fordistischen Epoche für große Teile der OECD-Bevölkerung selbstverständlich gewordene Sättiertheit hat jedenfalls für »das moderne Leben« manche Weichenstellungen zur Folge gehabt, die nun, mitten in der von wachsender Prekarisierung gekennzeichneten Erosionskrise des Fordismus, mühsam wieder zurückgenommen bzw. umgelenkt werden müssten. Man kann indessen rundweg behaupten, dass *nur sehr geringe Chancen für den radikalen Wandel, den wir bräuchten*, bestehen. Die Energie-, Auto- und Konsummittelindustrie und -politik ist bekanntlich nach wie vor an Ökoeffizienz und »intelligenter Machtbeschränkung« weit weniger interessiert als an Fragen des Macht- und Profiterhalts; die Wohnungsbauindustrie- und politik fördert immer noch Zersiedelung und Privatismus; Änderungen in diesen Bereichen, in der Stadtteilpolitik, bei der Nahrungsmittelproduktion etc. etc. stagnieren oder verlaufen schleppend. Die Nötigung, zum intelligenten Verbraucher zu werden und verteuerten Strom und besonders teure Nahrungsmittel zu kaufen, auch alle anderen Nachteile in Kauf zu nehmen, die mit einer vernünftigeren Lebensweise verbunden wären, ist im Rahmen einer auch nur halbwegs sozialistisch inspirierten Gesellschaftstheorie gerade in Zeiten der Prekarisierung unzumutbar und inakzeptabel. Der Kampf um konvivale Muster der Lebensführung ist dem gegenüber nur als kollektiver Kampf für wachstums- und konsumkritische Umverteilung sowie Entschleunigung sinnvoll zu führen – das gilt hier wie in allen anderen Bereichen auch.

Die eben kurz skizzierten drei Bereiche sollten hier nur schlaglichtartig für eine Entwicklung angeführt werden, die insgesamt auf eine Illiberalisierung der Lebensweisen hinausläuft. Andere Themenfelder als die hier genannten, wie beispielsweise Friedens-, Antifaschismus-, Integrations- oder Gleichstellungspolitik, wären ebenso vorstellbar gewesen. Hier wird sich jedoch ganz bewusst auf die Bereiche Arbeit, Bildung und Natur bezogen, weil an ihnen leicht die Zuspitzungskraft von Argumenten mit spezifischen Situierungen verdeutlicht werden kann; das scheint nicht nur für ein Bundesjugendtreffen angemessen, sondern für jedes Unternehmen, dass (bspw. im Rahmen einer Politik der Lebensstile) eine Ausbuchstabilisierung von Differentem erprobt. Wenn man sich nur auf die Bevölkerungsgruppe der Jugendlichen in Deutschland konzentriert, fällt schnell auf, dass besonders hedonistisch-nonkonformistische Lebensweisen aus den unteren Klassen mit einer längst nicht mehr brachialen, sondern leisen und oft äußerst subtilen Politik der Marginalisierung konfrontiert sind. Und das, obwohl Jugend und Popkultur doch als Leitbild und oft sogar Motivationshintergrund für die »Arbeit als Lebensstil« gelten? Ja, denn der kreative Imperativ gilt eben nur für die Inhaber kulturellen Kapitals; im hedonistischen Milieu der unteren Klassen hingegen ist dieses Kapital, wie ökonomisches, künstlerisches etc. auch, weniger vorhanden – und es ist durch den sukzessiven symbolischen Freiheitsentzug der neoliberalen Regulationsweisen ein Rahmen für das alltägliche Selbstverständnis entstanden, der den Milieugehörigen das Leben schwer macht und endlich sogar das Gefühl gibt, überflüssig zu sein. Die popkulturellen Freiheitsinszenierungen des Differenzkapitalismus¹⁶ können dann nur noch als gepanschte Derivate der einstigen Drogen mit echter Weltfluchtkapazität fungieren.

16 Zu diesem Begriff K. N. Ha: Hype um Hybridität, Bielefeld 2005.

RAINER VOLKMANN

Konsolidierung um jeden Preis?

Ein deutliches »JA« zur Staatsverschuldung

Die Bundesbank hat in ihrem Junibericht in 2007 zur »Vermögensbildung und Finanzierung im Jahr 2006« die volkswirtschaftliche Ersparnis untersucht.¹ Sie konstatiert im Rahmen des gegenwärtigen Konjunkturaufschwunges eine deutliche Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen, »was in den gesamtwirtschaftlichen Rechenwerken (die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und ihre Finanzierungsrechnung, R.V.) seinen Niederschlag in einem kräftigen Anstieg der »Ersparnisse« des Unternehmenssektors findet.² Zunächst ist zu erinnern: Ersparnisse in einer Volkswirtschaft enthalten nicht nur die private Ersparnis der Haushalte, sondern eben auch die einbehaltenen Gewinne der Kapitalgesellschaften und, sofern eine positive Differenz zwischen Steuereinnahmen und Staatsausgaben besteht, die positive Ersparnisbildung der Gebietskörperschaften. Letzteres wird bekanntlich im Rahmen der Föderalismusreformdiskussion II um Schuldenverbote für die Bundesländer angestrebt. Die deutliche Verbesserung der Ertragslage hat zwar die Investitionsquote von 2,9 auf 3,9 Prozent (Nettoinvestition in Prozent des verfügbaren Einkommens) erhöht, blieb aber deutlich unter der Investitionsquote von rund 10 Prozent in den 1990er Jahren.³ Die Ersparnis der privaten Haushalte und des Unternehmenssektors fielen allerdings höher aus als die Bildung von Sachkapital und entsprach etwa dem Stand der 1990er Jahre. Die Nettoinvestitionen sind dagegen »überraschend« gering bzw. »wesentlich niedriger« (Bundesbank) ausgefallen. Die Konsequenz für die Bundesbank lautet folglich: »Dem hohen inländischen Ersparnisüberschuss über die deutlich gestiegenen, aber immer noch wesentlich niedrigeren Nettoinvestitionen entspricht der positive Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft.«⁴ Zur Klarstellung dieser Zusammenhänge ist eine Differenzierung nach realwirtschaftlicher und nominaler Betrachtung sinnvoll. Gerade dieser doppelten Betrachtungsweise verdanken wir wichtige makroökonomische Erkenntnisse, die in der Hinwendung zur mikroökonomischen Einseitigkeit und nur angebotsorientierten Sicht verloren gehen.

Die saldenmechanische Betrachtung einer Volkswirtschaft

Die Ersparnis »am Ende« einer betrachteten Produktionsperiode verkörpert bei Haushalten eine »nicht-konsumtive« Verwendung des Einkommens. Bei Unternehmen sind es die einbehaltenen Gewinne, nachdem die Produktion abgeschlossen ist und etwaige Ausschüttungen an Kapitaleigner erfolgt sind.⁵ Ein Teil dieser realen Ersparnis von Haushalten und Unternehmen wird vom Unternehmenssektor als Investition nachgefragt. Da laut Bundesbank aber die Ersparnis über der Investi-

Rainer Volkmann – Jg. 1947, Dr. rer. oec., Dozent für Volkswirtschaftslehre am Department Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen und Lehrtätigkeit zu Makroökonomie, Beschäftigungstheorie und -politik sowie Konjunkturtheorie; Sprecher der AG Wirtschaft, Finanzen, Haushalt der LINKEN in Hamburg, Vertrauensdozent der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 6/2007, S. 17-28.

2 Ebenda, S. 17.

3 Ebenda, S. 18.

4 Ebenda, S. 18.

5 Es ist daran zu erinnern, dass Kapitalgesellschaften eine eigene Rechtspersönlichkeit darstellen und daher

tion liegt, handelt es sich bei einem solchen Ersparnisüberschuss um Güter, die bisher nicht im Inland abgesetzt wurden. Nun besteht eine mögliche Verwendung darin, sie der ausländischen Nachfrage güterwirtschaftlich als Exporte zuzuführen (Die andere Möglichkeit, diese Güter vom Staat nachfragen zu lassen, wird später behandelt). Aber dies muss auch finanziert werden. Hier hilft die nominale Betrachtung, die in Ersparnissen finanzielle Fonds sieht, die als Kredit den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Ein Ersparnisüberschuss verkörpert dann also ein nicht im Inland vollständig »abgesetztes« Kreditpotential. Dies wird dem Ausland als Kapitalexport zur Verfügung gestellt werden; unabhängig davon, dass die Motive der nach Zinsanlage strebenden Kapitalexporthen andere sind als die der Warenexporthen.⁶ So bestätigt die Bundesbank, dass der Überschuss der Ersparnis über die inländischen Nettoinvestitionen sowohl finanziell als Kapitalexport als auch realwirtschaftlich dem Exportüberschuss entspricht. Diese Zusammenhänge existieren »über den Köpfen der Beteiligten« und begründen mit dem Exportüberschuss der deutschen Wirtschaft gleichzeitig ihre Gläubigerposition im Welthandel. Umgekehrt befinden sich beispielsweise die USA mit ihrem Importüberschuss in einer Schuldnerposition gegenüber der deutschen Wirtschaft. Was bedeutet das? Zunächst kompensiert ein Exportüberschuss eine realwirtschaftliche Lücke, die durch die unzureichenden inländischen Investitionen – genauer: durch die unzureichende Umwandlung finanzieller Ersparnisfonds in Sachkapitalbildung – entstanden ist. Trotz einer umfangreichen steuerlichen Förderung der Gewinne der Kapitalgesellschaften sowie der steuerlichen Entlastung der hohen Einkommen, die die Ersparnisbildung der Spitzeneinkommen begünstigen, wird damit nicht in gleichem Maße die Sachkapitalbildung angeregt. Eine neoliberale Umverteilungspolitik verlangt daher zwingend eine expansive Außenwirtschaftspolitik. Diese enthält immer zwei Fundamente: Der inländischen Ersparnisüberschuss über die Nettoinvestition verlangt nach freiem internationalen Kapitalverkehr; und die Außenpolitik plädiert für internationalen Freihandel und Abschaffung aller Handelsrestriktionen. Man mag der Expansion der Euro-päischen Union durchaus Wohlfahrtsgewinne zuschreiben; ihre Erweiterung kann so auch eingeordnet werden als Notwendigkeit, einer neoliberalen »Erweiterung« der inländischen Ersparnis durch steuerentlastungsbedingte Gewinn- und Spitzeneinkommenssteigerungen weitere reale Anlagesphären zu schaffen. Sofern der Außenhandel als freier Kapital- und Warenverkehr nicht diese Kompensation erreichen kann, verkörpert der Überschuss der Ersparnisse über die Nettoinvestition sowohl unrentierliche Finanzfonds als auch eine Absatzkrise für produzierte Güter. Die Folge wäre wiederum eine »rationale« Reaktion des volkswirtschaftlichen Gesamtsystems im Kapitalismus: Die Absatzkrise reduziert die Produktion, damit Einkommen und Beschäftigung. Zwar trifft die Krise zunächst die politisch schwächere Klasse der Arbeitenden, aber sofern Besitzeinkommen und daraus abgeleitetes weitere Profiteinkommen ihre Quelle im Mehrwert durch Mehrarbeit haben, werden in der Rezession neben den Lohneinkommen – zunächst noch durch Umverteilung verzögert – auch die anderen Einkommen sinken. Sinken die Quellen der bisherigen Ersparnisse, sinken eben die »Ersparnisse«. Zwar wird dann weniger Kapital- und Warenexport notwendig sein, aber die Volkswirtschaft befindet sich

die einbehaltenen Gewinne ihnen »ad personam« zugeordnet werden als unternehmerische Ersparnis. Von Steuerzahlungen kann hier abstrahiert werden, da sie bereits »vorher« erfolgt sind.

6 Die Notwendigkeit der Periodenabgrenzung – meist ein Jahr – verschleiert eine wichtige Information, dass deutsche Exporte »letztlich« in inländischer Währung zu bezahlen sind; und der Kapitalexport ist die Möglichkeit, den Abnehmerländern deutscher Exporte die notwendigen Fremdforderungen zur Verfügung zu stellen. Dass die Kapitalexporthen ihrerseits andere Interessen – etwa die zinsbringende Geldanlage im Ausland – haben, ändert nichts an der Tatsache, etwa ausländischen Importeuren am Devisenmarkt Euro anzubieten, um inländische Währung zu erhalten.

auf dem Niveau tiefer Depression. Umgekehrt gilt: Kapital- und Warenexporte – sie gehören zusammen – sind zwei Seiten einer Variante, sich der Krisenanfälligkeit im Kapitalismus durch Nutzung der außenwirtschaftlichen Expansion zeitweilig zu entziehen.

Exkurs I: Ersparnisüberschuss und positiver Außenhandelssaldo

Das Sozialprodukt Y als Produktionsergebnis entsteht in der Produktion von Konsumgütern C , in der Produktion von Investitionsgütern I und im Exportüberschuss $\text{Exporte} - \text{Importe}$ ($\text{Exp} - \text{Imp}$).⁷ Es gilt: $Y = C + I + \text{Exp} - \text{Imp}$.

7 Die Produktion des Sozialproduktes verlangt einen bestimmten Einsatz importierter Vorprodukte (Energie etc.). Diese werden erfasst und insgesamt bei den Exporten abgezogen, um »für sich« den Außenbeitrag zu erhalten

Das Sozialprodukt als Äquivalent für das Volkseinkommen Y wird von den Unternehmer- und Arbeiterhaushalten verwendet für Konsum C und Ersparnis S . Es gilt: $Y = C + S$.

Daraus folgt bei Gleichsetzung: Die volkswirtschaftliche Ersparnis entspricht der Nettoinvestition und dem Außenhandelssaldo $\text{Exp} - \text{Imp}$.

$$S = I + \text{Exp} - \text{Imp}$$

Da die Bundesbank mit dem Ersparnisüberschuss über die Nettoinvestition den deutschen Leistungsbilanzüberschuss erklärt, soll mit folgendem vereinfachten Zahlenbeispiel dieser Zusammenhang verständlich gemacht werden.

$$S = I + \text{Exp} - \text{Imp}$$

$$300 = 200 + 100.$$

Hier wird deutlich, dass die unternehmerische Sachkapitalbildung von 200 nicht die hohe Ersparnis von 300 kompensiert; der inländischen Nachfrageausfall in Höhe von 100 wird durch die (Netto-) Auslandsnachfrage ausgeglichen. Die dafür im Ausland notwendige Liquidität wird durch den Kapitalexport von 100 geschaffen. Das Ausland hat sich um 100 verschuldet. Im Folgenden werden staatliche Aktivitäten eingeführt, so dass neben der Verschuldung des Auslandes auch die inländische Staatsverschuldung zu beurteilen ist.

Ursachen der Staatsverschuldung

Für die Bundesbank erhält die Außenwirtschaft die Aufgabe, inländische überschüssige Produktion und Ersparnisse nachzufragen. Gleiches kann im Inland durch staatliche Aktivitäten geleistet werden, diese Güter und Ersparnisse selbst nachzufragen. Bezüglich der Güter ist an öffentliche Infrastrukturleistungen zu denken. Die Nachfrage nach Ersparnissen zur Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur erfolgt über die Transformation der Gewinne (und Teile der Spitzeineinkommen) zu steuerpflichtigen Abgaben an den Staat. So werden aus potentiellen hohen Ersparnissen einer Volkswirtschaft (wie gegenwärtig) steigende Steuereinnahmen, die als laufenden Einnahmen u. a. die realen Infrastrukturausgaben finanzieren. Sofern aber Steuerarten abgeschafft (Vermögenssteuer) und/oder Steuersätze gesenkt werden (Absenkung des Spitzensteuersatzes sowie der Körperschaftssteuersätze) und bei unelastischer Reaktion des Steueraufkommens auf Steuersatzsenkungen die staatlichen Steuereinnahmen allenfalls gering steigen, muss zur Finanzierung staatlicher Ausgaben verstärkt auf Kredite zurückgegriffen werden. Ursache dieser Staatsverschuldung sind hier nicht die gestiegenen Staatsausgaben, sondern das unzureichende Steueraufkommen. Eine weitere mögliche Ursache der gewachsenen Staatsverschuldung

wären beschleunigte Staatsausgaben. Das Zutreffende kann für Deutschland geklärt werden.

Abgesehen vom Einmaleffekt der deutschen Wiedervereinigung, der die Schuldenquote (Gesamtschulden zu BIP) von 43 Prozent in 1990 auf 59 Prozent in 1996 anheb, muss das Ausgabeverhalten sowohl des Bundes als auch der Länder überprüft werden. Aber sowohl die Ausgabenentwicklung als auch die Entwicklung der Staatsquote Deutschlands belegen eher ein im europäischen Vergleich unterdurchschnittliches Ausgabeverhalten: »Durch die sehr zurückhaltende Ausgabenpolitik kam es in Deutschland zu einem ausgeprägten Rückgang der Staatsquote«⁸. Und: »Im internationalen Vergleich liegt der ... Anstieg der öffentlichen Ausgaben in Deutschland weit unter dem Durchschnitt. (...) Im Jahr 2007 weisen nur noch drei EU-Länder eine niedrigere Staatsquote als Deutschland auf.«⁹ Entscheidend zur Erklärung der wachsenden Staatsverschuldung ist die im Vergleich zum Wachstum des BIP unterdurchschnittliche staatliche Steuereinnahmeentwicklung von -0,2 Prozent für die Jahre 2000 bis 2005 bei einem nominalen Wachstum des BIP von durchschnittlich 1,7 Prozent.¹⁰ Die verschiedenen steuerpolitischen Entlastungen für die Unternehmen waren dafür verantwortlich, dass ein vergleichsweise geringes nominales Wachstum des BIP sich nicht ausreichend ergiebig in der Steuereinnahmeentwicklung niederschlug. Diese Abkoppelung der Steuereinnahmen von der ökonomischen Entwicklung hat zwei Konsequenzen: Entweder muss die Kreditaufnahme erhöht werden, oder aber die Entwicklung der Staatsausgaben wird an die niedrigen Steuereinnahmen geknüpft. Die verbreitet populäre Forderung nach Abbau der Verschuldung muss also sorgsam reflektiert werden; denn die entscheidende Ursache der Staatsverschuldung ist der politisch gewollte Verzicht auf mögliche Steuereinnahmen. Wird dies nicht bedacht, ist jegliche Unterstützung des Abbaus bzw. Vermeidung von Staatsverschuldung wie eine nachträgliche Rechtfertigung der Steuersenkung zugunsten von Besserverdienenden und Kapitalgesellschaften zu verstehen. Diese unredliche Argumentation hat in einem anderen Zusammenhang schon einmal funktioniert.

Exkurs II: Demontage »keynesianischer« Politik durch Staatsverschuldung

In der Geschichte der Bundesrepublik ist bereits sehr früh die Staatsverschuldung instrumentalisiert worden zur Abwendung von keynesianischer Politik. In den Jahren 1974 bis 1979, in denen noch mehrfach »keynesianische« Beschäftigungsprogramme aufgelegt wurden, ist gleichzeitig eine Politik der Haushaltskonsolidierung (»Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur«) betrieben worden.¹¹ Diese ließ in ihren kontraktiven Wirkungen über unzureichendes Wachstum die von den Konjunkturprogrammen erwarteten Steuereinnahmen geringer ausfallen. Ein negativer Finanzsaldo wegen des bewussten »deficit spending« konnte somit nicht ausgeglichen werden und führte zu jener Kombination aus »aktiver Beschäftigungspolitik« und »wachsender Staatsverschuldung«, die bis in die Gegenwart für eine Ablehnung jeglicher staatlicher Krisenbekämpfung erhalten muss, da sie angeblich doch nur zu wachsender Staatsverschuldung führe.¹²

So gilt festzuhalten: Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart war eine mangelnde Ausgabendisziplin Ursache der Staatsver-

8 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Staatsverschuldung wirksam begrenzen. Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie 2007; Ziff. 266. Im Folgenden: Sachverständigenrat: Staatsverschuldung.

9 Ebenda, Ziff. 266.

10 Ebenda, Ziff. 263, Tab. 17.

11 Bulletin Nr. 111 v. 12. 9. 1975.

12 R. Volkmann; Beschäftigungspolitik, a. a. O. S. 26; siehe auch S. 31 ff. zur Parallelität von Beschäftigungspolitik und Haushaltskonsolidierung; auch: H. B. Leibniger, B. Rohwer; Die Fiskalpolitik in den Jahren 1974 bis 1979: Ineffiziente Instrumente oder unzulängliche Anwendung, in: Konjunkturpolitik H. 5, Berlin 1981, S. 261 ff.

schuldung, sondern immer die unzureichende Entwicklung der Staatseinnahmen. Letztere entsteht entweder bei Ausgabensteigerungen, die mit einer gleichzeitigen »Sparpolitik« kombiniert sind, oder durch eine Steuerentlastungspolitik, wie sie gegenwärtig betrieben wird. Auch die aktuelle Entwicklung (2006/2007) widerspricht diesen Erfahrungen nicht, sondern bestätigt, dass auch eine dynamische Konjunktur öffentliche Haushalte konsolidieren kann, sofern das konjunkturbedingte Steueraufkommen nicht durch Absenkungen/Abschaffungen von Steuersätzen beschränkt wird. Allerdings ist zu bedenken, dass im Jahre 2008 das Unternehmenssteuerreformgesetz zu staatlichen Einnahmeausfällen führen wird; bei nachlassender Konjunktur also den hier diskutierten Konflikt erneut aufleben lassen wird.

Um Staatsverschuldung zu reduzieren, sind also zwei Strategien zu nutzen:

- der Verzicht auf Steuersenkungen und/oder
- eine dynamische Wachstums- und Ausgabenpolitik.

Staatsverschuldung – zur Technik, Geschichte und Regeln der Staatsverschuldung

Staatsverschuldung erfasst jenen Teil der staatlichen Güterproduktion, der nicht durch laufende Steuereinnahmen und Privatisierungserlöse finanziert wird. Damit wird deutlich, dass die Diskussion über Ausmaß und Entwicklung der Staatsverschuldung unzureichend ist, sofern sie sich nur auf die Zins- und Tilgungen im Zusammenhang mit Staatsverschuldung konzentriert. Übersehen wäre, dass mit dieser Finanzierungsform eine Produktion öffentlicher Güter möglich wird, die alternativ bei Abwesenheit von Staatsverschuldung nicht erfolgen könnte oder aber bei Umschichtung der laufenden Steuereinnahmen den Verzicht auf bestimmte »andere« Güter verlangt.

Nicht kontrovers ist, dass Verschuldung im Falle von Naturkatastrophen unvermeidlich sein kann, sofern eine unerwartete und kurzfristige Ausgabenerhöhung in diesem besonderen Fall als notwendig erachtet wird.¹³ Und wenn in Folge von Konjunkturkrisen die staatlichen Steuereinnahmen kurzfristig um Krediteinnahmen aufgestockt werden müssen, wird dieses auch in konservativen Stellungnahmen nicht problematisiert, sofern im folgenden Konjunkturaufschwung die steigenden Steuereinnahmen zum Schuldenabbau verwendet werden.¹⁴ So bleibt für die politische Diskussion jene »strukturelle« Kreditaufnahme, die (nicht nur) in Deutschland als eine Art konjunkturunabhängiger Sockel längerfristig absolut zunimmt, die Gebietskörperschaften insgesamt betrifft, allerdings hinsichtlich der jährlichen Nettoneuverschuldung rückläufig ist. So ist auch ein erklärtes Ziel der Bundesregierung, die Nettoneuverschuldung des Bundeshaushaltes ab ca. 2010/11 zu beenden, um danach mit dem Abbau der Bundesschulden zu beginnen. Für die Bundesländer stellt sich diese Aufgabe ähnlich; gleichwohl haben einige Bundesländer bereits ausgeglichene Haushalte.

Zur empirischen Erfassung der »Verschuldung« sollen an dieser Stelle nur drei Anmerkungen erfolgen:

- der wichtigste Finanzierungskanal für den Bund, der zwei Drittel der Verschuldung der Gebietskörperschaften von insgesamt 1 539 Milliarden € emittiert, ist meist das sogenannte Tendersverfahren, ein Bietungsverfahren, in dem Bundesanleihen und -obligationen, Bundes-

13 So werden in Artikel 87, Absatz 2 (b) staatliche Beihilfen »gleich welcher Art« für Naturkatastrophen mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar. Auch die konjunkturbedingten Kreditaufnahmen durch die sogenannte automatischen Stabilisatoren werden regelmäßig akzeptiert. Dazu: Sachverständigenrat: Staatsverschuldung, a. a. O., Ziff. 62 ff.

14 Sachverständigenrat; Staatsverschuldung, a. a. O., Ziff. 135 ff. Insbesondere die Ausführungen zur »Schweizer Schuldenschanke« belegen, dass staatliche Kreditaufnahme in der Marktwirtschaft nicht prinzipiell auszuschließen ist.

schatzanweisungen und unverzinsliche Schatzanweisungen begeben werden. Dabei beträgt die Bundesschuld gegenwärtig 945 Milliarden €; die Verschuldung der Länder 480 Milliarden € und die der Gemeinden 118 Milliarden €. ¹⁵ Adressat für den Bund ist die Bietergruppe »Bundesemissionen«, bestehend aus Banken und Wertpapierhandelshäusern, auch in konsortialer Form. Für die Bundesländer sind beispielsweise Kreditreferate bei den Finanzministerien zuständig; hier überwiegt die Ausgabe von Landesschatzanweisungen mit unterschiedlicher Laufzeit. Jeweils ist ein »Schuldenmanagement« für die Festlegung der Produktpalette, der Gläubigerzielgruppen, Art der Verzinsung, Bestimmung der Emissionswährung, Art der Platzierung etc. verantwortlich. Gegen Zins- und Kursrisiken werden – auch für die Weitergabe an den sekundären Markt – Swaps und Derivate vereinbart.

- Der Verkauf von Staatsschuldpapieren an private Einzelpersonen, etwa Bundesschatzbriefe, ist vom Quantum nahezu unbedeutend; bei einer Gesamtschuld des Bundes von 945 Milliarden € bestanden in 2007 gerade einmal 10 Milliarden (rund 1 Prozent) aus Bundesschatzbriefen. Dies mag einen möglichen Vorwurf relativieren, dass die Staatsverschuldung unmittelbar eine Umverteilung zugunsten der Besserverdienenden darstellt.

- Auch ist mit der hohen Bedeutung ausländischer Gläubiger, die etwa 40 Prozent der Staatsverschuldung aufnehmen, der Weltkreditmarkt repräsentiert, wodurch das Argument begrenzt wird, dass die deutsche Staatsverschuldung den einheimischen Kreditmarkt zins erhöhend belastet. ¹⁶

Die bestehenden Regeln zur Begrenzung der Staatsschulden sind zunächst im Artikel 115 Grundgesetz zu finden. Danach dürfen »die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten; Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.« Diese Vorgaben aus dem Grundgesetz sind allerdings unpräzise, weil:

- der Begriff staatlicher Investitionen nicht eindeutig bestimmbar ist; so wird von Bruttoinvestitionen ausgegangen, obwohl eine investitionsorientierte Verschuldung nur die vermögensvermehrenden Nettoinvestitionen zulassen sollte,

- vermögensreduzierende Privatisierungserlöse nicht gegengerechnet werden, und

- Investitionszuschüsse ins Ausland kein inländisches Staatsvermögen schaffen. ¹⁷

- Die Schaffung von Nebenhaushalten (z. B. Fonds »Deutsche Einheit«, Treuhandanstalt) ermöglicht Kreditaufnahme, ohne diese mit den übrigen Schulden zu verrechnen. So hat erst am 1. Januar 2005 der Bund die Schulden des Fonds »Deutsche Einheit« übernommen.

- Die »Störung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht«, deren Verkündung nach Artikel 109, Absatz 4 Grundgesetz weitere Kreditaufnahme zulässt, ist nicht präzise definiert.

Da die Länder mit ihren Verfassungen überwiegend dieser Regelung folgen, gelten diese unbestimmten Grenzen der Staatsverschuldung auch für sie.

Ein weiteres Regelwerk für die Begrenzung der Staatsverschuldung stellt der Artikel 104 EG-Vertrag dar. Das Protokoll Nr. 5 im EG-Ver-

15 Deutsche Bundesbank; Monatsbericht 10/07; statistischer Anhang Tabelle 14, S. 60.

16 Hier ist der weiter unten erläuterte sogenannte »crowding-out-effekt« zu nennen, der aus der staatlichen Kreditnachfrage auf dem inländischen Kreditmarkt Zinssteigerungen ableitet, die wiederum private Kreditnachfrage zurückdrängen. Dieser Effekt dürfte umso weniger eintreten, je größer der betrachtete Kreditmarkt ist. Vgl. dazu R. Volkmann; Beschäftigungspolitik, Opladen 2001, S. 45 ff.

17 Sachverständigenrat: Staatsverschuldung, a. a. O., Ziff. 93 ff.

trag verpflichtet die Mitgliedsländer der Währungsunion zu einer Begrenzung des laufenden Haushaltsdefizites des Gesamtstaates auf höchstens 3 Prozent und die Staatsverschuldung insgesamt auf höchstens 60 Prozent des nominalen Bruttoinlandsproduktes. Mit einer Vereinbarung im Haushaltsgrundsatzgesetz § 51a sind auch die deutschen Bundesländern an den Artikel 104 EG-Vertrag gebunden und gegebenenfalls gemäß einer Ergänzung des Artikel 109, Absatz 5 Grundgesetz zu möglichen Strafzahlungen an die EU verpflichtet, sofern die deutsche Finanzpolitik die in den EU-Verordnungen Nr. 1055/05 und 1056/05 vereinbarten Defizitgrenzen überschreitet.¹⁸

18 Ebenda, Ziff. 107 ff.

Es ist unklar, inwiefern diese aufgeführten Instrumente sowohl das Ausmaß als auch die Entwicklung der Staatsverschuldung beeinflussen konnten. Die Verschuldung der Gebietskörperschaften ist von 10 Milliarden € (1950, umgerechnet) auf 1,556 Billionen € (2. Quartal 2007) angestiegen und hat seit 2003 die 60 Prozent-Regel überschritten; und auch die Nettoneuverschuldung hatte in den Jahren 2002 mit 3,7 Prozent und in 2003 mit 4,1 Prozent den Artikel 104 EG-Vertrag (in der Klarstellung durch die EU-Verordnungen Nr. 1055/05 und 1056/05) erheblich verletzt. Die angedrohten Strafverfahren der Europäischen Kommission wurden allerdings bereits im November 2003 durch den Ecofin-Rat (Europäischer Rat der Wirtschafts- und Finanzminister), unterstützt durch eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, ausgesetzt. Damit schien eine wichtige Kreditbegrenzungslinie hinfällig zu werden. Erst ab 2006 ist die Drei-Prozent-Grenze des BIP wieder unterschritten worden; und die Gesamtschuldengrenze von 60 Prozent des BIP sinkt seit 2006.

Regelmäßig werden »empirische« Beurteilungen der Staatsverschuldung unternommen. Mit dem Hinweis auf Zins- und Tilgungsausgaben in Höhe von 42,9 Milliarden € für die Schulden des Bundes als zweitgrößter Ausgabenplan des Bundeshaushaltes 2008 wird eine Einengung der staatlichen Ausgabengestaltung befürchtet. Verschiedene Relationen der Zinsausgaben zu Steuereinnahmen (Zinssteuerquote) oder Gesamtausgaben (Zinsausgabenquote) verweisen im Bundesländervergleich auf systematische Unterschiede von Stadtstaaten (Hamburg, Berlin und Bremen) zu Flächenstaaten; ebenso differieren ost- und westdeutsche Bundesländer. Als empirische Referenz wird vielfach der Bund herangezogen. Diese Kennziffern sagen allerdings nur wenig aus, weil sie nur formale Relationen darstellen: »Für sich genommen haben Niveau und Entwicklung von Schuldenstandsquote und Defizit- oder Kreditaufnahmequote nur eine begrenzte Aussagekraft. Von vornherein ist keineswegs klar, ob eine Schuldenstandsquote von 30 Prozent »besser« oder »schlechter« ist als eine von 70 Prozent...«¹⁹ Zur Beurteilung muss zwingend auf Theorie zurückgegriffen werden.

19 Ebenda, Ziff. 33.

Theorie und Staatsverschuldung

Dabei ist unter »Theorie« ein »vereinfachtes, abstraktes Abbild der Realität« zu verstehen. Dazu stehen die neoliberale und die keynesianische Theorie zur Verfügung; davon abgeleitete wie der Monetarismus oder die mit mikroökonomischer Theorie ergänzte postkeynesianische Theorie werden hier nicht betrachtet, weil sie keine weiteren Erkenntnisse zu unserer Fragestellung anbieten.

1. Der Neoliberalismus und die Staatsverschuldung

Zu Beginn der 1980er Jahre schrieb der Sachverständigenrat: »Staatsdefizite absorbieren einen großen Teil der privaten Kapitalbildung und führen dazu, dass die Zinsen, ... für privates Wachstum ungünstiger sind, als sie es sein müssten.« Und: »Die Kosten von Staatsleistungen, gleichwohl ob durch Steuern oder Kredite finanziert, sind die durch sie verdrängte ... private Güterversorgung.«²⁰ Hier ist der sogenannte Crowding-Out-Effekt angesprochen. Die Verdrängung privater Investitionen durch öffentliche Kreditnachfrage erhöht die Zinsen, was wiederum private Investitionen verdrängt (*crowding-out* = verdrängen). Dies kann mit einer Grafik veranschaulicht werden, die auf dem Kreditmarkt sowohl die Nachfrage nach Krediten durch die Investoren als auch das Kreditangebot durch die Sparer als zinsabhängig sieht und daher die staatliche Nachfrage nach Krediten (= Staatsverschuldung) den dort gehandelten Preis, also den Zins, erhöht. Die Zusammenhänge auf Gütermärkten, auf denen steigende Nachfrage tendenziell den Marktpreis erhöht, werden auf den Kreditmarkt übertragen. Aus der Vielzahl der Gegenargumente soll hier nur auf wenige verwiesen werden.²¹ Der Crowding-Out-Effekt geht von Knappheit an Geldkapital aus; steigende Zinsen fungieren als Knappheitsindikator. In einer Rezession allerdings, in der mangels vorgenommener Investitionen Geldkapital gerade nicht nachfragewirksam verwendet wurde, kann durchaus auf diese brachliegenden Investitionsfonds zurückgegriffen werden, ohne dass die Zinsen knappheitsbedingt steigen. Auch ist der internationale Geldmarkt faktisch ein Weltmarkt, für den eine zusätzliche Kreditnachfrage einer nationalen Regierung keine Verknappung brächte. Im übrigen geht dieses Knappheitsargument nicht von einer Welt der stofflosen Buchgeldschöpfung des Bankensystems aus; von den Möglichkeiten des Rückgriffs auf ausländisches Geldkapital wird ebenso abgesehen. Diese zinstheoretische Konstruktion des Crowding-Out-Effektes berücksichtigt auch nicht die Bedeutung einer Notenbankpolitik für das Zinsniveau. Schließlich ist Notenbankpolitik immer »Zinspolitik«, die regelmäßigen Spekulationen um »Zinsschritte« sowohl der EZB als auch des FEB belegen dies. Auch ändern Geldmengenvariationen der Zentralbanken regelmäßig das Kreditangebot, so dass sich empirisch keine Anhaltspunkte für einen Zusammenhang von Staatsdefiziten und Nominal- bzw. Realzinsen finden lassen.²²

Ein anderes Argument stellt grundsätzlich die Notwendigkeit staatlicher Nachfrageintervention in Frage. Der Neoliberalismus geht von einem Idealbild flexibler Reaktionsmöglichkeiten von Preisen, Löhnen und Zinsen aus, so dass sich tendenziell geräumte Güter-, Arbeits- und Kreditmärkte einstellen. Eine staatliche kreditfinanzierte Nachfragepolitik ist dann unbegründet, weil ein volkswirtschaftliches Angebot immer vollständig nachgefragt wird. Mit dem sogenannten Sayschen Theorem, welches der Sachverständigenrat in seinem Gutachten von 1977/78 wiederbelebt hat und damit die künftigen Regierungen Kohl, Schröder und Merkel aus der Verantwortung für eine konjunkturelle Nachfragepolitik entthob, werden unzureichende Entwicklungen von Produktion und Beschäftigung nur noch mit Defiziten auf der Angebotsseite (Inflexibilität, zu hoher Lohn, etc.) erklärt und folglich therapiert.²³ Außerdem erwartet der Neoliberalismus durch eine Kredit- oder Steuerfinanzierung ein öffentliches Güterangebot, welches a priori eine

20 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Jahresgutachten 1981/82, Ziff. 299.

21 Eine umfangreichere Kritik findet sich in: R. Volkmann; Reschäftigungspolitik!, a. a. O., S. 46 ff.

22 R. Hicckel, J. Priewe: Ineffiziente Instrumente oder unzureichende Anwendung? Die Finanzpolitik von 1974-1984 auf dem Prüfstand: Argumente für ein Beschäftigungsprogramm, in: PIW-Studien Nr. 3, PIW-Progress-Institut für Wirtschaftsforschung, Bremen 1985.

23 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Jahresgutachten 1977/78, Ziff. 241. Das sogenannte Saysche Theorem (nach Jean Baptiste Say, 1767-1832, nachklassischer bürgerlicher Ökonom) ist eine tautologische Beschreibung der Naturaltauschwirtschaft, in der jedes realisierte Angebot zwingend eine Nachfrage gefunden hat. Mit der Einführung der Geldwirtschaft ist dieser Gütertausch nicht mehr erforderlich, da Ware gegen Geld getauscht wird und der Gütererwerb mit Geld verzögert werden kann. Gleichwohl hat der Sachverständigenrat mit dem Sayschen Theorem erreichen wollen, dass Ursachen für Wirtschaftskrisen nicht mehr auf der Nachfrageseite zu bestimmen sind. Damit wurde »das Zeitalter« der Angebotspolitik und der Abschied von der Nachfragesteuerung vorbereitet.

falsche, weil nicht privat entstandene Güterproduktion darstellt. Das öffentliche Güterangebot ist aufgrund außerökonomischer Entscheidungen und nicht gemäß ökonomischer Preis- und Knappheitssignale zustande gekommen und daher gesamtgesellschaftlich wohlfahrtsmindernd, weil es ineffizienten Ressourcenverbrauch repräsentiert.

2. Keynesianische Theorie

Die keynesianische Theorie wurde historisch notwendig, als die neoliberale Theorie bzw. ihre ökonomische Fundierung als Neoklassik in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 sowohl als erklärende als auch therapierende Theorie scheiterte.²⁴ Die keynesianische Theorie sieht bei unzureichender privater Nachfrage eine staatliche Ausgabenerhöhung vor, die im Krisenfall mit unzureichenden Staatseinnahmen durch Kredite finanziert wird. Unzureichende Staatseinnahmen können freilich auch dadurch entstehen, dass eine Regierung umfangreiche Steuerentlastungen der Privaten unternimmt und dann »überrascht« wird von einer unelastischen Reaktion des Steuersystems auf sinkende Steuersätze. In beiden Fällen drängt sich die Notwendigkeit auf, durch Kreditaufnahme die Staatsdefizite zu kompensieren. Das verlangt einen Konsens, die Staatsausgaben nicht entsprechend zu senken, auch weil krisenbedingt ein bestimmtes Ausgabenniveau eher stabilisierend wirkt. Zu denken ist hier an die krisenkompensierenden Ausgaben im Bereich der Arbeitslosenunterstützung u. ä. Dies ist Inhalt der sogenannten automatischen Stabilisatoren.²⁵ Während der Neoliberalismus die Staatsverschuldung eliminieren will, geht die keynesianische Theorie eher pragmatisch mit der Staatsverschuldung um und kennt selbst bei konservativer politischer Hegemonie über Staatsverschuldung finanzierte »rechtskeynesianische« Rüstungs- und Beschäftigungsprogramme, wie beispielsweise zu Beginn der 1980er Jahre in den USA unter dem Präsidenten Reagan. So ist nicht die Staatsverschuldung »an sich« zu kritisieren, sondern die Entscheidung für eine Theorie, mit der der Untersuchungsgegenstand »Staatsverschuldung« beurteilt wird.

3. Saldenbasierte Theorie der Staatsverschuldung

Die anfangs vorgestellten saldentheoretischen Beziehungen zwischen Ersparnis, Investition und Außenhandelsaldo werden um die Staatsverschuldung ergänzt. Dabei kommt zur privaten die staatliche Ersparnis hinzu; ebenso werden die privaten Investitionen um Staatsausgaben ergänzt: Private Ersparnis + staatliche Ersparnis = private Investition + Staatsausgaben. Da die Ersparnis in Deutschland größer ist als die private Investition, sind folglich die Staatsausgaben größer als die Staatseinnahmen. Mithin hat der Staat eine negative Ersparnis. Dies ist schlicht die Kreditaufnahme. Wieder hilft eine realwirtschaftliche Betrachtung. Die Ersparnis repräsentiert Einkommen, welches in der Produktion von Gütern und Dienstleistungen entstanden ist, aber als Ersparnis nicht nachfragewirksam verwendet wird. In gleichem Maße, wie »das Ausland« nun diese Güter absorbieren kann – man denke an die sogenannte »Ventilfunktion« des Exportes –, ist gleichermaßen im Inland eine zusätzliche Staatsnachfrage geeignet, durch Erwerb dieser Güter einen möglichen Absatzeinbruch der inländischen Unternehmen zu verhindern. Dies ist als keynesianische Krisenverhinderung durch aktive staatliche Ausgabenpolitik bekannt und nach dem Gesetz zur

24 Zur historischen Einordnung und Differenzierung von Neoliberalismus und Neoklassik C. Butterwege, B. Lösch, R. Ptak; Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden 2007, S. 26 ff.

25 Darunter sind anti-zyklische Effekte im Steuer- und Arbeitslosenversicherungssystem zu verstehen, die in der Hochkonjunktur und progressivem Steuersatzsystem Nachfrage abschöpfen; in der Krise durch Zahlungen an Arbeitslose eine konjunkturelle Mindestnachfrage garantieren.

Förderung von Stabilität und Wachstum der Wirtschaft²⁶ auch vorgesehen. Freilich muss diese Nachfrage finanziert werden. Reichen krisenbedingt oder aufgrund vorheriger Steuerentlastungen die laufenden Steuereinnahmen nicht aus, muss auf Kredite zurückgegriffen werden, also saldentechnisch der Überschuss der Ersparnis über die Investition vom Staat absorbiert werden. Damit ist die staatliche Verschuldung eine kompensatorische Güternachfrage, deren Ausbleiben einen künftigen Produktions- und Beschäftigungsrückgang implementieren würde.

Die gesamtwirtschaftliche Saldengleichung, die nur dadurch sich dem unmittelbaren Nachvollzug entziehen könnte, wenn die jeweiligen Zahlenwerte durch eine willkürliche Periodenabgrenzung zunächst lückenhaft sein könnten (aber auch nur dadurch!), sieht unter Erweiterung des Außenhandelsaldos wie folgt aus:

Die Ersparnis einer Volkswirtschaft S entspricht der Nettoinvestition I, dem Handelsbilanzsaldo HBS (Export – Import) und dem Haushaltsbudget BD des Staates. Ein positiver Budgetsaldo ist ein Überschuss der Staatsausgaben über die laufenden Steuereinnahmen, mithin in Höhe dieses Überschusses eine Kreditaufnahme. Ein positiver Außenhandelsaldo ist (netto) ein Exportüberschuss; mithin erfolgt ein Kapitalexport in dieser Höhe, um dem Ausland die Finanzierung der Importe zu ermöglichen.²⁷ Folgende Konstellationen sind zunächst abstrakt möglich:

Der Zusammenhang zwischen Ersparnis, Investition, Staatsbudgetsaldo und Handelsbilanzsaldo

Fälle	S	I	HBS	BD
1.	300	300	0	0
2.	300	200	100	0
3.	300	250	0	50
4.	300	150	50	100

Aus: R. Volkmann; Leicht lernen – Makroökonomie. Ventus-Verlag Kopenhagen 2006, S. 23; auch unter: www.Studentensupport.de/makroökonomie/Volkmann (leicht umgestellte Spalten).

Der 4. Fall wäre für Deutschland zutreffend: Einer hohen Ersparnis von 300 stehen gemäß Untersuchungen der Bundesbank von 6/2007 unzureichende Investitionen von 150 gegenüber. Aber ein Teil des volkswirtschaftlichen Güterüberschusses wird in Höhe von 50 netto exportiert. Zusätzlich sorgt eine staatliche Kreditaufnahme von 100 dafür, dass ein weiterhin gegebenes Nachfragedefizit von 100 durch staatliche Nachfrage absorbiert wird. Wird auf letzteres verzichtet, etwa weil der Staat sein laufendes Haushaltsdefizit auf »Null« bringen möchte, würde ein gesamtwirtschaftlich verbleibendes Nachfragedefizit von 100 ein Anlass sein, künftig weniger zu produzieren und folglich Produktion und Beschäftigung einzuschränken. Die Fälle Nr.1 und 2 belegen, dass der Verzicht auf eine Neuverschuldung des Staates nur für den Fall zulässig sein sollte, dass die privaten Unternehmen ihrer lehrbuchhaften Verantwortung gesamtwirtschaftlich nachkommen, regelmäßig für einen überaus expansiven Investitionsprozess zu sorgen. Trifft dies nicht zu, muss sich wie im Fall 2 »das Ausland« in Höhe von 100 verschulden, mithin netto importieren. Die Bundesbank geht also genau von dieser unter 2 aufgeführten Beziehung für Deutschland aus.²⁸ So-

26 Siehe BGBl.I 582, 8. Juni 1967.

27 Es wird von Nettoinvestition gesprochen, da die Ersatzinvestitionen (zusammen mit den Nettoinvestitionen ergeben sie die Bruttoinvestitionen) bereits durch die Abschreibungen finanziert wurden. Um diese, obwohl sie eine Ersparnisgröße darstellen, wurden die Ersparnisse S bereits korrigiert.

28 Deutsche Bundesbank; Monatsbericht 6/2007; S. 17 f.

fern aber »das Ausland« nicht ständig unzureichende Nachfrage in Deutschland kompensieren kann, ist folglich kreditfinanzierte Nachfrage des Staates erforderlich.

Für Deutschland lauten die Zahlen (in Milliarden €) von 1991 bis 2004 (Jahresdurchschnitte):²⁹

$$S = I + \text{Budgetsaldo} + \text{Außenhandelsaldo Export-Import.}$$

$$81,4 = - 27,8 + (-) 49,33 + (-) 4,3$$

Die Ersparnis von 81,4 Milliarden € ist in Höhe von 27,8 Milliarden € von den Unternehmen »nachgefragt« worden als Investitionen. Der Staat hat in Höhe von 49,3 Milliarden Kredite aufgenommen, um in dieser Höhe mehr Güter nachfragen zu können als es ihm aus laufenden Steuereinnahmen möglich war. Das Ausland hat die verbleibende Nachfragemenge in Höhe von 4,3 Milliarden € geschlossen. Noch notwendiger wird die Staatsverschuldung, wenn die Unternehmen ihre erhaltenen Gewinne, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu den »Ersparnissen« gerechnet werden, nur teilweise investieren. Dann wird die Ersparnis der Haushalte noch um jene der Unternehmen erhöht.³⁰ In diesem Fall haben die Unternehmen netto nicht zum Abtrag des Güterberges beigetragen, sondern diesen um die Differenz ihrer Ersparnisse zu ihren Nettoinvestitionen noch erhöht. Umso höher muss bei konstantem Außenhandelsaldo dann die jährliche Neuverschuldung des Staates ausfallen, um den privaten Güterüberschuss zu kompensieren. Für 2004 lauten die Zahlen (in Milliarden €):³¹

Der privaten und Unternehmensersparnis S in Höhe von 152,6 steht ein Exportüberschuss von 72,5 gegenüber. Die jährliche Staatsverschuldung hat folglich 80,1 betragen. Wäre diese »auf Null« reduziert worden, hätte sich ein Güterüberschuss (152,6-72,5) in Höhe von 80,1 ergeben, der nicht abgesetzt und folglich nächstes Jahr gar nicht erst erstellt worden wäre – mit rezessiven Konsequenzen für Produktion und Beschäftigung.

Thesen zur Staatsverschuldung – pragmatisch

In der Förderalismusreformdiskussion II steht im Mittelpunkt die Frage, ob und in welchem Maße ein staatliches Kreditaufnahmeverbot oder zumindest eine explizite Beschränkung, etwa nach der sogenannten Schweizer Schuldenbremse, in die Länderverfassungen aufgenommen werden sollte.³² Zu dieser populären Absicht muss auch die LINKE eine inhaltliche Position finden. Dafür dienen abschließend die folgenden Argumente:

- Gegner der Staatsverschuldung argumentieren, dass der Abbau der Staatsverschuldung wieder fiskalpolitische Handlungsspielräume schaffe für künftige Aktivitäten. Dies überrascht, da die Vision eines künftig aktiven und gestaltenden Staates gerade nicht dort verortet ist, wo das Streben nach Abbau der Staatsverschuldung mit dem Plädoyer der Entstaatlichung einhergeht.

- Ist Staatsverschuldung eine Umverteilung zugunsten der »Besserverdienenden«? Dazu drei Anmerkungen:

- Staatsverschuldung repräsentiert einen Teil der öffentlichen Güterproduktion, der aus laufenden Steuereinnahmen nicht erbracht werden könnte. Sofern die öffentliche Güterproduktion bevorzugt »den Armen« zugute käme, etwa als »zweite Lohntüte«, da »Besser-

29 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Memorandum 2006: Mehr Beschäftigung braucht eine andere Verteilung. Köln 2006, S. 65. Im Folgenden: Memorandum 2006.

30 Deutsche Bundesbank; Monatsbericht 6/2007; S. 17 f.

31 Memorandum 2006, S. 65.

32 Zur »Schweizer Schuldenbremse«: Sachverständigenrat: Staatsverschuldung, a. a. O., Ziff. 150 ff.

verdienende« sich viele Leistungen privat kaufen könnten, wäre die reale Gegenbuchung eine Begünstigung der »Armen«.

- Das Argument der Begünstigung der »Besserverdienenden« muss insofern relativiert werden, da primär nur ca. ein Prozent der Staatsverschuldung unmittelbar bei privaten Haushalten untergebracht wird.

- Staatsverschuldung wird auch bei privaten und öffentlichen Versicherungen untergebracht, deren Ausschüttungen als z. B. Bausparparlehen, Lebensversicherungen oder Renten bei Fälligkeit viele gesellschaftliche Schichten begünstigt.

- Staatsverschuldung ist eine Möglichkeit, ausländisches Geld bzw. »überschüssige Liquidität« für inländische Verwendungszwecke zu mobilisieren. Sofern hier der Staat keine Kreditnachfrage entfaltet, entstehen u. a. hedge fonds, private equity-fonds und real-estate-investment-trusts (reits). Deren Aufkommen ist auf drei Ursachen zurückzuführen: dem Vordringen kapitalbasierter Altersversorgung, den Umverteilungsprozessen zugunsten der Profiteinkommen und eben auch dem Abbau staatlicher Verschuldung.³³

- Staatsverschuldung ermöglicht eine »gerechte« intergenerative Lastenverteilung. Künftige Generationen, von denen eine bereits gegenwärtig in den Kindergärten, Schulen etc. anzutreffen ist, haben Nutzen aus heute erstellten Leistungen per Kredit. Folglich zahlen sie später während der Nutzung auch ihren Beitrag in Form von Zinsen und Tilgungen der Staatsschuld. Warum sollte die heutige Generation allein zuständig sein für die Finanzierung? Der Beitrag aller Generationen für die Nutzung öffentlicher Infrastruktur ist in der Finanzwissenschaft als »pay-as-you-use-Prinzip« bekannt.

- Die künftige Generation erbt nicht nur die Schulden, sondern auch das Vermögen; also die reale Infrastruktur und die verbrieften Forderungen an den Staat.

- Die keynesianische Theorie zeigt auf, dass die moderne Krise im Kapitalismus durch unzureichende Verwendung des volkswirtschaftlichen Überschusses zu begreifen ist: Produzierte Werte werden nicht realisiert. Hier wird es zur staatlichen Aufgabe, als »demand management« private Einkommensteile, die als »Ersparnis« nicht nachfragewirksam verwendet werden, als Kredite aufzunehmen und sie für staatliche Güternachfrage zu mobilisieren, mithin also der Gütersphäre zuzuführen. Wird auf dieses nachfragestützende Instrument verzichtet, müssen die Ersparnisse von Fonds wie in der Gegenwart aufgenommen werden mit eher spekulativer Ausrichtung, weil ihnen oft die Nähe zu den Gütermärkten fehlt.

- Staatsverschuldung ist ein Angebot für Geldanleger, ihr Geld nicht für private Luxusgüter, sondern für damit sinnvollerweise finanzierte öffentliche Güter »umzuwidmen«.

- Da Staatsverschuldung ein Instrument zur Kompensation unzureichender privater Investition ist, bliebe alternativ zwingend das Ausland zu regelmäßigem Import (»unsere« Exporte) überschüssiger inländischer Güter verpflichtet. Hier gerät die inländische Konjunktur in eine labile Abhängigkeit von ausländischer Nachfrage, deren Determinanten nicht vom Inland bestimmbar sind. Schließlich beinhaltet der Zwang zu einer regelmäßig funktionierenden Exportierbarkeit überschüssiger deutscher Güter eine bewusst aggressive Außenhandelspolitik, da sie

33 J. Huffschildt; Das Diktat der Finanzmärkte; in: Blätter für deutsche und internationale Politik., Heft 11/07; S. 1335 f.

gleichzeitig im Ausland zur Vernichtung von Produktion und Beschäftigung führt.

- Neoliberale Politik strebt eine ungleiche Gesellschaft an, weil nur so aus Ungleichheit auch Sparfähigkeit der »Besserverdienenden« hergestellt werden kann. Deren »Ersparnis« ist in der neoklassischen Theorie Voraussetzung für »Investition«. Staatsverschuldung engt diesen Umverteilungsprozess ein, weil sie die Ersparnis der Besserverdienenden in eine politisch bestimmte Güterproduktion umsetzt, dessen Entscheidungsprozess eine demokratische Abstimmung verlangt.

- Wenn Staatsverschuldung für Folgen unzureichender privater Nachfrage steht, kann sie in diesem Zusammenhang nur vermieden werden, wenn die private Nachfrage wieder gestärkt wird. So kann die Forderung nach Abbau der Staatsverschuldung sinnvoll verwendet werden für eine Forderung, alternativ die private lohnfinanzierte Nachfrage zu stärken. Falsch wäre es dabei, die Unternehmen steuerlich zu stärken, da diese – siehe oben zur Analyse der Bundesbank – bei unzureichenden Absatzperspektiven auch ihren investiven Kapazitätsaufbau nur ungenügend vornehmen.

- Abschließend ein statistisches Argument: Wenn der Staat neue Schulden in prozentual geringerem Maße aufnimmt, wie das nominale BIP wächst, wird die Schuldenquote als Bruch aus beiden Größen in einer wachsenden Wirtschaft sinken.

Politisches Fazit

Die mit Staatsverschuldung verbundenen Zins- und Tilgungsverpflichtungen sind regelmäßig bekannt und bedürfen hier keiner zusätzlichen Erwähnung. Daraus aber schon zu folgern, dass deren Abbau uneingeschränkt eine empfehlenswerte Politik darstellt, sollte mit den angeführten Argumenten widersprochen werden. Dabei ist ein zentraler Kritikpunkt des Europäischen Einigungsprozesses, eine bereits vereinheitlichte Geldpolitik des Europäischen Zentralbanksystems zu installieren, obwohl die realwirtschaftlichen Bedingungen in den Volkswirtschaften Europas noch erheblich differieren. So ist nur noch die nationale Finanzpolitik der jeweiligen Länder in der Lage, autonome Gestaltungsspielräume für angestrebte Entwicklungsprozesse von Produktion und Beschäftigung zu nutzen. Dabei ist der Inhalt dieser Politik in demokratischen Diskussionen zu bestimmen; denn die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank entzieht sich jeglicher demokratischer Mitwirkung. Wird dagegen dem populären Ruf nach Abbau der Staatsverschuldung gefolgt, begibt man sich um mögliche Chancen der Produktion öffentlicher Güter, der Diskussion um »öffentlich geförderte Beschäftigung« und hat sich einem politisch wichtigen Schritt entzogen: der Klärung des eigenen Verständnisses vom Staat, seinen Aufgaben und mithin seinen Ausgaben.

JÖRG BECKER

Massenmedien, Migration und positive Differenz

Islamfeindlichkeit

Seit der Ermordung des niederländischen Schriftstellers und Filmregisseurs Theo van Gogh im November 2004 durch einen islamistischen Attentäter wachsen meine Zweifel darüber, ob Sprache, Dialog und Kommunikation noch in der Lage sind, Feindbilder, mentale Verkrustungen und rigide Abwehrängste abzubauen. Bestimmte Wörter sind einfach nicht mehr benutzbar. Das Reden um die Zuwanderung ist inzwischen unerträglich geworden. Dicke und schwere Wörter wie Integration, Parallelgesellschaft, Terrorismus, Anpassung, Islam, Kopftuch, Deutschunterricht usw. erschlagen inzwischen alle Betroffenen. Diese Wörter haben längst keinerlei Bedeutung mehr. Diese Begriffe sind Non-Wörter. Es sind Geschütze, Kanonen, Maschinengewehre, Vorschlaghämmer, Totschläger und Dialog-Verhinderer. Sprache hat sich in ein politisch ritualisiertes Dada ohne jegliche Semantik aufgelöst. Mit dem genialen österreichischen Sprachverdrehen Ernst Jandl bleibt nur noch die Möglichkeit, von Rialog, Iglam, Ropftuch oder Tellolismus zu reden. Man kann also einen deutsch-türkischen und einen islamisch-christlichen Rialog kaum noch führen. Politiker haben inzwischen Sinn stiftendes Reden verlernt.

»Sprache definiert und verdammt den Feind nicht nur, sie erzeugt ihn auch; und dieses Erzeugnis stellt nicht den Feind dar, wie er wirklich ist, sondern vielmehr, wie er sein muss, um seine Funktion für das Establishment zu erfüllen.«, so hat der Philosoph Herbert Marcuse einmal die Rolle und Funktion von Feindbildern definiert. Und van Gogh muss um diese Funktionen der Sprache gewusst haben, denn seine anti-islamischen Texte waren unerträglich: primitiv, dumpf, kleinbürgerlich, spießig, rassistisch, zündelnd, mit dem Feuer spielend. Seine »hate speech« diffamierte und war ganz sicherlich ein gewichtiger Teil einer sich immer vehementer drehenden Hass-Spirale von Hass-Mord-Hass-Mord. Auch Wörter können töten, wie wir aus den so genannten Hass-Radios 1994 im Bürgerkrieg in Ruanda noch gut in Erinnerung haben. Aber Wörter legitimieren freilich nie einen Mord.

Anti-islamische Feindbilder kommen in den Niederlanden und Deutschland nicht nur dumpf-spießig, sondern auch aufgeklärt-intellektuell daher.¹ Gerade in einigen linken Zirkeln gelten Muslime inzwischen als »ätzend«, ist »Islam-Bashing« in². Da heißt es z. B. in der »anti-deutschen« Zeitschrift »Bahamas«: »Das Lob von Dummheit und Armut, das der Islam als Ideologie archaischer Ge-

Jörg Becker – Jg. 1946, Prof. Dr., Studium der Germanistik, Politikwissenschaft und Pädagogik in Marburg, Bern und Tübingen; Hochschullehrer an den Instituten für Politikwissenschaft der Universität Marburg und der Universität Innsbruck und Geschäftsführer des KomTech-Instituts für Kommunikations- und Technologieforschung in Solingen. Arbeitsgebiete: Internationale, vergleichende und deutsche Kommunikations-, Medien- und Kulturforschung, Technologiefolgenabschätzung und Friedensforschung; dazu zahlreiche Veröffentlichungen in mehr als zehn Sprachen.

Der Text basiert auf einem Vortrag auf dem Internationalen Kolloquium »1001 Nachrichten« des Orientalischen Seminars der Universität Zürich,

24. - 25. November 2006
und in der VHS in Osna-
brück, 29. Mai 2007

1 Generell vgl. die hervor-
ragende Arbeit von Sabine
Schiffer: Die Darstellung des
Islams in der Presse. Spra-
che, Bilder, Suggestionen.
Eine Auswahl von Techniken
und Beispielen, Würzburg:
Ergon-Verlag 2005; für die
USA vgl. Karim H. Karim:
Islamic Peril. Media and
Global Violence, Montréal
und New York: Black Rose
Books 2000 und Qureshi,
Emran und Michael A. Sells
(Hrsg.): The New Crusades.
Constructing the Muslim
Enemy, New York: Columbia
University Press 2004.

2 Vgl. dazu Edith Kresta
und Eberhard Seidel: Liebe
deinen Nächsten wie dich
selbst? Ein Ruck geht durch
das Land. Viele sagen es
nun laut: Muslime sind
ätzend, in: Die Tageszei-
tung, 23. Dezember 2002,
S. 16-17. Auf der Seite links-
liberaler Intellektueller und
Publizisten haben sich in
Deutschland in den letzten
Jahren besonders die fol-
genden Autorinnen und Au-
toren mit islamfeindlichen
Publikationen hervorgetan:
Henryk Broder, Claudia
Dantschke (Aypa-TV),
Dan Diner (Leipzig), Hans
Magnus Enzensberger,
Ralph Giordano (Köln),
Wolfgang Huber (EKD),
Johannes Kandel (Friedrich
Ebert-Stiftung), Matthias
Küntzel, Alice Schwarzer
(Emma), Eberhard Seidel
(taz), und Hans-Ulrich Weh-
ler (Bielefeld). Den Arbeiten
dieser Autorinnen und Auto-
ren mangelt es zumeist an
einfachsten religionssozio-
logischen Kenntnissen, oft
sind sie in ihrer Argumen-
tation einem Schwarz-Weiß-
Bild verhaftet, meist arbeiten
sie auf der Basis von Miss-

schaften des einfachen Tauschs singt, ist die Melodie des deut-
schen Gemüts. Islam ist Heidegger für Analphabeten«³ und parallel
dazu schreibt Ulla Unseld-Berkéwicz, Inhaberin des Suhrkamp-Ver-
lages und damit eine der zentralen politischen Schaltstellen für die
gesamte links-liberale deutsche Kulturpolitik, in einem Essay über
Fanatismus im Jahre 2002 folgende Sätze:

»Unterdrückt, klein gehalten, dumm gemacht, am Fortschritt geh-
hindert, zum Rückschritt gezwungen, stehen die muslimischen Völ-
ker des Ostens heute weit unter dem Bildungsniveau derer des Wes-
tens. Bauchmenschen, Glaubenstiere, hysterisch und fanatisiert,
zurückgeworfen auf Viehhändlergebote, im gerechten Bewusstsein,
dass ihnen Unrecht geschieht, doch ohne das intellektuelle Rüst-
zeug, im Rahmen der Vernunft, die doch der morgenländischen
Weisheit erster und letzter Ratschluss ist, dagegen zu kämpfen.«⁴

Wie bitte?

Man muss diesen Text zweimal lesen: »ohne intellektuelles Rüst-
zeug«, »hysterisch und fanatisiert« und gar »Glaubenstiere«? Darf
man so einen Text eigentlich ungestraft veröffentlichen? Ist das
Volksverhetzung? Was bezweckt die Autorin mit diesem Text? Ist
sie naiv? Ist sie mutig? Ist sie ehrlich? Welche Erfahrungen hat die
Autorin mit muslimischen Menschen? Welches »intellektuelle Rüst-
zeug« hat sie selbst? Ist die Autorin selber gläubig oder religiös?
Was würde in Deutschland passieren, wenn man in diesem Zitat das
Adjektiv »muslimisch« in »weiblich« oder gar »jüdisch« austau-
schen würde? Würde in diesem Fall die Staatsanwaltschaft mit Erm-
ittlungen wegen des Verdachts auf Volksverhetzung beginnen?

In der deutschen Medienlandschaft waren und sind es insbeson-
dere Illustrierte und Magazine wie »stern« und »Der Spiegel«, die
mit ihren reißerischen Titeln und Aufmachern vor der »Weltmacht
des Islam« oder dem »Geheimnis Islam« warnen. Diese Medien
wirken durch ihren Mix aus Bildsprache und Symbolen, mit bedroh-
lich wirkenden Menschen»massen«, wütenden Männern, verschlei-
erten Frauen. Am 8. Oktober 2001 titelte »Der Spiegel«: »Der religiöse
Wahn. Die Rückkehr des Mittelalters«. Zwischen dem brennenden
World Trade Centre, verummten Kriegern mit Maschinengeweh-
ren und einem Halbmond zeigt sich das Gesicht von Osama Bin La-
den. Dem folgte der »stern« am 25. Oktober 2001 mit einem Titelbild,
auf dem über kriegerischen Reiterhorden der kleine Augenschlitz ei-
ner tief verschleierten Frau zu sehen ist. Dazu heißt es auf dem Titel-
blatt: »Neue Serie: Die Wurzeln des Hasses. Mohammeds zornige
Erben. 1 400 Jahre zwischen Stolz und Demütigung«.

Warum sind gerade »stern« und »Spiegel« – einst Vorzeigobjekte
für eine erfolgreiche Umsetzung von Vernunft und Aufklärung in
Journalismus – seit einigen Jahren ausländischer- und islamfeindlich?
Und was hat sich in der Beziehung zwischen der deutschen Kultur
und islamischen Ländern seit dem Ende des 18. Jahrhunderts geän-
dert, als Gottfried Wilhelm Leibniz, Gotthold Ephraim Lessing und
Johann Wolfgang von Goethe gerade in der islamischen Religion
eine Manifestation von Vernunft und Aufklärung sahen, eine Reli-
gion ohne Geheimnisse, eine Religion, in der sie Vernunft als innig-
ste Ergebenheit in Gott erkannten? Lessings religiöse Toleranz in
der Ringparabel seines »Nathan« ist nicht nur ein Symbol deutsch-

jüdischer Symbiose, es ist vor allem auch eingebettet in seine Gleichsetzung von Islam mit Aufklärung.⁵ Diesen deutschen Aufklärern galt der Islam keinesfalls als »Rückfall ins Mittelalter«, ihnen ging es nicht um die Konfrontation zwischen einem »dunklen Islam« gegenüber einem »hellen Christentum« und sie dachten nicht im Entferntesten daran, im Islam »finstere Kräfte der Vor-Moderne« zu sehen. Das Gegenteil war der Fall: »Ex oriente lux«! Das Licht kommt aus dem Osten! Der Islam stand für Wissenschaft, Aufklärung, Wahrheit, Klarheit, Licht, Liebe und Toleranz.⁶

Wie also erklärt sich das mehr als düstere Islambild von »stern« und »Spiegel«?

Ist hinter dem Leser dieser beiden Magazine ein moderner Liberaler zu vermuten: hedonistisch, libertär, metropolitane? Ein Leser, dem es eher um universalistische Rechtsstaatlichkeit als um kulturelle Unterschiede geht, eher ein republikanisch orientierter Bürger denn ein Deutscher, einer, der Religion sowieso für ein Opiat hält, ein Leser, dem es eher um Gleichheit als um Differenz geht, ein Rezipient schließlich, der bei dem Stichwort Multikulti im Wesentlichen an Tourismus, Urlaub, Genuss, Vergnügen, Musik und Essen denkt? Kann aber ein solchermaßen atheistisch-aufgeklärter »Spiegel«-Leser eine tragfähige Brücke zum Islam bauen?

Medienfeindbilder und schlechte Images können sehr reale soziale Folgen haben. Bereits weit vor dem 11. September 2001 ermittelte das Meinungsforschungsinstitut EMNID, dass Muslime in Deutschland im Vergleich zu den Angehörigen anderer Religionen auf die stärksten Vorbehalte treffen. Während Juden von 11 Prozent aller Befragten strikt abgelehnt werden, sind es bei der Frage nach den Muslimen sogar 20 Prozent und für den Zeitraum zwischen dem 11. September und dem 19. Oktober 2001 konnte die Europäische Zentralstelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) in Wien in allen Ländern der EU einen starken Anstieg rassistischer Gewalt und eine deutliche Zunahme von Islamfeindlichkeit feststellen.

Und während alle diese verschiedenartigen medialen Facetten islamophober Feindbildberichterstattung eigentlich bedenklich genug sind, verschärfte der US-amerikanische Präsident die mediale Gleichsetzung von Islam mit Terror im August 2006 noch dadurch, dass er das Wort »Islamofaschismus« benutzte, eine Begrifflichkeit, die vollends a-historisch und unsystematisch ist.⁷

Migrantenmedien

Man muss um diese Feindbildmechanismen wissen, um verstehen zu können, dass sie einen von drei Gründen verdeutlichen, um zu verstehen, warum sich Migranten von der Mehrheitsgesellschaft abwenden und in eigenen Medien mit sich selbst kommunizieren. Ich sagte drei Gründe: Da ist also zum ersten – wie gezeigt – die Diskriminierung, ja, der Rassismus durch die Mehrheitsgesellschaft und da ist zum zweiten deren völliges Desinteresse an den Migranten. Und vielleicht ist dieser zweite Grund noch bei weitem wichtiger als die mediale Feindbildproduktion. Jede Inhaltsanalyse der etablierten Medien, die die Darstellung der Migranten untersuchen würde, käme vorrangig zu dem Ergebnis, dass über Migranten fast gar nichts berichtet wird – sie sind ganz wesentlich eine Leer- und eine Nullstelle.

trauen und mit (latenten) Unterstellungen, meist kennen ihre Texte eher apodiktisch formulierte Ergebnisse als offene Fragen, meistens arbeiten sie nicht auf der Basis von Originalquellen, oft neigen sie zu Verschwörungstheorien und schließlich basieren ihre grundlegenden gesellschaftlichen Annahmen häufig auf sehr simplen Zivilisations- und Modernisierungstheorien.

3 Bahamas-Redaktion: Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder!, in: Bahamas, Herbst 2001, S. 31.

4 Ulla Berkéwicz: Du bist getötet worden, weil Du getötet hast, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 2002, S. 47.

5 Vgl. Friedrich Niewöhner: Vernunft als innigste Eigenheit in Gott. Lessing und der Islam, in: Neue Zürcher Zeitung, 10. - 11. November 2001, S. 83 und Annemarie Schimmel: Rumi. Ich bin Wind und Du bist Feuer. Leben und Werk des großen Mystikers, München: Diederichs 1995.

6 Als Einstieg in eine Debatte über das Verhältnis von Islam zu Aufklärung vgl. die folgenden Werke: Michael Burleigh: The Clash of Religion and Politics in Europe from the French Revolution to the Great War, New York: Harper & Collins 2006; Gazi Çağlar: Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei und im osmanischen Reich, Frankfurt: Peter Lang Verlag 2000; Islamic Enlightenment in the 18th Century, Schwerpunkt-Heft der Zeitschrift »Die Welt des Islam«, Bd. 36, Heft 3/1996, Leiden: Brill Verlag;

Abdelwahab Meddeb: Islam und Aufklärung. Theologen und Philosophen im Widerstreit um Tradition und Moderne, in: *Lettre International*, Sommer 2006, S. 17-20. Dass Papst Benedikt XVI. in seiner berühmten Regensburger Rede vom 12. September 2006 den Gegensatz Vernunft – Glaube (<http://www.br-online.de/papst-besuch/teaser-re-li/benedikt-vorlesung-uni-regensburg.xml?jsessionid=T0FXWNYXV0CIWCSBUKSSM4Q>) vor der Folie Christentum – Islam diskutiert, entspricht dem seit Edward Said diskreditierten Orientalismus insofern, als dort wie selbstverständlich das Christentum für Vernunft und der Islam für Unvernunft (d. h. Gewalt) steht. Schon Lessing hatte diesen Platonismus von Vernunft und Glaube bei Benedikt XVI. dadurch überwunden, dass er in seiner Ringparabel die Vernunft als innigste Eigenheit in Gott verstand. Mit seinem orientalistischen Dualismus von christlicher Vernunft versus islamischem Glauben fällt Benedikt XVI. weit hinter den christlich-islamischen Dialog seines Vorgängers Johannes Paul II. in Assisi 1986 zurück.

7 Vgl. kritisch zu diesem Begriff Stefan Durand: Grober Keil. Seit einigen Jahren kursiert in den Medien das Etikett »Islamofaschismus«, in: *Le Monde Diplomatique* (dt. Ausgabe), November 2006, S. 3.

8 Vgl. Karl W. Deutsch: The Trend of European Nationalism – the Language Aspect, in: Joshua A. Fishman, (Hg.): *Readings in the Sociology of Language*, Den Haag: Mouton, 1968, S. 98-606.

Drittens und am spannendsten für die gegenwärtige und europaweite Dynamik bei der Entwicklung der Migrantenmedien ist aber das Phänomen, das die Migrationsforschung, freilich abwertend, »Selbstethnisierung« nennt. Gesellschaftliche Dynamik gehorcht nämlich nicht (nur) einem Interaktionsmodell, nach dem einem ablehnenden Reiz durch die Mehrheitsgesellschaft als Reaktion ein abwehrendes Selbstbewusstsein der ethnischen Minderheit folgt oder folgen muss, sondern (auch) einem strukturellen Modell, nach dem sich eine Gruppen- oder Nationenbildung über Zeit ausdifferenzieren kann. Eine solche Ausdifferenzierung geschieht häufig und vor allem bei der formalisierten Herausbildung muttersprachlicher Grammatiken, Literatur und Massenmedien. Während es solche Prozesse historisch schon immer gab – man denke an die von Karl W. Deutsch beschriebene Dynamik zwischen nur sechs funktionsfähigen Schriftsprachen in Europa um das Jahr 1000 n. Chr. und 53 funktionsfähigen europäischen Schriftsprachen im Jahre 1937⁸ – so gibt es mit der Variable »grenzüberschreitende elektronische Informationstechnologien« gegenwärtig einen historisch neuartigen Faktor, der eigentlich bekannte Ausdifferenzierungen erheblich dynamisiert

War der polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1890 auf Gedeih und Verderb gezwungen, sich muttersprachlich und medial nach spätestens einer Generation an die Mehrheitsgesellschaft anzupassen, so kann sich der türkische Migrant in Westeuropa heutzutage jederzeit über TV-Satellit und Internet muttersprachlich, musikalisch und kulturell seiner selbst rückversichern und kann damit eine für ihn typische Mediennutzung und -rezeption verwirklichen. Denn Mitglieder ethnischer Minderheiten bevorzugen eine identifikatorische gegenüber der eher informatorischen Mediennutzung der Mehrheitsgesellschaft. Das speziell grenzüberschreitende Moment der gegenwärtigen Medienrevolution erfasst selbstverständlich auch die migrantische Peripherie, und der typischen Phase von affirmativem Fortschrittsglauben zu Anfang der Migration in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts folgt gegenwärtig ein Infragestellen der Moderne, in der sich kulturelle Fragen in den Vordergrund schieben, die dann differenztheoretisch überwunden werden.

Auf ein weiteres Moment bei der Ausdifferenzierung gerade islamischer Massenmedien hat der Ethnologe Werner Schiffauer hingewiesen. Ausgangspunkt von Schiffauers Überlegungen ist der Gedanke, dass traditionell sowohl das Fremd- als auch das Selbstbild des Islam weitgehend von einer starken Betonung des Einheitsgedankens geprägt war: ein Gott, eine Gemeinde und eine offenbarte Schrift. Wurde diese Einheitsvorstellung bereits in Folge von Buchdruck, Telefon, Radio und Fernsehen brüchig, so brach jeglicher islamischer Einheitsgedanke in Folge von grenzüberschreitendem Satellitenfernsehen und Internet in sich zusammen. Nie war infolge der digitalen Medienrevolution die weltweite islamische Kultur vielfältiger und heterogener als heute. Islamische Massenmedien haben sich gegenwärtig weniger radikalisiert als sich vielmehr radikal neu restrukturiert und zwar in einer erstaunlich großen technischen, politischen, geographischen, kulturellen und grenzüberschreitenden Pluralität.⁹

Die Medien sprachlicher und ethnischer Minderheiten nehmen also in der Moderne nicht ab, sondern zu. Gerade weil Massenmedien sprachliche und kulturelle Identitäten abbilden, d.h. aber auch fixieren, festhalten und bannen, können sie wesentlicher Ausdruck davon sein, dass sich ethnische Bewegungen eher verstetigen als flexibilisieren. Sich selbst definierende Sprach- und Kulturminderheiten erleben wegen der Moderne – nicht trotz der Moderne – eine Renaissance, wie sie in der Vormoderne nicht denkbar gewesen wäre. Man denke an den bis vor kurzem kaum vorstellbaren Aufschwung ethnisch-nationaler Bewegungen in der Bretagne, Schottland oder Wales und den dauerhaften – gerade nicht schwankenden – erfolgreichen Einfluss vieler ethnisch-nationaler politischer Parteien in Europa.¹⁰

Sind inzwischen wegen neuer Technologien die Markteintrittskosten in neue Medienmärkte gesunken und lassen sich nun auch in kleinen Medienmärkten große Renditen erzielen, so gibt es überall in Europa eine Medienlandschaft für sprachliche und ethnische Minderheiten, deren Dynamik erst am Anfang steht. Unter der lukrativen Perspektive eines Ethno-Marketings übertragen privatwirtschaftlich begründete Minderheitenmedien einerseits das Kapitalprinzip auch auf die Sprachmärkte der Minderheiten, andererseits unterstützen sie deren dezentralisiertes Emanzipationspotential und untergraben so den Anspruch auf die kulturelle Hegemonie durch die Medien in den dominanten Sprachen. Beispielhaft sei hier auf friulisches TV in Italien (www.nordest.tv), bretonisches TV in Frankreich (www.tv-breizh.com) oder pakistanisches TV in London (www.arydigital.tv) verwiesen, und auch darauf, wie neuartig es für die Türkei ist, dass dort kurdische TV-Sendungen im staatlichen TV-Sender TRT seit August 2002 (freilich in sehr eingegrenzter Form) zu sehen sind.

Die politische Anerkennung und juristische Grundlage von Minderheitenmedien ist in den einzelnen europäischen Ländern sehr unterschiedlich. Auf europäischer Ebene ist hier vor allem auf die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarates von 1998 zu verweisen. Politischen Handlungsbedarf gibt es vor allem dort, wo es den Gegensatz zwischen alten und neuen Minderheiten aufzubrechen gilt. Gegenwärtig folgt aus diesem Gegensatz eine Ungleichbehandlung von Minderheitenmedien, da die Medien der alten Minderheiten oft genau die staatlichen Subventionen erhalten, die den Medien der neuen Minderheiten verwehrt werden. Betreiben aus staatlich-offizieller Sicht Medien der alten Minderheiten positive »Brauchtumpflege«, so gilt die gleiche Tätigkeit von Medien der neuen Minderheiten als Beitrag zu einer negativ definierten »Parallelgesellschaft«. Einen weiteren Handlungsbedarf in der Medienpolitik wird es zukünftig über ethnische Quotierungen von Programminhalten im TV geben können. So kündigte der französische Minister für Gleichstellungsfragen Azouz Begag als Reaktion auf die militanten Protestaktionen französisch-algerischer Jugendlicher im Winter 2005 den Aufbau einer Datenbank an, die überprüfen sollte, ob französische TV-Sender ihrer sozialen Verpflichtung nachkämen, »die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft auf dem Bildschirm zu spiegeln«¹¹.

9 Vgl. Werner Schiffauer: Verborgene Gemeinsamkeiten von Ost und West. Die Medienrevolution hat auch die geistige Landschaft in der islamischen Welt gravierend verändert, in: Frankfurter Rundschau, 18. Juni 2002.

10 Vgl. Stephen van Evera: Primordialism Lives!, in: Newsletter of the Organized Section in Comparative Politics of the American Political Science Association. Jg. 12, Nr. 1/2001, S. 20-22; Sonia Alonso: Dauerhaft erfolgreich. Ethnisch-nationalistische Parteien in westlichen Demokratien, in: WZB-Mitteilungen, Dezember 2005, S. 31-33.

11 Zitiert nach Bennhold, Katrin: French Minister Urges Collecting Minority data, in: International Herald Tribune, 16. Dezember 2005, S. 3.

Tabelle 1: Wichtige Minderheitensprachen im Vergleich von zwölf europäischen Ländern

Land	Sprachen
Deutschland	Dänisch, Friesisch, Griechisch, Italienisch, Kurdisch, Portugiesisch, Russisch, Sorbisch, Spanisch, Türkisch
Estland	Russisch, Seto, Ukrainisch, Võro
Finnland	Arabisch, Estnisch, Romani, Russisch, Schwedisch, Sami, Türkisch
Frankreich	Arabisch, Baskisch, Berberisch, Bretonisch, Elsässisch, Flämisches, Katalanisch, Korsisch, Öl-Sprachen, Okzitanisch, Piemontesisch, Portugiesisch, Rumänisch, Spanisch, Türkisch
Großbritannien	Arabisch, Bengalisch, Chinesisch, Griechisch, Gujarati, Hindi, Punjabi, Türkisch, Urdu, Walisisch
Italien	Albanisch, Deutsch, Friulisch, Griechisch, Katalanisch, Ladinisch, Sardisch, Slowenisch, Türkisch
Österreich	Kroatisch, Slowenisch, Ungarisch, Türkisch
Polen	Deutsch, Jiddisch, Kaschubisch, Lemko, Litauisch, Rumänisch, Russisch, Slowakisch, Tschechisch, Ukrainisch, Vietnamesisch, Weißrussisch
Portugal	Mirandês, Ukrainisch
Schweiz	Kroatisch, Portugiesisch, Serbisch, Spanisch, Türkisch
Serbien	Albanisch, Chinesisch, Roma, Slowakisch, Ungarisch
Spanien	Arabisch, Asturisch, Baskisch, Caló, Galizisch, Hindi, Katalanisch, Portugiesisch

Positive Differenz und migrantische Medien

Diskriminierung ist nicht dasselbe wie Differenz. Und Differenz ist nicht einmal eine notwendige und schon gar nicht eine hinreichende Bedingung für die verschiedensten Spielarten von ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Diskriminierung. Und genau deswegen liegen die gegenwärtig in der Soziologie so beliebten kontrastiven Gegenüberstellungen von »Inklusion« (= positiv) mit »Exklusion« (= negativ) manchmal theoretisch wie praktisch-empirisch völlig schief. Entscheidend an einer gesellschaftstheoretisch normativen Einordnung von Inklusion und Exklusion sind die beiden Parameter Freiwilligkeit und Gewaltfreiheit. Wird Exklusion selbstbestimmt und friedlich propagiert und praktiziert, kann dahinter ein durchaus positiv zu wertendes Gesellschaftsmodell des Miteinander verschiedener Gruppen stehen.

Ein solches Modell der positiven Differenz möchte ich im Folgenden unter kurzer Bezugnahme auf inner-jüdische und deutsch-jüdische Theoriendebatten im 19. Jh. entwickeln (und will damit nebenbei

anregen und vorschlagen, die gegenwärtige deutsch-türkische Migrationsdebatte mit der vergangenen deutsch-jüdischen Debatte zu verknüpfen). Auf eine solche Vergleichsmöglichkeit hatte mich vor fünf Jahren zum ersten Mal ein deutsch-türkischer Jugendlicher aus Solingen in einer Gruppendiskussion aufmerksam gemacht. Damals sagte der 17-jährige Tulay über das Integrationsangebot der Mehrheitsgesellschaft an deutsch-türkische Migranten: »Und wie wurden in Deutschland die Juden angesehen? Hast du schon mal daran gedacht? Die haben sich doch total angepasst. Die sind für Deutschland sogar jubelnd in den Krieg mitgezogen und nachher wurden sie verarscht. Ab in's KZ.«¹²

In der Tat gab es ab der zweiten Hälfte des 19. Jh. im europäischen Judentum durchaus der Gegenwart vergleichbare Diskussionen über die eigene ethnische und religiöse Positionierung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft. Immens und verständlicherweise durch die Schoah verstärkt, aber eben empirisch dennoch unzutreffend, wird das historische Verhältnis der jüdischen Community zur deutschen Mehrheitsgesellschaft ex post heute fast ausschließlich aus einer Miserebilitismus-Perspektive gesehen, die lediglich die beiden Pole »Opfer von Anti-Semitismus« und »jüdische Emanzipation« kennt. Nicht nur bleiben bei einem solchen Dualismus viele Alltagsrealitäten des (auch) friedlichen Mit- und Nebeneinander von Juden und Deutschen auf der Strecke¹³, vor allem blendet eine solche Perspektive viele und kontroverse inner-jüdischen Debatten aus oder stempelt das so genannte orthodoxe Judentum als reaktionär und rückständig ab.

In der inner-jüdischen Emanzipationsdebatte gab es auf der einen Seite die Befürwortung extremer Assimilierungstendenzen durch den Frankfurter Rabbiner Samuel Holdheim (1806-1860), es gab aber auch einen Rabbiner wie Abraham Geiger (1810-1874), der Reformen nur wollte, »ohne aber den alten Stamm zu entwurzeln«¹⁴. Als Gründer der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums lehnte Geiger jegliche nationale Zukunftshoffnung für das jüdische Volk ab und setzte stattdessen auf ein durchgeistigtes Judentum. Im »Neuen Lexikon des Judentums« heißt es in diesem Kontext:

»Dass gerade während dieser Zeit um 1875 die Judengegner, aus ihrer extremen Ablehnung des jüdischen Aufgehens in Deutschland, die rassistische Ideologie des modernen politischen Antisemitismus in die Welt setzten, ist wohl kein Zufall. Von jüdischer Seite wurde jedenfalls gerade damals der Terminus ›Assimilation‹ in die Diskussion geworfen, dem anfangs, für ganz kurze Jahre, ein *positiver* politischer Begriffsinhalt zugeschrieben wurde. (...) Bald aber (...) scheinen die hebräischen und nationaljüdischen Journale sich dieses Wortes bemächtigt zu haben, und zwar als Objekt der Bekämpfung nicht nur der politischen, sondern auch der kulturellen und gesellschaftlichen Auflösungstendenzen der Juden in bezug auf die nicht-jüdische Umwelt. Seitdem diente tatsächlich ›Assimilation‹ als innerjüdisches Reizwort und kam nicht mehr für eine ernsthafte Klärung jüdischer Belange in Frage.«¹⁵

Um die Jahrhundertwende entwickelte sich dann eine Position des »Kulturzionismus«. Wichtigster Vertreter dieser Position war der Philosoph Martin Buber (1878-1965), der in seinen beiden Aufsätzen »Das Judentum und die Menschheit« (1911) und »Der Geist des Orients und

12 Zitiert nach Jörg Becker: Türkische Hip Hop-Musik in Deutschland, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 41/2002, S. 48.

13 Vgl. dazu methodisch wie inhaltlich vorbildhaft den Aufsatz von J. Friedrich Batzenberg: Zwischen Integration und Segregation. Zu den Bedingungen jüdischen Lebens in der vormodernen christlichen Gesellschaft, in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden. Jg. 6, Heft 2/1996, S. 421-454.

14. Zitiert nach Nachum T. Gidal: Die Juden in Deutschland. Von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik, Köln: Könenmann Verlag 1997, S. 199.

15 Jacob Toury: Emanzipation und Assimilation, in: Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh: Bertelsmann Verlag 1992.

das Judentum« (1912) dringend vor einer zu starken Assimilation an die europäische Aufklärung warnte und einer »Jüdischen Renaissance« – so ein weiterer Essay von 1900 – aus sich selbst heraus das Wort redete.

Bubers Spät- und Hauptwerk, seine Kommunikationstheorie »Das dialogische Prinzip« (1954), konnte auf diesen frühen Vorstellungen des »Eigenen« und des »Anderen« als »Ich« und »Du« aufbauen. Bei Buber ist das »Du« nicht die projektive Verlängerung des »Ich« und eben nicht Teil einer »holistisch« konstruierten Vereinnahmung nach dem zeitgeschmäckerischen Motto »Jeder ist Ausländer«. Vielmehr gelingt der Dialog zwischen dem »Ich« und dem »Du«, dem »Einen« und dem »Anderen« nur dann, wenn beide Dialogeinheiten als voneinander getrennte Einheiten distinkt bleiben.

Zentral heißt es dazu bei Martin Buber: »Die Hauptvoraussetzung zur Entstehung eines echten Gesprächs ist, dass jeder seinen Partner als diesen, als eben diesen Menschen meint. Ich werde seiner inne, werde dessen inne, dass er anders, wesentlich anders ist als ich, in dieser bestimmten ihm eigentümlichen einmaligen Weise wesentlich anders als ich, und ich nehme den Menschen an, den ich wahrgenommen habe, so dass ich mein Wort in allem Ernst an ihn, eben als ihn, richten kann. (...) Ich sage Ja zu der Person, die ich bekämpfe, partnerisch bekämpfe ich sie, ich bestätige sie als Kreatur und als Kreation, ich bestätige auch das mir entgegen Stehende als das mir gegenüber Stehende. Freilich hängt es nun von jenem ab, ob zwischen uns ein echtes Gespräch, die zur Sprache gewordene Gegenseitigkeit aufkommt. Aber ist es erst so weit, dass ich den andern, als einen Menschen, mit dem ich dialogisch umzugehn bereit bin, so mir gegenüber legitimiere, dann darf ich ihm zumuten, dass auch er partnerisch handle.«¹⁶

Und mit diesem kleinen Rekurs auf Martin Bubers Kommunikationstheorie, Charles Taylors Theorie der Anerkennung¹⁷ und Werner Schiffauers Überlegungen zu einer Theorie der kulturellen Differenz¹⁸ fällt der Sprung zurück in eine Debatte über Migrantenmedien nicht schwer. Nur dann, wenn sich Migranten in den Medien der Mehrheitsgesellschaft wieder finden können und nur, wenn sie über eigene und selbst bestimmte Medien für sich verfügen, ist eine dialogische Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft, ist eventuell auch Integration, denkbar. Funktionierende Integration gehorcht also einem Zweistufenprinzip – nur wer sich selbst (u. a. in Medienangeboten) positiv rückverichern kann, ist in der Lage, positiv auf den Anderen zuzugehen.

Dieses Dialog-Prinzip lässt sich durchaus auch empirisch nachweisen. Wie ich in einer Studie über die Fernsehnutzung deutsch-türkischer Migranten zeigen konnte, gibt es keinen empirischen Hinweis darauf, dass Migranten, die bevorzugt türkische TV-Programme gucken, integrationsfeindlich seien¹⁹. Ich nenne dieses Prinzip auch vernünftig und Wissenschaft ist die Vernunft geleitete Suche nach Wissenszuwachs und Erkenntnis. Und so gilt für diesen Vortrag das, was mit einigen Suren des Koran für die Wissenschaft insgesamt gilt: »Lade ein zum Weg deines Herren mit Weisheit und schöner Ermahnung; und streite« – das heißt diskutiere – »mit ihnen in bester Weise« (16:126). »Und er lässt seinen Zorn auf jene herab, die ihre Vernunft nicht gebrauchen wollen« (10:100).

16 Martin Buber: Das dialogische Prinzip. 4. Aufl., Heidelberg: Verlag Lambert Schneider 1979, S. 283 f.

17 Vgl. Charles Taylor: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt: Suhrkamp 1993.

18 Vgl. Werner Schiffauer: Migration und kulturelle Differenz, Berlin: Büro der Ausländerbeauftragten des Senats von Berlin 2002.

19 Vgl. Jörg Becker und Nesrin Calagan: Türkische Fernsehnutzung in Herne, in: Karl-Heinz Meier-Braun und Martin A. Kilgus (Hrsg.): Integration durch Politik und Medien?, Baden-Baden: Nomos Verlag 2002, S. 75-102.

GERO ZOBEL

Zum Begriff der Demokratie bei Rosa Luxemburg¹

In der Einleitung zu seiner Arbeit »Strukturwandel der Demokratietheorien« weist Saage auf die Komplexität des Begriffs »Demokratie« hin.² Unstrittig sei allein sein semantischer Gehalt: »Herrschaft des Volkes«. »Gestritten werden kann lediglich darüber, wie sich diese Form der Herrschaft institutionell in der historisch-politischen Wirklichkeit umsetzen soll.«³ Saage zeigt am Beispiel Perikles', der 500-429 vor unserer Zeitrechnung lebte, einerseits und Platon/Aristoteles andererseits die ganze Bandbreite des Begriffs in der Antike auf. Der Kern des klassischen Demokratiebegriffs bestehe in der Partizipation aller Vollbürger am diskutant aufzuhellenden politischen Entscheidungsprozeß mit liberalen Freiheitsrechten und Chancengleichheit – nicht jedoch sozialer Gleichheit – für den gesellschaftlichen Aufstieg unabhängig von Stand oder Besitz.⁴ Für die konservative Historiographie konzipiert er eine »pejorative Voreingenommenheit gegen die attische Demokratie, (die) im Grunde genommen ein Kritikparadigma fortschreibt, das ebenso alt ist wie der kritisierte Gegenstand selbst. Es geht auf Platon und Aristoteles zurück, die in antidemokratischer Absicht die antike Demokratietheorie formulierten. Sie hat das Demokratieverständnis Europas bis zur französischen Revolution nachhaltig geprägt.«⁵ Platons Sorge jedoch galt, so läßt sich in größter Knappheit zusammenfassen, einer Herrschaft der Armen. Gleichermaßen verwarf Aristoteles die Demokratie als Herrschaftsform der armen Leute.

Rosa Luxemburgs Argumentation im Hinblick auf die nun bürgerlich-parlamentarische Demokratie läßt sich in drei Facetten aufgliedern: Zunächst ihre Feststellung, was bürgerliche Demokratie überhaupt sei und in welchem Verhältnis diese zum kapitalistischen Wirtschaftssystem stehe; sodann das defensive Moment, die bürgerliche Demokratie sei eine Errungenschaft, die es nun gegen das Besitzbürgertum zu verteidigen gelte; schließlich das offensive Argument (die Negation der bürgerlichen Negation), das Parlament ist für die Partei der Arbeiterklasse zu einem Ort des Klassenkampfes geworden, an dem die öffentliche Entlarvung des bestehenden Systems ökonomischer Mechanismen kapitalistischer Herrschaft zu vollziehen ist. Die demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten werden aber durch eben diese Mechanismen wie Kapitalakkumulation, Lohnarbeit, Konkurrenzprinzip und das private Eigentum an den Produktionsmitteln begrenzt.

Von sich selbst sagte sie, »keine Götzendiener(in) der formalen Demokratie« zu sein. Der herbe soziale Kern der Ungleichheit und

Gero Zobel – Jg. 1959, Altenpfleger, Student der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft im Magisterstudiengang, lebt in Köln.

1 Dieser überarbeitete Beitrag geht zurück auf eine umfanglichere Arbeit zum Thema, die 2005 im Teilgebiet »Politische Theorie und Ideengeschichte« an der FernUniversität Hagen eingereicht worden ist.

2 Richard Saage: Strukturwandel der Demokratietheorien – Versuch einer ideengeschichtlichen Ortsbestimmung, Hagen 2005, S. 11 f.

3 Ebenda, S. 13.

4 Vgl. ebenda, S. 19.

5 Ebenda, S. 20.

6 Vgl. Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution* (1918), in: dies.: *Gesammelte Werke* (GW), Bd. 4, Berlin 1983, S. 363.

7 In diesem Disput, in dem es insbesondere um die konkurrierenden Strukturprinzipien »Disziplin« (Lenin) und »Emanzipation« (Luxemburg) ging, hatte Luxemburg ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben, »daß das einzige Subjekt, dem jetzt diese Rolle des Lenkers zugefallen, das Massen-Ich der Arbeiterklasse ist, das sich partout darauf versteift, eigene Fehler machen und selbst historische Dialektik lernen zu dürfen. Und schließlich sagen wir doch unter uns offen heraus: Fehlritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten »Zentralkomitees«.« Dies.: *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie* (1903/04), in: GW, 1/2, Berlin 1983, S. 444.

8 Vgl. auch Reiner Wimmer: *Vier jüdische Philosophinnen – Rosa Luxemburg, Simone Weil, Edith Stein, Hannah Arendt*, Leipzig 1996, S. 75.

9 Vgl. Luxemburg: *Der Anfang* (1918), in: GW, Bd. 4, S. 397 f.

10 Vgl. ebenda, S. 398 f.

Unfreiheit sei von der süßen Schale der Gleichheit und Freiheit zu unterscheiden. Es komme aber darauf an, sich nicht mit der Schale zufriedenzugeben.⁶

Bereits in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 hatten sich spontan Räte gebildet, und wieder sollte dies im November 1918, diesmal in Deutschland, der Fall sein. Und jedesmal – wie zur Untermauerung von Luxemburgs Kritik an Lenins »Ultrazentralismus«⁷ – hatten sich die Räte auf eigene Initiative gebildet, waren die Arbeiterinnen und Arbeiter den Parteiführungen vorausgeeilt.⁸

Der Rätegedanke spielte aber vor dem November 1918, also bis etwa neun Wochen vor ihrer Ermordung, keine explizite Rolle in Luxemburgs Konzeptionen, allerdings ist er im Begriff der sozialistischen Demokratie, wie sie ihn verstand, ersichtlich antizipiert. Soeben, am 9. November 1918 aus zweieinhalbjähriger Haft entlassen, forderte sie nun – die Monarchie ist bereits hinweggefegt –, daß die Verantwortlichen für den Völkermord des Weltkrieges, imperialistische Bourgeoisie und Klassenherrschaft, zur Verantwortung gezogen werden, die Kapitalherrschaft abgeschafft und die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zu legen sei.⁹ Als erste notwendigen Schritte forderte sie u. a. die ordentliche (Wieder-) Wahl der in chaotischer und impulsiver Geste gebildeten Räte, die Einberufung des Reichsparlaments der Arbeiter und Soldaten sowie die Einbeziehung des ländlichen Proletariats und der Kleinbauern, die Bildung einer Roten Garde und Heranbildung einer Volksmiliz zum Schutz der Revolution, die Verdrängung der übernommenen Organe des absolutistischen militärischen Polizeistaats von der Verwaltung, Justiz und Armee sowie die Konfiskation der dynastischen Vermögen und Grundbesitzungen zur Sicherung der Verpflegung des Volkes und Bekämpfung des Hungers als gefährlichsten Bundesgenossen der Konterrevolution. Stattdessen bedeute die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung durch die Ebert-Scheidemann-Regierung ein bürgerliches Gegengewicht zu den Räten und verschiebe damit die Revolution unter Eskamotage der sozialistischen Ziele der Revolution auf die Gleise einer bürgerlichen Revolution.¹⁰

Luxemburg zufolge sollte die Besetzung des jeweils übergeordneten Rates, von den lokalen Räten ausgehend, dem Delegiertenprinzip folgen bis hin zum nationalen Zentralrat, der das legislative und executive Organ, den Vollzugsrat, wählt. Letzterer erhielt zudem das Recht zur Ernennung und Abberufung der zentralen Reichsbeamten. Alle Delegierten sollten mit einem imperativen Mandat ausgestattet sein und somit an die Beschlüsse der sie entsendenden Basis gebunden und jederzeit abberufbar sein. Die Stände und Geschlechter sollten gleichgestellt werden. Der Arbeitstag sollte auf höchstens sechs Stunden zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und als Berücksichtigung der Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg verkürzt werden. Das Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesen sollte im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution umgestaltet werden. Banken und Großbetriebe seien zu enteignen und genossenschaftlich zu organisieren, Betriebsräte zu wählen.¹¹

Durch die praktische Unmöglichkeit, die Basis mit jeder Einzelfrage zu befassen und über diese abstimmen zu lassen, sowie durch

die Etablierung von Räteausschüssen treten repräsentative Elemente hinzu. Die Basis kann also prinzipiell jede Frage entscheiden, aber sie muß es nicht, und sie wird es nicht, und zwar aus Gründen der mangelnden Praktikabilität.

»Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben.«¹² Es sei nicht damit getan, wie in den bürgerlichen Revolutionen, das offizielle Zentrum der Macht zu stürzen und ein paar Dutzend Männer auszutauschen.¹³ Damit wies Luxemburg auch realistisch auf die Langwierigkeit der bevorstehenden Aufgaben hin. Von irgendwelcher Straßengewalt, so wie sie Berlin gut eine Woche darauf erleben sollte, war keine Rede. Im Gegenteil mahnte sie zur Überlegtheit, zur Nachdenklichkeit, zu Ernst und warnte vor rascher, bequemer Radikalität und revolutionärer Ungeduld.¹⁴ Als Beispiel für den benötigten langen revolutionären Atem führte sie die russische Oktoberrevolution an: Diese habe nicht etwa im März 1917, sondern bereits im Jahre 1905 begonnen. Hierzulande könne man gerade einmal auf die elende halbe Revolution vom 9. November zurückblicken.¹⁵ Die Masse müsse, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben.¹⁶ Sie übernehme es nicht zu prophezeien, wieviel Zeit dieser Prozeß braucht.¹⁷ Diese Sätze hören sich wahrlich nicht nach Aufstachelung zur physischen Gewalt an. Hingegen kommt in ihnen die Erwartung eines emanzipatorischen (Lern-) Prozesses zum Ausdruck. Der bürgerliche Parlamentarismus habe sein Daseinsrecht verwirkt; denn er brächte es nur bis zur politischen Gleichberechtigung, was auch seine Geschichte in England und Frankreich aufzeige.¹⁸ Luxemburg war der Ansicht, daß ohne die Aufhebung des ökonomischen Antagonismus zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sich eine politische Gleichberechtigung nur formal einstellt. Wirklich kann sie erst werden, wenn der Ausbeutung an der ökonomischen Basis, der kapitalseitigen Aneignung der erarbeiteten Mehrwerte als Gratisarbeit vermittelt durch das Lohnsystem, ein Ende gemacht sei. Zwar wußte Luxemburg sehr genau, daß es unmöglich und nichts als Phantasterei ist, die künftige Gesellschaft in ihren Einzelheiten vorzustellen. Ihre Grundzüge ließen sich jedoch erkennen.¹⁹ So wie sie in Kenntnis des Wesens der Dinge, hier der kapitalistischen Verwertungslogik, frühzeitig vor dem Ersten Weltkrieg warnen konnte und dies auch im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg wiederum getan hat.

Doch zurück zum engeren Demokratiebegriff. Mitte Dezember 1918 führte Luxemburg in der von ihr und Liebknecht im November d. J. gegründeten und redigierten Tageszeitung »Die Rote Fahne« aus, daß der Spartakusbund nicht über oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Er sei nur der zielbewußteste Teil des Proletariats. Spartakus lehne es ab, mit Handlangern der Bourgeoisie, den Scheidemann-Ebert, die Regierungsgewalt zu teilen, weil er in solchem Zusammenwirken einen Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus, die Stärkung der Gegenrevolution und die Lähmung der Revolution erblicke.

Auch wird der Spartakusbund es ablehnen, zur Macht zu gelangen, nur weil sich die Scheidemann-Ebert abgewirtschaftet haben und die Unabhängigen durch die Zusammenarbeit mit ihnen in eine Sackgasse geraten seien.²⁰ »Der Spartakusbund wird nie anders die

11 Vgl. dies.: Was will der Spartakusbund? (1918), in: GW, Bd. 4, S. 446 f.

12 Dies.: Gründungsparteitag der KPD (1918/19), in: GW., Bd. 4, S. 509.

13 Vgl. ebenda, S. 510.

14 Darauf weist ausführlich in seiner monumentalen Luxemburg-Biographie Peter Netti hin: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1967 (zitiert nach der Lizenzausgabe der Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 1968, S.726 ff.).

15 Vgl. Rosa Luxemburg: Gründungsparteitag der KPD (1918/19), in: op. cit., S. 479 f.

16 Vgl. ebenda, S. 509 f.

17 Vgl. ebenda, S. 511.

18 Vgl. dies.: Nationalversammlung oder Räteregierung? (1918), in: GW, Bd. 4, S. 460 ff.

19 Vgl. dies.: Was wollen wir? (1906), in: GW, Bd. 2, Berlin 1981, S. 43.

20 Vgl. dies.: Was will der Spartakusbund? (1918), in: op. cit., S. 448.

21 Ebenda.

22 Vgl. ebenda, S. 449.

Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«²¹ Die proletarische Revolution könne sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, durch Niederlagen und Siege zur vollen Klarheit und Reife durchringen. Nicht an deren Anfang stehe der Sieg, sondern an deren Ende: »Er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.«²²

Sie sei – so Sebastian Haffner – weder ein deutscher Lenin oder Trotzki gewesen, noch habe sie es sein wollen, »weil sie das Gewaltsame der Leninschen und Trotzki'schen revolutionären Zangen- geburt aus prinzipiellen Gründen verwarf und immer wieder fast feierlich erklärte, daß die Revolution natürlich und demokratisch aus dem Bewußtsein der proletarischen Massen herauswachsen müsse und in Deutschland noch ganz am Anfang stehe.« Ihre Parole dabei war »Aufklärung«. »Die allerdings hat sie geleistet. Niemand hat die Wirklichkeit der deutschen Revolution und die Gründe ihres Scheiterns – die Unaufrichtigkeit der SPD, die Zerfahrenheit der USPD, die Konzeptionslosigkeit der revolutionären Obleute – vom ersten Augenblick so hell-sichtig und so rückhaltlos öffentlich analysiert wie Rosa Luxemburg Tag für Tag in der *Roten Fahne*.« Damit habe sie den tödlichen Haß der Durchschauten und Bloßgestellten auf sich gezogen, deren Hatz auf sie »aufs unheimlichste das Schicksal zu Tode gehetzter Juden im Dritten Reich vorwegnimmt.«²³

Luxemburg war in die revolutionären Kampfhandlungen dieser Tage, soweit sie physischer Natur waren, nicht involviert. Der Grund für den Mord war ein anderer: Sie war für Freund und Feind die Verkörperung der Revolution, ihr Symbol und zudem die sachverständige Zeugin des Falsch-Spiels, das von Beginn an mit der Revolution von ihren angeblichen Führern getrieben worden ist und worüber sie in der *Roten Fahne* täglich informierte. Diesem Zeugnis hatten die entlarvten Regierungs-, Militär- und Polizeiführer und die schäumende übrige Reaktion nichts entgegenzusetzen als Heimtücke. Mit dem Verbrechen sollte die Revolution erschlagen werden. »Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg war der Mord an überlegenem Mut, und an überlegenem Geist, und er war der Mord an der unwiderlegbaren Wahrheit.«²⁴ Soviel nur zur Gewalt gegen Luxemburg.

Welche Stellung sie selbst zur Gewaltfrage, einer ja belangreichen Frage hinsichtlich der Einordnung eines jeweiligen Demokratieverständnisses, eingenommen hat, ist Gegenstand der weiteren Untersuchung.

24 Vgl. ebenda, S. 149.

Einen gewissen Aufschluß vermag bereits die – einem breiteren Publikum wohlbekannte – Aussage zu geben: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.«²⁵ Und doch ist sie ohne ihren Kontext nicht seriös einzuordnen. Luxemburg hatte diese Bemerkung 1918 anlässlich der Analyse des russischen Oktoberumsturzes notiert. Die Revolution dort habe gezeigt, was sie im Rahmen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande sei. Aber dieser Rahmen sei be-

23 Sebastian Haffner: Der Verrat – 1918/19 – als Deutschland wurde, wie es ist, Berlin 1994, S. 143-146.

grenzt gewesen. »Denn eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande wäre ein Wunder.«²⁶

Gemeint ist hier sicher besonders die SPD, genauer deren Reichstagsfraktion, die mit Ausnahme Liebknechts allen Anträgen der Regierung zur Bewilligung immer weiterer Kriegskredite zugestimmt hatte, aus Sorge, andernfalls als »Vaterlandslose Gesellen« ins Abseits zu geraten.

Es hieße von Lenin und Genossen Übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern.²⁷ Die Praxis erfordere eine ganze geistige Umwälzung in den durch die Jahrhunderte degradierten Massen. Niemand wisse dies besser, schildere dies eindringlicher, wiederhole dies hartnäckiger als Lenin. »Nur vergreift er sich völlig im Mittel.«²⁸ Das Gefährliche beginne dort, wo Lenin und Genossen aus der Not die Tugend machten, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixierten und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollten.²⁹ Eine sozialistische Demokratie dagegen jedoch »muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen ...«³⁰ »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«³¹ Daraus folgten Cliquenwirtschaft – Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.³²

Schließlich führte Luxemburg in der Debatte um die Nationalversammlung aus, daß der Kampf begänne, wenn daran gegangen würde, die Kapitalherrschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wenn die Bourgeoisie ins Herz getroffen würde – und ihr Herz schlage im Kassenschrank –, werde sie auf Tod und Leben um ihre Herrschaft ringen, tausend offene und versteckte Widerstände gegen die sozialistischen Maßnahmen auftürmen. »All das ist unvermeidlich. All das muß durchgefochten, abgewehrt, niederkämpft werden – ob mit oder ohne Nationalversammlung. Der ›Bürgerkrieg‹, den man aus der Revolution mit ängstlicher Sorge zu verbannen sucht, läßt sich nicht verbannen. Denn Bürgerkrieg ist nur ein anderer Name für Klassenkampf, und der Gedanke, den Sozialismus ohne Klassenkampf durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß einführen zu können, ist eine lächerliche kleinbürgerliche Illusion.«³³

Obwohl Luxemburg sowohl aus prinzipieller Überzeugung als auch aus praktischem Grund es ablehnte, den Kampf im Januar 1919 auf das Terrain der Straßengewalt auszuweiten, kommt es zu Straßenkämpfen, von denen sie sich nicht distanzierte. Zur Beurteilung dieses Zusammenhangs ist es vielleicht hilfreich, in Erinnerung zu rufen, daß das Proletariat über Jahrzehnte von seiner Partei mit revo-

25 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution (1918), in: op. cit., S. 359, Fußnote 3.

26 Vgl. ebenda, S. 365.

27 Vgl. ebenda, S. 364.

28 Vgl. ebenda, S. 360 f.

29 Vgl. ebenda, S. 364.

30 Vgl. ebenda., S. 363 f.

31 Ebenda, S. 362.

32 Vgl. ebenda.

33 Vgl. dies.: Die Nationalversammlung (1918), in:

GW, Bd. 4, S. 408.

lutionärer Rhetorik bei der Stange gehalten worden war. Daß dies tatsächlich nur Phraseologie gewesen war, zeigt eine Episode aus der Zeit nach dem Dresdner Parteitag (1903), auf dem die Funktionäre und die Parteiführer, darunter Ignaz Auer, den antirevolutionären revisionistischen Kurs Eduard Bernsteins klar mit 288 zu 11 Stimmen verdammt hatten, aber wohl nur dem Rat Auers gefolgt waren, der Bernstein geschrieben hatte: »Mein lieber Ede, so was sagt man nicht, so etwas tut man!« Eine Aussage, deren Inhalt allerdings von der Alltagspolitik der Partei lange schon bestätigt worden war³⁴ und die am 4. August 1914 in einer Entscheidung gipfelte, die »zu den verhängnisvollsten weltgeschichtlichen Wendepunkten der Neuzeit gehört.«³⁵ Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten kam es zur »Identifizierung der SPD mit der Politik der reaktionären herrschenden Kreise und Klassen, der Illusion eines Sieges der Wilhelm und Bethmann, der Hindenburg und Ludendorf.«³⁶

34 Vgl. Ossip K. Flechtheim: Rosa Luxemburg zur Einführung, Hamburg 1985, S. 21.

35 Ebenda, S.26.

36 Vgl. ebenda, S. 27.

Die Zeche für diesen Verrat an der Revolution aber sollte das zum Waffendienst gezwungene, verratene Proletariat zahlen, und es zahlte ihn in den Schützengräben Europas (und darüber hinaus) millionenfach. Die Übriggebliebenen hätte Luxemburg nun ideell (an den Straßenkämpfen selbst war sie sowieso nicht beteiligt, sondern war damit beschäftigt, auf der Flucht vor ihren Mördern laufend die Aufenthaltsorte innerhalb Berlins zu wechseln) allein lassen müssen. An eine solche Trennung vom Subjekt ihres Bemühens aber, ein für sie wohl undenkbares Verhalten, hat sie wohl keinen Gedanken verschwendet.

Es ist nun vielleicht ein wenig klarer geworden, wie Luxemburg zur Frage der Gewalt in den Zeiten der Revolution stand. Insofern war ihr Ansatz dem Diktum von der »wehrhaften Demokratie«, wie es von den bürgerlichen Demokratien verwandt wird, nicht unähnlich, jedoch mit sozialistischen Vorzeichen versehen. Ganz sicher meinte sie nicht die »Freiheit« des Marktes und die »Freiheit« für die Anhänger und Profiteure des Kapitalismus, vulgo: das sozialdarwinistische Recht des Stärkeren, sowie gewaltsamer Gegenrevolution der Antidemokraten wie jener Offiziers-Kamarilla samt beflissenen Anhang, die einen Ethos ausgebildet hatte, der es ihnen erlauben sollte, Menschen zu erschlagen (was im Falle Luxemburgs mißlang), planvoll zu erschießen (der Schuß war im Falle Luxemburgs gleichfalls noch nicht tödlich), um sie dann schwer verletzt, gleichwohl noch lebend, in einem Gewässer zu ertränken. Damit wäre der Welt in den folgenden Jahrzehnten wohl einiges an Barbarei erspart geblieben.

Nachdem bei Luxemburg der Begriff der »Masse(n)«, der »Arbeitermassen«, des »Proletariat(s)«, der »Arbeiter« etc. vielfach Verwendung findet – was bis hierhin adäquat ist bei einer Thematik, in der es mithin um Majoritätsentscheidungen einer vielköpfigen Anzahl von Menschen in einem Gemeinwesen geht –, diese Begriffe aber scheinbar vorbehaltlos verwandt werden, könnte daher leicht der (falsche) Eindruck entstanden sein, Luxemburg habe einem naiven Glauben an das Gutmenschentum angehangen. Wir finden aber Belege dafür, daß dies nicht der Fall war, sie einem solchen Menschenbild keinesfalls erlegen ist. Weil sie eine selbstverständliche Revolutionsneigung der Massen eben gerade nicht voraussetzte,

kreisten ihre Gedanken um die Frage der Herstellung des Bewußtseins der Lohnabhängigen, das sich nicht abfinden soll mit seinem – von wem auch immer vorbestimmten – »Schicksal«. Der Klassenkampf, verbunden mit theoretischer Reflexion, biete, so ihre vielfach geäußerte These, die Möglichkeit der Entwicklung eines solch revolutionären Bewußtseins. Nicht nur die materielle Korruptierbarkeit, sondern auch die geistige Lethargie mancher ihrer Zeitgenossen war ihr bewußt. Offenbar befürchtete sie, daß die systembedingte Degradation mit der Folge der Entmündigung der arbeitenden Menschen³⁷ schon so weit fortgeschritten sei, daß es einer ganzen inneren Wiedergeburt des Proletariats bedürfe zur Wiedererlangung der geistigen Reife, des sittlichen Ernstes, des Gefühls der Würde und der Verantwortlichkeit. »Mit faulen, leichtsinnigen, egoistischen, gedankenlosen und gleichgültigen Menschen kann man keinen Sozialismus verwirklichen.« Sich an das Schwerste zu wagen bedürfe der Begeisterung für das allgemeine Wohl, des Mitgefühls für seine Mitmenschen, des Mutes und der Zähigkeit.³⁸

Die hier aufgeführten Einlassungen über den subjektiven Faktor sind zugleich geeignet, den Verdacht eines deterministischen Ökonomismus, wie er in der II. Internationale durchaus vorherrschend war, für das Denken Luxemburgs zu zerstreuen. Anthropologische Blauäugigkeit, übertriebener Optimismus im Hinblick auf das Wesen der konkret vorfindlichen Menschen ihrer Zeit können Luxemburg also nicht vorgeworfen werden. Worauf ihr Optimismus und ihre Hoffnung sich recht eigentlich bezogen, ist vielmehr das zu entwickelnde menschliche Potential in einer nicht formal, sondern tatsächlich freien und solidarischen Gesellschaft der Arbeit. Diesem Potential allerdings legte sie Attribute bei, die gewöhnlich im außerhalb der seienden Menschen, im Sollenden angesiedelt werden. Von der Freilegung dieser Attribute erhoffte sie sich eine dauerhafte Abkehr der Menschheit von der Barbarei, die zugleich auch als Beendigung der Vorgeschichte der Menschheit verstanden werden kann.

37 Vgl. Luxemburg: Die Sozialisierung der Gesellschaft (1918), in: GW, Bd. 4, S. 432 f.

38 Vgl. ebenda, S. 434.

KAI AGTHE

Die Einheit von Leben und Werk

Paul Werner Wagner befragte in Halle (Saale)
den Publizisten Friedrich Dieckmann

Friedrich Dieckmann, der 2007 seinen 70. Geburtstag feierte, ist in der großen Gilde der vielseitigen Publizisten dieses Landes fraglos einer der außergewöhnlichsten. Der Berliner Autor ist kompetent in den Bereichen bildende und darstellende Kunst, Politik, Geistes- und Zeitgeschichte. Damit sind bei weitem noch nicht alle Facetten seiner Beschäftigung genannt. Eine Domäne des Autors ist auch die deutsche Literaturgeschichte. Zuletzt erschien unter dem Titel »Diesen Kuß der ganzen Welt« eine von der Kritik hoch gelobte Biografie des jungen Friedrich Schiller. Im September 2007 war Friedrich Dieckmann auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt in Halle (Saale) zu Gast, um im Gespräch mit Paul Werner Wagner aus seinem Leben und Werk zu sprechen. Wer den Berliner Publizisten bereits als Erzähler kennt, weiß, dass solch eine Veranstaltung inhaltlich und rhetorisch ein Genuss ist.

Dem Wunsch des Dieckmanns folgend, wurde das rund 200 Köpfe zählende Publikum im Freylinghausen-Saal der Franckeschen Stiftungen – der in seinem reinen Weiß den Hauch pietistischer Anspruchlosigkeit spürbar macht – mit einem Stück von Richard Wagner auf die Gesprächsrunde eingestimmt. Die stand unter dem Titel »Freiheit, die ich meine ... – Friedrich Dieckmann über seine Erfahrungen in Kunst und Gesellschaft in der DDR und im vereinten Deutschland«. Der etwas schnoddrigen Begrüßung durch den Leiter des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ringo Wagner, folgte die Vorstellung und die Befragung des Gastes durch den Berliner Kulturwissenschaftler Paul Werner Wagner. Dass sich Friedrich Dieckmann vor und nach 1989 immer wieder »klug, gedankentief zu Wort gemeldet« habe, wie Paul Werner Wagner in seiner Einleitung sagte, ist zutreffend. Dass der Publizist »einer der letzten deutschen Gelehrten« sei, erheiterte aber auch den so Geehrten.

Am Beginn des Fragekatalogs von P.W. Wagner – der Friedrich Dieckmann 1990 im Beirat der Ebert-Stiftung in Berlin kennen lernte – stand die Frage nach dem Woher seiner so weit gespannten publizistischen Interessen und damit nach Prägungen durch das Elternhaus. Friedrich Dieckmann entgegnete zunächst, dass man »für seine Interessen und Begabungen nicht verantwortlich« sei, um dann an seinen Vater Johannes Dieckmann zu erinnern, der zwar nicht nach Noten, wohl aber nach Gehör Klavier spielte, und dem er auch das erste Kunst-Erlebnis verdankte: Richard Wagners Frühwerk »Tannhäuser«, das er als Zwölfjähriger 1946 in Dresden erlebte. In der Literatur sei Kurt Tucholsky sehr früh in sein Leben ge-

treten. Und zwar so nachhaltig, dass sein Vater zeitweise versucht war, ihm die Lektüre des Mannes mit den »5 PS« zu verbieten. Das war aber nicht nötig, weil der junge Friedrich bald einen Autor entdeckte, dem er – ähnlich wie Goethe und Richard Wagner – als Publizist die Treue halten sollte: Thomas Mann. Der erreichte ihn in den fünfziger Jahren dank der Gesamtausgabe des Ost-Berliner Aufbau-Verlags. Die »Buddenbrooks« und »Doktor Faustus« seien, so Dieckmann, für ihn als 16-jährigen »ein durchschlagendes Lektüre-Erlebnis« gewesen.

In dem Punkt »Familiäres« hätte der Moderator vielleicht nachhaken und den Befragten bitten können zu erläutern, wie man sich die Stellung seines Vater Johannes im öffentlichen Leben der DDR vorzustellen habe. Etwa durch die Frage, wie sich dessen bürgerlich-protestantisch-liberales Selbstverständnis mit dem Amt des Volkammerpräsidenten vereinbaren ließ.

Nach seinen Studien in Leipzig im Allgemeinen und zu seinem Lehrer Ernst Bloch im Besonderen befragt, berichtete Friedrich Dieckmann vom ersten Erleben des Philosophen, den er 1955 mit dem Vortrag »Freiheit, Wahrheit, Universität« kennen lernte. Entgegen sonstiger rhetorischer Gepflogenheiten bündelte Dieckmann das Erlebnis dieses Vortrags in einem kurzen Satz: »Das hat mich umgehauen!« Fortan war er von der Person Ernst Blochs ebenso fasziniert wie Jürgen Teller, der ebenfalls einem bürgerlichen Elternhaus entstammte. Einem Brief, den der Student Dieckmann an Bloch richtete, folgte eine Einladung seines Leipziger Lehrers. Als Publizist hat er auch das Werk des verehrten Philosophen begleitet, u. a. als Mitherausgeber eines Bloch-Lesebuchs. Hans Mayer habe er zwar auch erleben können, allein Bloch blieb für Dieckmann der »persönliche Bezugspunkt«. Was in der Reminiszenz fehlte, war ein Hinweis auf Kommilitonen wie den redlichen Germanisten Eberhard Haufe, dem einer politischen Intrige wegen die Universitätslaufbahn verbaut wurde, und den später als Heidegger- und Nietzsche-Forscher bekannt gewordenen Philosophen Manfred Riedel.

Nach dem Studium das unwägbarere Dasein als freischaffender Autor wählend, hatte Friedrich Dieckmann nur einmal eine feste Anstellung, die freilich an prononciertem Ort: im Berliner Ensemble. In seinem Lebenslauf steht, er sei zwischen 1972 und 1976 dort selbst als Dramaturg tätig gewesen. Richtig ist vielmehr, so konkretisierte es Dieckmann in Halle, dass er, ehe er in die Dramaturgie wechseln konnte, ein Jahr die Funktion des Archivars auszufüllen hatte. An das BE gefunden zu haben, lag laut Dieckmann an dem Wunsch von Ruth Berghaus, die im Jahre 1971 die Intendanz der »Brecht-Bühne« übernommen hatte, junge Leute um sich zu scharen. Die mit dem Generationenwechsel am BE verbundene Hoffnung auf eine »Perestroika« scheiterte an den Barbara Schall-Brecht und Ekkehard Schall«, weil die Brecht-Erben, so Dieckmann weiter, »den gleichen Geschmack wie das Politbüro hatten«. Die Inszenierung von Strindbergs »Fräulein Julie«, an der neben dem Dramaturgen Dieckmann (dessen für das Programmheft verfasster »Julie«-Dialog vor dem Druck entfernt wurde) auch Einar Schleef als Bühnenbildner beteiligt war, sorgte denn auch »für einen Knall in der Parteipresse«. Für Dieckmann sei klar geworden, dass sein Da-

sein am BE nicht länger wahren konnte. 1976 verließ er das Haus, wählte wieder die bis heute andauernde freie Schriftsteller-Existenz und kam fortan nur noch als Kritiker, der er vor seiner Anstellung als Dramaturg seit den frühen sechziger Jahre schon gewesen ist, in das Theater am Schiffbauerdamm.

Der erste Kontakt mit dem BE reichte bis in das Jahr 1964 zurück und folgte einer Kritik zu einer Inszenierung von Shakespeares »Coriolan«, der Dieckmann eine sich auf fünfzehn Seiten auswachsende Rezension widmete, die in der Zeitschrift »Sinn und Form« erschien. Die Besprechung hatte eine »durchschlagende Wirkung«, weil sie sehr kritisch geraten war. Während viele Beteiligten pikiert auf die Ausführungen reagierten, hielt Karl von Appen die Kritik an seinem »Coriolan«-Bühnenbild für berechtigt. Er fragte bei Friedrich Dieckmann an, ob er nicht Lust habe, ein Buch über ihn zu schreiben. Der Angefragte, der in jenen Jahren ein gesteigertes Interesse an der Theorie des Bühnenbilds zeigte, sagte begeistert zu – nicht ahnend, dass es »des Sturzes Walter Ulbrichts« bedurfte, ehe der Band 1971 erscheinen konnte. Ebenso schwierig gestaltete sich ein ähnliches Projekt: Den inhaltlich scheinbar ganz unverdächtigen Bildtextband »Die Plakate des Berliner Ensembles 1949-1989« konnte Friedrich Dieckmann in der DDR nicht herausgeben. Er erschien erst im Jahre 1992.

Von Paul Werner Wagner auf das Problem der Zensur in der DDR angesprochen, wies sein Gesprächspartner darauf hin, dass es Zensur in dem Land offiziell nicht gegeben habe. Dass sie praktiziert wurde, ist landläufig bekannt. Viel hing vom einzelnen Entscheidungsträger ab. Friedrich Dieckmann illustrierte das, indem sagte, dass ein Essay über Horst Sagert in seinem Buch »Streifzüge« (1976) bedenkenlos erscheinen konnte, derweil dessen Veröffentlichung in einem Horst-Sagert-Katalog kurzerhand unterbunden wurde. Noch 1989 war ein Aufsatz, in dem Dieckmann den Fernsehturm, den Palast der Republik und die Berliner Mauer mit dem Abschluss-Monolog aus »Faust II« verknüpfte, in der DDR unpublishierbar. Wollte man die mit einer Veröffentlichung in der DDR verbundenen Schwierigkeiten umgehen, musste man sich, so Dieckmann, Verbündete suchen und/oder den Verlag wechseln. Ging das nicht, so blieb als dritte Möglichkeit die Publikation von Texten in BRD- und West-Berliner Medien.

Im Verlauf des Gesprächs wurde ein Thema nochmals aufgegriffen, dass bereits am Anfang zur Sprache kam. Die Rolle des »kulturellen Erbes« in der DDR. Ein Terminus technicus, der, so Dieckmann, in unserer gesamtdeutschen Gegenwart erst in den Duden fand, als die UNESCO für das weltweite *cultural heritage* zu werben begann. Bei allem was an der DDR – die für Dieckmann Parallelen zu den »Ordensmonarchien« zeigte, welche die Jesuiten im 19. Jahrhundert in Südamerika errichteten – auch posthum zu kritisieren sei, so kommt der Begriff des kulturellen bzw. literarischen Erbes »mir viel fruchtbarer vor als der Begriff Kanon«. Letztere Bezeichnung gehöre für ihn nur in die Musik und ins Kirchenrecht. Unbestreitbar müsse man auch anerkennen, dass die marxistische Interpretation des literarischen Erbes – die Dieckmann, wo nötig, schon vor 1989 subtil zu kritisieren verstand – in den Schulen und

den Universitäten der DDR »auf hohem Niveau« betrieben wurde. Derweil habe in der alten BRD nach 1968 – wohl aus »Furcht vor der Hochkultur« in Gestalt der Weimarer Klassik – eine »Trivialisierung des Deutschunterrichts« eingesetzt, die mit dem Jahr 1990 auch das östliche Deutschland erreichte. »Der Erbe-Begriff der DDR«, so Friedrich Dieckmann abschließend, »ist mir immer fruchtbar und bemerkenswert erschienen.«

Erklang am Beginn der Veranstaltung Wagner-Musik, so musste am Ende des Gesprächs die Frage stehen, wie er als Musikkritiker Wagner in Bayreuth erlebt habe. Nach seiner ersten Wagner-Oper, die er im Alter von 12 Jahren in Dresden sah, konnte Dieckmann als Student 1955 erstmals zu den Festspielen nach Bayreuth reisen. 1957 kam er bereits als Kritiker der DDR-Studentenzeitschrift »Forum« auf den Grünen Hügel. Die Besprechung wurde freilich nie gedruckt. Einziger Leser dieser Rezension war Ernst Bloch, der sich anerkennend über den Text seines Studenten äußerte. Auch zu DDR-Zeiten war Dieckmann wiederholt in Bayreuth zu Gast. Das war möglich, so Dieckmann, weil er als Freischaffender keine Kaderabteilung über sich hatte und den Behörden der DDR stets eine persönliche Einladung Wolfgang Wagners vorweisen konnte. So konnte er auch erleben, dass bis 1989 ein großer Teil der in Bayreuth mitwirkenden Orchestermusiker und Chor-Sänger aus der DDR kam. Von Glück sprach Dieckmann, dass er just 1977 erstmals reisen durfte. In dem Jahr also, in welchem die später als »Jahrhundert-Ring« bezeichnete Wagner-Inszenierung von Patrice Chéreau gezeigt wurde. Für den Musikkritiker, dessen Rezension unter der Hand auf 80 Manuskriptseiten wuchs, war die Inszenierung schlicht und ergreifend »eine Offenbarung«. Eine amüsante Marginalie verbindet sich mit der Chéreau-Besprechung. Zu der Zeit war das Manuskript seines Buches »Theaterbilder« in der Druckerei verschwunden – aus Gründen, die nicht mit innerbetrieblicher Schlamperei, sondern mit MfS-Zuträgern zu erklären seien. Das bot dem Autor Gelegenheit, die Bayreuth-Rezension in die neu anzufertigende Druckvorlage zu schmuggeln. Dieckmann verwies in diesem Zusammenhang auch auf den jüngst erschienenen Band »Bilder aus Bayreuth«, der Besprechungen der Festspieljahre 1977 bis 2006 enthält.

Nach den 100 kurzweiligen Minuten wurde wieder das Verlangen geweckt, dieses so bewegte und reiche Publizistenleben durch eine Autobiographie beschrieben und damit bewahrt zu finden. Vielleicht kommt Dieckmann diesem unausgesprochenen Wunsch seiner Leser in Bälde nach. Zu berichten gibt es, wie das Gespräch in Halle zeigte, allerhand. Das Publikum ging bereichert und sichtlich erhoben aus dieser höchst informativen Veranstaltung. Allein der Namenspatron des Festsaaus der Franckeschen Stiftungen, Gottlieb Anastasius Freylinghausen (1719-1785), der Franckes Gründung zwischen 1771 und 1785 als Direktor vorstand, blickte weiter mürrisch aus dem Rahmen seines von unbekannter Hand geschaffenen Porträts ...

LANDESVERTRETUNG DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN
LANDESGRUPPE SCHWEDEN

Rundbrief Nr. 7, Juni 1943 Gewerkschaften und Komintern

Die Komintern (Kommunistische Internationale) wurde im März 1919 auf Initiative W. I. Lenins auf einem Kongress in Moskau gegründet. Sie war ein Zusammenschluss kommunistischer und zeitweise auch linkssozialistischer Parteien. Mitte der 1920er Jahre wurde eine hierarchische Struktur mit eindeutiger Vormachtstellung der KPdSU durchgesetzt. Die Mitgliedsparteien waren danach Sektionen der Komintern und damit den Weisungen aus Moskau unterworfen. Besonders folgenschwer war die Sozialfaschismus-These, die 1928 aufgestellt wurde und die Sozialdemokratie zum Hauptfeind der kommunistischen Bewegung erklärte. Bereits 1921 war die Rote Gewerkschaftsinternationale (RGI) gegründet worden, die nach 1928 erheblich aktiviert wurde. In Deutschland kam es 1929 zur Gründung der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO), sie wurde 1934 aufgelöst. 1937 wurde das Konzept der Volksfront verkündet, das die Sozialfaschismus-These faktisch aufhob. Am 10. Juni 1943 wurde die Komintern auf Beschluss ihres Exekutivkomitees aufgelöst. Die Red.

Die Auflösung der Komintern durch den am 22. Mai veröffentlichten Beschluss des Exekutivkomitees wirft Probleme auf, die nicht nur die politischen Arbeiterparteien aufs stärkste interessieren, sondern die auch für die Gewerkschaftsorganisationen und das gesamte gewerkschaftliche Leben von großer Bedeutung sind. Besonders für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, die jetzt dabei ist, über die kommenden großen Aufgaben und die Formen des Wiederaufbaus zu diskutieren, ergeben sich aus dem Beschluss von Moskau wichtige und weitreichende Konsequenzen.

Wir wollen die viel diskutierte Frage auf sich beruhen lassen, ob es sich bei dem Auflösungsbeschluss nur um ein Manöver handelt, das für die Kriegszeit gedacht ist, oder ob das Moskauer Dekret beabsichtigt, die Komintern vollständig aus der Geschichte zu streichen. Wer die Entwicklung der Sowjetunion in den letzten Jahren genau verfolgt hat, muss in dem Auflösungsbeschluss die natürliche Konsequenz des nationalistischen Kurses und der Großmachtpolitik sehen, die Stalin eingeschlagen hat. Solche Dekrete lassen sich auch nicht nach Belieben veröffentlichen und wieder aufheben. Jeder Versuch von russischer Seite, die Komintern in ihrer alten Form wieder aufleben zu lassen, würde vom ersten Beginn an den Stempel eines Staatsaktes der russischen Außenpolitik an sich tragen und als solcher gewertet werden. Die trotz aller Russifizierungsmaßnahmen in der Komintern vorhandene internationale Tradition ist durchbrochen und kann im alten Rahmen nicht wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.

Achtung!

MITGLIEDERVERSAMMLUNG FÜR Stockholm und Umgebung

Die nächste Mitgliederversammlung für Stockholm und Umgeb. findet statt am *Freitag, den 18. Juni, 7:30 Uhr* abends, im LO-Saal, Barnhusgatan 16, n. b.

Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion.
2. Geschäftliche Mitteilungen.

Um Erscheinen aller Mitglieder wird ersucht. Am Eingang ist die Mitgliedskarte vorzuweisen.

Die Landesgruppenleitung.

Zu den unglücklichsten Auswirkungen der Kominternstrategie auf die internationale Arbeiterbewegung gehörte ihre Haltung in der Gewerkschaftsfrage. Und zwar wird dies besonders deutlich, wenn man die

Entwicklung in Deutschland betrachtet, das ein auserwähltes Exerzierfeld für die taktische Zickzacklinie war, die von Moskau aus den verschiedenen Sektionen vorgeschrieben wurde. Es ist auch kein Zufall, dass die wichtigsten und tiefstgehenden Spaltungen der deutschen kommunistischen Partei von Differenzen in der Gewerkschaftsfrage stark beeinflusst waren: hier musste der Einfluss der schematischen Beschlüsse und Dekrete, die mit den Verhältnissen im Lande nicht im Einklang standen, den fortgeschrittenen Arbeitern und Funktionären im Betriebe am deutlichsten zu Bewusstsein kommen. Sie erkannten, dass abgesehen von allen Differenzen über die einzuschlagende Gewerkschaftstaktik, unabhängig von der Kritik an den führenden Gewerkschaftsspitzen, die Einheit der Gewerkschaften ein Gut war, das man nicht verschleudern durfte und mit dem man nicht spielen konnte. Keine Maßnahme hat auch in dem Maße dazu beigetragen, die innere Kluft in der deutschen Arbeiterbewegung so zu vertiefen und zu verbreitern, wie die Gewerkschaftsspaltung.

Wir wollen damit nicht sagen, dass es nur die Kommunisten waren, die an dieser Spaltung Schuld trugen. Aber allein die Tatsache, dass Moskau neben und in Abhängigkeit von der Komintern auch eine eigene Gewerkschaftsinternationale schuf – die nie richtig leben konnte, weil sie nicht viel hinter sich hatte und nicht sterben durfte, weil der Apparat an ihrer Existenz fest hielt – und dass von dieser Gewerkschaftsinternationale aus gewerkschaftliche Splittergruppen und Sonderorganisationen unterstützt, am Leben gehalten und neu gegründet wurden, vergiftete die inneren Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften. Die zentralistisch geleitete Zellenarbeit in den Gewerkschaften trug so immer den Charakter der Vorbereitung einer Spaltung, besonders dann, als der ultralinke Kurs durchgeführt wurde, die Theorie vom »Sozialfaschismus«, die Diskussion zwischen verschiedenen Auffassungen innerhalb der Arbeiterbewegung unmöglich machte und überall neue Organisationen gegründet wurden, die zwar auf gewerkschaftlichem Gebiet nichts erreichen konnten, aber andererseits die Aktionsfähigkeit der Arbeiterbewegung noch mehr schwächten, als es ohnedies schon geschehen war. Die Komintern warf allerdings im Jahre 1935 den Kurs wieder herum und trat im Zeichen der Volksfrontbewegung besonders in Frankreich für die Einheit der Gewerkschaften ein, aber für Deutschland konnte dies keine Wirkung mehr ausüben und das ausgesäte Misstrauen konnte nachträglich nicht wieder aus der Welt geschafft werden. Solange die kommunistische Politik von Moskau aus bestimmt, die einzelnen Sektionen von dort aus gegängelt und dirigiert wurden, fehlte jede Garantie für die Dauerhaftigkeit der kommunistischen Taktik in den Gewerkschaften und für die Vermeidung ähnlicher Zustände, wie sie bis 1933 bestanden hatten.

Die Diskussion über den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften, die nach Überwindung der Lähmung der ersten Kriegsjahre wieder in Gang gekommen ist, wurde denn auch weitgehend von diesem Misstrauen beeinflusst. So sah auch der Stockholmer Arbeitskreis, der sich mit diesen Fragen beschäftigte, einen besonders wichtigen Punkt seines Entwurfs in der Feststellung, dass in den kommenden Gewerkschaften keine Zellen- und Fraktionsbildung zugelassen werden könne. Jeder mit den Dingen einigermaßen Vertraute sah hinter diesen einschränkenden Bestimmungen die Befürchtung vor Gefahren lauern,

die aus der von der Komintern geleiteten Zellenarbeit für die Einheit der Organisationen entstehen konnten. Die Auflösung der Komintern schafft in dieser Richtung reinen Tisch und stellt alle Fragen in neue Beleuchtung.

Die kommenden deutschen Gewerkschaften müssen Massenorganisationen sein, die nach Möglichkeit die Gesamtheit der deutschen Arbeiterklasse umfassen sollen. Sie unterscheiden sich von politischen Arbeiterorganisationen dadurch, dass sie sich nicht auf die Auslese einer bewussten, von vornherein auf ein politisches Ziel gerichteten Elite der Arbeiterklasse beschränken dürfen. Trotzdem können natürlich die Gewerkschaften dem Hauptproblem der kommenden Periode, dem Aufbau des neuen Staates und der neuen Gesellschaft nicht gleichgültig gegenüberstehen, das große historische Ziel der modernen Arbeiterbewegung, das durch den Zusammenbruch der Naziherrschaft auch ein akutes Ziel werden wird, der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft, kann ihnen nicht gleichgültig sein. Über die Art wie dieses Ziel erreicht werden soll, über den Weg und die Methoden dagegen, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Zukunft innerhalb der Arbeiterbewegung verschiedene Auffassungen geben. Es gibt viele Faktoren, die den Weg der kommenden deutschen Arbeiterbewegung bestimmen können und es gegenwärtig durchaus nicht möglich zu sagen, welche von ihnen den Ausschlag geben werden. Vielleicht wird der alte Gegensatz zwischen den revolutionären Auffassungen und Methoden und der reformistischen Einstellung, die an eine allmähliche Umwandlung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft glaubt, nur eine vorübergehende Rolle spielen, vielleicht wird er noch auf längere Zeit in der Arbeiterbewegung vorhanden sein und sich auswirken. Die Gewerkschaften haben hier nicht im vorhinein eine Entscheidung zu treffen oder sich auf eine bestimmte Linie festzulegen, ganz gleichgültig, ob diese aus der früheren Tradition oder aus neueren Erkenntnissen stammt.

Aber der Rahmen der neuen Gewerkschaft muss weit und elastisch genug sein, um nicht nur diesen beiden Grundströmungen Raum zu lassen, sondern er muss auch andere Unterschiede in der Auffassung und Weltanschauung beherbergen können. Man hat weder in der Vergangenheit die Gewerkschaften von den großen politischen Auseinandersetzungen um die Gestaltung von Staat und Gesellschaft, von Wirtschaft, Sozial- und Außenpolitik isolieren können, noch wird dies in der Zukunft möglich sein. Es ist auch gar nicht wünschenswert. Denn wo von einer Neutralität der Gewerkschaften gesprochen worden ist, hat diese fast immer dazu gedient, ebenfalls politischen Zielen zu dienen. Weder die schwedischen noch die englischen oder amerikanischen Gewerkschaften sind politisch neutral. Auch die kommenden deutschen Gewerkschaften werden und können nicht politisch neutral sein. Soweit nun verschiedene politische Auffassungen eine größere Bedeutung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung auch in Zukunft haben werden, müssen die Gewerkschaften ihre Austragung, soweit sie die Gewerkschaftstaktik betreffen, zulassen und dürfen nicht versuchen, von vornherein eine bestimmte Richtung auszuschließen, mit organisatorischen Mitteln mundtot zu machen. Eine der wichtigsten Grundlagen jeder Demokratie ist der Schutz der Minderheiten und Meinungsfreiheit – die natürlich an der Notwendigkeit der Aktionsdisziplin und der Pflicht zur Durchführung gefasster Beschlüsse ihre Grenze findet.

Vielleicht hat die Auflösung der Komintern in dieser Beziehung die Luft gereinigt und die Perspektiven erweitert. Die Initiative der Massen, die immer wieder die wichtigste Quelle des historischen Fortschritts ist, kann sich nur in der Bewegung, in der Austragung der Gegensätze, im Erarbeiten des richtigen Standpunktes entfalten. Und welches der richtige Standpunkt ist, darauf werden die Ereignisse selbst mit aller wünschenswerten Deutlichkeit eine Antwort geben.

F. R.

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Das JahrBuch ist eine wissenschaftliche Zeitschrift und erscheint in deutscher Sprache in drei Heften pro Jahr, verlegt von der NDZ GmbH, ISSN 1610-093X. Herausgeber ist der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Wissenschaftliche Aufsätze · Beiträge zur Diskussion · biographische Skizzen · Erinnerungen · Dokumente · Berichte über wissenschaftliche Tagungen · Rezensionen und Annotationen

Redaktion/ Abo/ Einzelbestellung:
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Preis: 10 Euro/Heft, Jahresabo Inland: 25 Euro,
Jahresabo Ausland: 35 Euro + Porto.
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Peter von Oertzen zum Gedenken

Nachruf des Kuratoriums der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den Theoretiker und politischen Vorkämpfer von demokratischem Sozialismus

Am 16. März 2008 ist im Alter von 83 Jahren in Hannover Peter von Oertzen gestorben. Mit seinem Tod verlieren die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten in Deutschland einen ihrer bedeutendsten Theoretiker und aktivsten politischen Vorkämpfer. Das Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gedenkt seiner als einer Persönlichkeit, die für ihre linkssozialistischen Überzeugungen zeitlebens mutig auch dann eingetreten ist, wenn in den Reihen der eigenen Partei – der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der er 59 Jahre (von 1946 bis 2005) angehörte – entgegengesetzte Auffassungen die Oberhand behielten.

Die bestimmenden Begriffe im Werk des marxistischen Wissenschaftlers und politischen Gestalters Peter von Oertzen wurden Demokratie und Sozialismus. Deren Wechselverhältnis sah er so: Eine Demokratie ohne Sozialismus bleibt substanzlos und realpolitisch ebenso gefährdet, wie ein Sozialismus ohne Demokratie als Widerspruch in sich inakzeptabel wäre.

Kennzeichnend für die Haltung von Oertzens in Programm-Fragen waren 1959 das gemeinsam mit Wolfgang Abendroth ausgesprochene CONTRA gegen das Godesberger Programm der SPD, in welchem sozialistische Ziele preisgegeben wurden, und 1989 – dreißig Jahre später – sein PRO für das auf dem Berliner Parteitag der SPD beschlossene Grundsatzprogramm, an dessen Text er als Koautor mitgearbeitet hatte. Darin heißt es: »Die bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht. Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Revolutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.«

Diese Grunderfahrung ergab sich für ihn auch aus seinen Studien über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Novemberrevolution 1918/19. Er trat ein für die Anwendung demokratischer Prinzipien im Bereich der Wirtschaft.

Unermüdlich bemühte er sich um eine politische Bildung, die den Menschen hilft, ihre Situation in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen und sozialistische Folgerungen daraus für ihr Denken und Handeln zu ziehen. So wirkten die von ihm während der 1960er Jahre herausgegebenen Arbeitshefte für linke Sozialdemokraten und

Gewerkschafter. In diesem Sinne arbeitete er auch als Leiter der Programm-Kommission der SPD von 1973 bis 1975, die einen Orientierungsrahmen bis 1985 abstecken sollte. Ferner baute er die Parteischule der SPD neu auf, deren Leitung er übernahm. Im Landesverband der niedersächsischen Sozialdemokraten war er bis 1983 Vorsitzender.

In der Wahrnehmung ihm übertragener staatlicher Ämter – so seit 1963 als Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hannover (früher TH) und als niedersächsischer Kultusminister von 1970 bis 1975 – war er ebenfalls in initiativreicher Weise tätig. Das gilt besonders für das erfolgreiche Ingangbringen der damaligen Hochschul- und Bildungsreform in Niedersachsen. Dass er während seiner Ministerjahre die Berufsverbotsanordnungen der Regierung Willy Brandt gegen Kommunisten zunächst unterstützte, hielt Peter von Oertzen später für seinen »größten politischen Fehler«. Er setzte sich dann mit Vehemenz für die Rehabilitierung der von der politischen Unterdrückungsmaßnahme betroffenen Menschen kommunistischer, sozialistischer und anderer radikaldemokratischer Provenienz ein.

Nach der Vereinigung der deutschen Staaten 1990 verfasste er gemeinsam mit Michael Vester, Heiko Geiling, Thomas Hermann und Dagmar Müller das 1993 in Erstauflage und 2001 in erweiterter Nachauflage erschienene Werk »Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung« – eine umfassende und gründliche Klassenanalyse der heutigen Bundesrepublik. Der darin enthaltene Erkenntnisschatz bedarf größerer Beachtung in den aktuellen sozialen und politischen Kämpfen der Linken. Lebhaftige Diskussion verdienen die reichhaltigen Anregungen zur Unterstützung der sich differenzierenden Milieus von Facharbeitern, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen, Frauen und Männern, Jungen und Alten in ihren Auseinandersetzungen mit sozialer Diskriminierung, »Abwertungskarrieren«, Deklassierung durch dauerhafte Armut und Arbeitslosigkeit und weiteren »neuen sozialen Ungleichheiten«, die das untergraben, was einst als sozialer Gerechtigkeitsvertrag aufgefasst worden war.

Als von Oertzen 2005 aus Protest gegen das von Schröder, Clement und Müntefering verfochtene Konzept einer verschärften asozialen Politik – genannt »Agenda 2010« – aus der SPD austrat, verwies er darauf, dass der Kapitalismus menscheitsgefährdend ist, und fügte hinzu, er sei und bleibe Sozialist und sei daher »in der SPD nicht mehr am rechten linken Platz«. Er arbeitete zeitweilig als Mitglied der WASG mit. Zuvor hatte er – ebenfalls zeitweilig – unserem Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung angehört. Mit diesem Schritt, den er damals noch als SPD-Mitglied tat, setzte er ein Zeichen der Bereitschaft, ungeachtet von Meinungsunterschieden und politischen Differenzen, gemeinsam über Analysen und Lösungsvorschläge zu diskutieren. Es müsse, fand er, keine Grenzen geben, wo sie im Interesse der Gemeinsamkeiten überwunden werden können und sollten.

Für das Kuratorium der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
KLAUS HÖPCKE, HERMANN KLENNER, CHRISTA LUFT

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Ich verstehe es einfach nicht: Jeder weiß, daß hier eine Inszenierung abläuft. Alle Teilnehmer wissen es, jedem – dem Hauptdarsteller und den an den Massenszenen Beteiligten – ist zuvor erklärt worden, was sie zu sagen und wie sie sich zu verhalten haben. Alle spielen mit, die »Ehrlichbegeisterten« und die »Zyniker«. Letztere geben in derartiger Veranstaltung noch den Part, der der Realität am nächsten ist. Kurt Beck, hatten die Regisseure im SPD-Parteivorstand beschlossen, muß unter's Volk. Die Umfragewerte sind schlecht, Volksberührung soll sie bessern. Ich fürchte, die Regisseure und ihr Hauptdarsteller glauben sogar an den Erfolg solcher Aktionen.

Also dachten sie sich für ihren Chef einen sogenannten »Deutschland-Dialog« aus. Der verschlug ihn auch nach Berlin. Dort besuchte Beck u. a. ein Ausbildungszentrum. *»Von Jugendlichen der Elektrotechnik ließ sich Beck Schaltanlagen erläutern und zog die Parallele zur Politik, bei der es auch schwieriger werde, je mehr Widerstände es gebe. Die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, in deren Wahlkreis das Ausbildungszentrum liegt, sprach mit weiblichen Auszubildenden über ihre Situation und die Chancen, sich in traditionellen Männerberufen durchzusetzen.«* Und irgendwo lag dann die Säge bereit (natürlich vorher vom BKA auf ihre Unbedenklichkeit überprüft), und Kurt Beck sägte. Und niemand lachte sich tot, alle taten so, als ob. Keinem ist es peinlich, sogar die Zyniker halten für einen Moment das Maul. Frage: Warum machen sich Leute ohne Not lächerlich?

Es ist ja nun nicht so, daß mir derartiges völlig neu wäre, auch wir Altossis haben das ja durch, entsprechende Ulbrichtwitze haben sich bei uns Einschlägigen bis heute gehalten – etwa: »Und Ihr seid hier die Kinder, ja?« oder »Hackfrucht bleibt Hackfrucht«. Besonders

apart auch die verlässlich überlieferte Episode aus dem Leben des Berliner Oberstalinisten Paul Verner, der anlässlich einer Betriebsbesichtigung auf die Frage, was er da tue, von einem Werktätigen zur Antwort bekam: »Gewinde drehen.« Darauf Verner: »Gewinde drehen ist eine gute Sache.« Ja, und Holzdurchsägen auch.

Ob es Beck geholfen hat, wissen wir noch nicht. Denn kaum hatte er seinen Auftritt in Berlin hinter sich, ereilte ihn – wahrscheinlich von ihm und seinen Beratern unvorhergesehen – ein Mißgeschick: Er wurde öffentlich von seinem ehemaligen Parteivorsitzenden Lafontaine gelobt. Der jetzige Linkspartei-Teilvorsitzende hatte sich ausgerechnet *Die Welt* ausgesucht, um Beck für seinen Linksschwenk zu loben: »*Er hat das Dogma gekippt, wonach die SPD in den Landtagen im Westen nicht mit uns koalieren durfte. Das war politisch notwendig.*« Klare Worte. Doch geradezu mystisch Lafontaines Antwort auf die Frage, ob künftig Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier, Bundesumweltminister Sigmar Gabriel oder Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit der stärkste Mann der SPD sein werde. Lafontaine nämlich betonte Becks Bedeutung als Parteivorsitzender – kann er das wirklich ernst gemeint haben? Sicher, daß Lafontaine mit Steinmeier und Wowereit nichts am Hut hat, leuchtet schon ein. Aber wenn er öffentlich den schwächelnden Beck favorisiert, kann das doch nur heißen, daß er dadurch eigentlich die Chancen seiner Partei erhöhen will. Natürlich will er.

Im Berichtszeitraum fiel auf, daß der *Spiegel* unverändert in Frieden mit unserer Kanzlerin lebt. Es ist nicht ersichtlich, ob das – wegen der nach wie vor erstaunlich positiven Umfragewerte – Kalkül und Opportunismus ist oder ob es sich um wirkliche Sympathie handelt. Als das Magazin von der Eröffnung des neuen Osloer Opernhauses berichtete, währte ich mich jedenfalls im entsprechenden Absatz in der *BUNTEN* oder in der für die gehobenen Kreise zuständigen *Gala*: »*Die sonst hochgeschlossen auftretende Politikerin hatte diesmal eine Abendrobe mit tiefem Dekolleté gewählt – und war bei den Fotografen ein noch beliebteres Motiv als sonst. ... Was für die Politikerin Merkel gilt, hat jedoch auch für die modebewusste Merkel Bestand: Sie macht keinen Fehler zweimal. Ihr Auftritt in Oslo war in Sachen Couture nahezu perfekt: Das schwarze Abendkleid mit türkisfarbenem Bolero-Schal, Ton in Ton mit dem seidenen Abendtäschchen und sogar den Schuhspitzen, wirkte feminin, glamourös und dennoch staatstragend.*«

Wir hatten mal eine, die ließ sich auf dem Gipfel ihres Mächtleins die Haare lila färben und auch sonst nichts aus. Doch irgendwie, wenn ich mich recht erinnere, wirkte das damals nicht sehr »glamourös und dennoch staatstragend«. Vielleicht ist die DDR auch daran gescheitert.

Übrigens darf Roland Koch, der geschäftsführende Ministerpräsident Hessens, seit Mitte April wieder öffentlich-rechtlich mitspielen: Die Debattenfirma *Anne Will* lud ihn ein, um über die olympischen Spiele und über chinesischen Menschenrechtsverletzungen zu debattieren. Das einzig Erhellende dieser Talkshow war, daß sich Roland als Tibet-Freund und Freund des Dalai Lamas outete. Es verwunderte nicht. Oder wie es neudeutsch formuliert werden würde: Es verwunderte nicht wirklich.

Heiner Flassbeck,
Friederike Spiecker:
Das Ende der Massenarbeitslosigkeit. Mit richtiger Wirtschaftspolitik die Zukunft gewinnen.
Westend Verlag Frankfurt/Main
2007, 304 S. (24,90 €)

Wirtschaftswissenschaftliche Texte gelten gemeinhin als trocken, insbesondere wenn sie sich um Gewinne, Steuern, Investitionen, Beschäftigung, Preise, Löhne, Kredite und Zinsen drehen. Dies sind auch die Schlüsselbegriffe des hier vorliegenden Buches – und es ist überhaupt nicht langweilig. Ganz im Gegenteil. Indem die Autoren aktuelle praktische Probleme aufgreifen und diese auf »falsche« wirtschaftspolitische Weichenstellungen zurückführen, wofür bestimmte theoretischen Vorstellungen maßgebend sind, konfrontieren sie den Leser mit komplizierten volkswirtschaftlichen Zusammenhängen, ohne jedoch ihn mit langatmigen theoretischen Ableitungen zu überfordern oder mit umständlichen Beweisführungen zu langweilen. Das Buch ist interessant, weil es aktuell ist. Und es ist spannend, weil es unorthodox ist, ja, geradezu ketzerisch, was seine Kritik an einigen Dogmen der herrschenden Wirtschaftslehre anbelangt.

Wer sich in der Volkswirtschaftslehre etwas auskennt, merkt sehr schnell, von welcher Position aus die beiden Autoren argumentieren. Namen wie Keynes, Lautenbach, Schumpeter, Wicksell und Stützel markieren die Richtung. In Bofinger, Horn und Hickel besitzen sie Verbündete. Ihre Gegner sind die Vertreter der »herrschenden Lehre«, die Neoliberalen in Theorie und Politik, sowie die »öffentliche Meinung«, der Mainstream der Medien, welcher zumeist bloß nachplappert, was die Politik gerade vorgibt.

Das Buch ist in fünf Abschnitte gegliedert. Im *ersten* Teil werden die »gängigen Erklärungen« für den Anstieg der Arbeitslosigkeit einer kritischen Untersuchung und Überprüfung unterzogen. Es wird gezeigt, dass es weder der technische Fortschritt noch die vermeintlich zu hohen Löhne sind, noch die sektorale oder regionale Lohnstruktur, noch die Globalisierung, die für den Anstieg und die Persistenz der Ar-

beitslosigkeit in Deutschland verantwortlich zu machen sind. Vielmehr ist es die Wirtschaftspolitik, die hier versagt hat und die für die Massenarbeitslosigkeit seit Anfang der 1980er Jahre die Schuld trägt. Der Begründung dieser These ist der umfangreiche *zweite* Teil des Buches, der schließlich »zu des Rätsels Lösung« führt, gewidmet (S. 147). Bevor die Autoren ihre Positionen darlegen, räumen sie aber erst einmal mit einigen lieb gewordenen Überzeugungen und altbundesdeutschen Mythen auf. Zuerst mit der »Legende vom deutschen Wirtschaftswunder«, dann mit der von der harten D-Mark. Schließlich wird auch Ludwig Erhard, der Übertäter der deutschen Nachkriegswirtschaftspolitik, vom Sockel gestoßen. Kein gutes Haar lassen die Kritiker an der Rolle der Deutschen Bundesbank wie überhaupt die Geldpolitik im Zentrum ihrer Kritik steht. In der stabilitätsfixierten Geldpolitik der Deutschen Bundesbank (und später der Europäischen Zentralbank) sei die »eigentliche Ursache« für die Massenarbeitslosigkeit zu suchen, lesen wir auf Seite 156. Demgegenüber wird das bis 1972 bestehende System von Bretton Woods über alles gelobt und die Notenbank der USA, die FED, als Vorbild für eine erfolgreiche und verantwortungsbewusste Geldpolitik hingestellt. Es sei »mehr als erstaunlich«, schreiben Flassbeck und Spiecker, mit welcher Sorglosigkeit das Bretton-Woods-System »abgeschafft wurde, das für zwei Jahrzehnte wirtschaftlicher Prosperität in Europa gesorgt hatte« (S. 163). Offensichtlich habe man die Bedeutung dieses Systems für die Wirtschaftswunderzeiten »komplett verkannt« und für letztere mit Ludwig Erhard lieber einen deutschen »Vater« verantwortlich wissen wollen. Das ist geistreich formuliert und bestimmt bedenkenswert. Übersehen wird dabei jedoch, dass das vom US-Dollar dominierte Bretton-Woods-System nicht einfach von den Europäern »abgeschafft« wurde, sondern infolge des wirtschaftlichen und politischen Niedergangs der USA Anfang der 1970er Jahre mit großem Getöse zusammengebrochen ist. Inwieweit sich ein zukünftiges Weltwährungssystem an dem alten Bretton-Woods-System orientieren könnte, ist heute eine offene Frage. In Anbetracht der grundlegend veränderten weltwirtschaftlichen Situation sind die Chancen dafür aber wohl eher gering einzuschätzen.

Heftig werden die »systematischen Fehler der deutschen Geldpolitik« seit 1974, dem Übergang der Deutschen Bundesbank zum Monetarismus, gegeißelt (S. 177 ff.). Ausgehend von den keynesianischen Grundpositionen der Verfasser, wozu die Definition der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung als »monetäre Marktwirtschaft« gehört, ist die Geldpolitik aber von »enormer Wirkung« für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Ein wichtiger Indikator ist dabei das Verhältnis von (realer) Wachstumsrate und Realzins, welches positiv sein sollte. In Deutschland aber, so wird anschaulich gezeigt, ist es seit 1980 negativ. Das heißt, der Realzins übersteigt die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (S. 180). Anders ausgedrückt: in Deutschland ist die Inflationsrate zu gering, um die Kreditaufnahme attraktiv zu machen und Wachstum zu generieren. Schuld daran ist die restriktive Notenbankpolitik. Deshalb bleibt die Wirtschaft in ihrer Entwicklung zurück und die Arbeitslosigkeit hoch.

Der *dritte* Teil ist, knapp und präzise, einigen volkswirtschaftstheoretischen Überlegungen und Paradoxien gewidmet. Dabei geht es insbesondere um die Richtigstellung dezidiert falscher, aber nichtsdestotrotz sehr populärer Auffassungen zum Sparen (als Voraussetzung für Investitionen) und zur Staatsverschuldung (als Belastung künftiger Generationen). Sehr überzeugend ist auch die Zurückweisung »einzelwirtschaftlicher Herangehensweisen« in Wissenschaft und Politik. Was dagegen Not tut, »um der Massenarbeitslosigkeit Herr zu werden, ist ein neues Verständnis für makroökonomische Zusammenhänge und Konjunktur...« (S. 270). Besondere Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang verdienen eine »aktive Geldpolitik« nach amerikanischem Vorbild, eine Finanzpolitik, welche die Geldpolitik ergänzt und flankiert, ferner eine »verteilungsneutrale Lohnpolitik«, bei welcher sich der Lohnzuwachs am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt orientiert, die Einführung einer »globalen Finanz- und Währungsordnung« sowie eine »intelligente Reform« des Sozialstaates, wozu unbedingt die Einführung eines Mindestlohnes sowie eine Gesundheits- und Rentenreform gehören. Geldpolitik und Lohnpolitik sind die Kernfelder einer klugen Wirtschaftspolitik. Soll die Massenarbeitslosigkeit tatsächlich beseitigt

werden, so ist hier und nirgendwo anders anzusetzen. So die unmissverständliche Botschaft des Buches.

ULRICH BUSCH

Heinz Langer:
Die lebendige Revolution.
Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit. Verlag wiljo heinen, Böklund 2007, 271 S. (12,00 €)

Der Entwicklung im sozialistischen Kuba gehörte seit dem Sieg der Revolution 1959 das besondere Interesse der Linken sowohl in Ost- als auch in Westeuropa. Nach dreißig Jahren geriet Kuba Anfang der 90er Jahre für geraume Zeit fast gänzlich in Vergessenheit bei den Linken, die das Ende des Realsozialismus in Europa zu verkraften bzw. zu verarbeiten hatten. Dann stellte man erstaunt fest, dass das sozialistische Kuba »übrig geblieben« war. Viele der nunmehr beschworenen Ursachen für das Ende des Realsozialismus, vom Einparteiensystem bis zur Planung der Wirtschaft, treffen schließlich auch auf Kuba zu. Warum das nach nunmehriger Auffassung vieler Linker strukturell von Anfang an zum Untergang bestimmte System des Sozialismus ausgerechnet auf Kuba überlebt hatte, wurde nicht näher analysiert. Viel einfacher war es zu prophezeien, dass auch für Kuba eine Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus zwangsläufig und in naher Zukunft zu erwarten sei.

Vor allem gegen diese Sicht dieser »Theoretiker der linken Szene« hat Heinz Langer, ehemaliger Botschafter der DDR in Kuba und Kenner des Landes und der Region, sein Buch geschrieben. Der Untertitel »Die lebendige Revolution« weist darauf hin, dass der Autor keineswegs die Auffassung vertritt, dass der Sozialismus in Kuba objektiv an seine Grenzen gestoßen ist.

Den Nachweis führt Langer in zwei Richtungen. Erstens ist er der Auffassung, dass die sozialistische Entwicklung bis 1989 in Kuba anders gelaufen ist als in der DDR bzw. den Ländern Osteuropas. Zweitens beschreibt er faktenreich, wie es Führung und Volk Kubas in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten ge-

lang, die durch den Zusammenbruch des Realsozialismus auf Kuba zukommende wirtschaftliche und soziale Katastrophe erfolgreich abzuwenden.

An Besonderheiten der kubanischen Entwicklung bis 1989 hebt Langer drei hervor: *Einmal* sei der Sieg der Rebellenarmee 1959 ein Ergebnis jahrzehntelangen Kampfes um die Souveränität der Insel gewesen, eines Kampfes gegen Sklaverei, Kolonialismus und nicht – wie in der DDR und einigen anderen Ländern Osteuropas – ein Ergebnis der Befreiung durch sowjetische Truppen. »Die Ideale aus den Schlachten gegen fremde Herrschaft waren Motivation für den Kampf der Rebellenarmee und gruben sich in den Jahren nach dem Sieg tief in das Bewusstsein des Volkes und besonders der Jugend ein. Es war bedeutsam, dass bereits lange vor dem Sieg am 1. Januar 1959 eine grundlegende politisch-ideologische Orientierung und eine reiche revolutionäre Praxis aus den Befreiungskriegen im Volk vorhanden war« (S. 9).

Langer beschreibt ausführlich diese Kämpfe, aus denen sich die spezifische kubanische Revolutionserfahrung ableitet.

Zweitens sei es Kuba, ungeachtet seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion, die auf dem Austausch von Zucker gegen Erdöl zu Sonderbedingungen beruhte, gelungen, einen größeren Autonomie bei strategischen Entscheidungen zu bewahren als die DDR bzw. die meisten Länder Osteuropas. *Drittens* habe Kuba, anders als Osteuropa, nie ein Ende des kalten Krieges erlebt. Die gleichbleibend feindliche Politik der USA gegenüber Kuba habe »die kubanische Führung stets zur Konsequenz in den politischen Entscheidungen gezwungen« und habe sie »zu strengster Wachsamkeit« verpflichtet. Der erbitterte Kampf der USA gegen die kubanische Revolution wird im Buch bis in die Gegenwart, bis zum »Bush Plan I« (2004) und »Bush-Plan II« (2006) beschrieben.

Auf welche Weise es Kuba gelang, die Krise, die der Rückzug der Sowjetunion und der anderen osteuropäischen Ländern in der Wirtschaft Kubas bewirkte, zu bewältigen, ist in weiteren Kapiteln, die etwa zwei Drittel des Buches umfassen, dargestellt. Für das Ausbleiben des Kollaps, nennt Langer vor allem zwei Momente: den Willen der Führung, den sozialistischen Weg auch unter äußerst ungünstig gewordenen Bedingungen weiter zu gehen und

die Bereitschaft der großen Mehrheit des kubanischen Volkes, der Führung ungeachtet einer deutlichen Verschlechterung der materiellen Lebenslage zu folgen. Die politische Führung war allerdings darauf bedacht, die vom Volk geforderten materiellen Opfer in Grenzen zu halten, und zwar nicht allein durch Beibehaltung der Errungenschaften in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen. Sie konnte nicht umhin, auf wirtschaftlichem Gebiet Kompromisse einzugehen. Einerseits vollzog sich die Lohnentwicklung oberhalb der Produktivitätsentwicklung, wurden zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit Beschäftigungsprogramme geschaffen und die Mittel dafür dem Unterhalt der Infrastruktur entzogen.

Andererseits wurden zwecks Ankurbelung der Wirtschaft der Tourismus vorangetrieben und ausländische Investoren (z. B. aus Kanada und Spanien) zu für sie günstige Bedingungen ins Land geholt. Der Dollar wurde Zweitwährung, mit allen davon ausgehenden, dem sozialistischen Leistungsideal widersprechenden Folgen – wie der Begünstigung der im Tourismus bzw. in Joint Ventures Beschäftigten und der Privilegierung der Empfänger von Geldsummen, die Verwandte aus Florida an sie überwiesen.

Als sich nach Ende der 1990er Jahre die kubanische Wirtschaft wieder stabilisierte, ging die kubanische Führung dazu über, die in der »Sonderperiode« eingetretenen Schäden zu beseitigen. Diese waren einerseits materieller Art und besonders im Wohnungs- und Energiewesen spürbar. Andererseits war es auch zu Erscheinungen des moralischen Verfalls wie Prostitution; Schwarzmarkt und Missbrauch von Volkseigentum gekommen.

Bei der Bekämpfung dieser problematischen Entwicklungen arbeitete die Führung eng mit dem Volk zusammen, wie auch schon die Einführung des Notstandsprogramms 1990 das Ergebnis einer breiten Diskussion mit der Bevölkerung gewesen war.

Zu beschreiben, wie die Zukunft Kubas aussehen wird, kann man von Langer nicht verlangen, zumal sich auch die kubanische Führung verschiedene Wege offen hält. Der Autor betrachtet aber die während der gesamten Periode der sozialistischen Revolution auf Kuba gezeigte Bereitschaft der Führung, Probleme offen anzusprechen, die Bevölkerung zu kon-

sultieren, und die eigene Politik gegebenenfalls zu korrigieren als ausreichende Garantie weiterer erfolgreicher Schritte beim Aufbau des Sozialismus in Kuba.

Den Band schließt ein Personen- und Sachwortverzeichnis ab. Die Beifügung einer Chronik hätte man sich gewünscht.

JÖRG ROESLER

**Roland Klautke,
Brigitte Oehrlein (Hrsg.):
Prekarität – Neoliberalismus –
Deregulierung. Beiträge des
»Kritischen Bewegungsdiskurses«.
VSA-Verlag Hamburg 2007,
212 S. (11,80 €)**

Die Intention der Autoren in diesem Sammelband ist die Initiierung eines »Kritischen Bewegungsdiskurses«, »in dem theoretische Auseinandersetzungen nicht allein unter den Gesichtspunkten wissenschaftlicher Fragestellungen, sondern genauso unter denen der Fokussierung auf die Handlungsflächen sozialer Bewegungen geführt werden« (S. 7). Dabei werden allgegenwärtige Themen bearbeitet, wie beispielsweise bedingungsloses Grundeinkommen, globale soziale Rechte, Privatisierung, Prekarität, oder auch die Demokratisierung der Wirtschaft mit Hilfe der Gewerkschaften.

Den Anfang macht Christina Kaindl. Sie diskutiert in ihrem Beitrag den Begriff des Neoliberalismus und die aus ihm resultierende prekäre Lebensweise. Die »Grundvorstellung neoliberaler Konzepte ist die Überantwortung aller gesellschaftlichen Prozesse an Mechanismen des Marktes. Wenn dieser ungehindert herrsche, dann bildeten sich funktionierende Verhältnisse auf den verschiedenen Märkten heraus – nicht im Sinne eines gerechten Gleichgewichts, sondern im Sinne der Selektion der Besseren« (S. 18). In den letzten Jahrzehnten habe sich eine neue Produktionsweise herausgebildet. »Flexibilität in Zeit und Raum sind gefragt, um mit den über den Globus verstreuten Produktionsstätten mithalten zu können« (S. 22). Diese neoliberalen Strukturen erzeugen prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Verbreitung des Niedriglohnssektors.

Mario Candeias untersucht den Begriff der Prekarisierung in unterschiedlichen Dimensionen. Für ihn beinhaltet er zum Beispiel »Arbeitsverhältnisse oder Formen der abhängigen Selbstständigkeit ohne existenzsicheres Einkommen« aber auch die »tendenzielle Ausgliederung aus betrieblichen bzw. kooperativen Strukturen, zur raum-zeitlichen Isolierung und Zerstörung von Sozialkontakten« (S. 44). Dabei sei es wichtig zu erwähnen, dass es »nicht um einen Prozess, der bestimmte Randgruppen betrifft, sondern um eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung« gehe (S. 45). Als Ausweg aus dieser misslichen Situation skizziert Candeias den gesellschaftlichen Widerspruch im Arbeitsalltag als Mittel des Widerstandes. Die »Überbeanspruchung der Arbeitskraft und immer drohender Verlust von Arbeit verallgemeinert auch das Problem der Absicherung diskontinuierlicher Lebensläufe« (S. 59). Oder mit Brecht gesprochen: »Operieren können mit Antinomien«.

Als Strategie gegen die Prekarität fordert Werner Rätz soziale Sicherheit für alle durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Er formuliert, dass Menschen in der heutigen modernen Gesellschaft ein Einkommen benötigen und dieses nicht immer so war. Auch heutzutage leben noch viele Menschen von der Sub-sistenzwirtschaft, sprich von selbst produzierten Nahrungsmitteln. »Aber ihre Zahl schrumpft und die Mehrzahl benötigt ein Einkommen, um sich die Dinge des täglichen Bedarfs beschaffen zu können. In den industrialisierten Gesellschaften gilt das für praktisch jede und jeden« (S. 121). Die Realisierung eines gesicherten Lebensstandards ohne Geld ist in unseren Breitengraden ziemlich beschränkt. Nun fragt sich der Autor: »Wie kommen wir an Geld?« und kommt zu dem Ergebnis, »Wer kein Vermögen hat, benötigt Einkommen« (S. 122). Wer aber darauf beharrt, so der Autor, dass soziale Sicherung und Einkommen ausdrücklich der Erwerbsarbeit bedingen, der vertritt eine unerfüllbare Forderung, »weil es Erwerbsarbeit in dem Umfang, der für Vollbeschäftigung notwendig wäre, nicht gibt und nicht wieder geben wird« (S. 126). Ein bedingungsloses Grundeinkommen nützt vielen, so die These von Rätz, da man nun beispielsweise die Dinge machen könnte, welche aus wirtschaftlichen Gründen nicht machbar gewesen wären, etwa Studieren oder Schreiben (S. 129).

Alex Demirovic diskutiert in seinem Beitrag die Möglichkeiten einer Wirtschaftsdemokratie mit Hilfe der Gewerkschaften. Er schildert kurz die fast fünfzigjährige Tradition von wirtschaftsdemokratischen Impulsen, angefangen durch die Reformversuche in der Tschechoslowakei in den späten 1960er Jahren, in Frankreich in den 1970er Jahren durch die Diskussion der Selbstverwaltung, in Schweden durch den Meidner-Plan zur Einrichtung von Investitionsfonds (S. 184). Für ihn ist es notwendig, das Bewusstsein einer Demokratisierung der Wirtschaft zu erneuern, da angesichts der Globalisierung das Kapital »wie ein Bereich erscheint, in dem Naturgesetze herrschen« (S. 184). Im Mittelpunkt stehen die Gewerkschaften und ihre Politik. Sie sollen sich auf ihre demokratische Kraft besinnen – und nicht nur allein als eine Interessenvertretung verstehen, nur dann können sie aus ihrer Schwäche herausfinden. Es ist an der Zeit, so Demirovic, für einen »demokratischen Meinungsstreit« einzutreten, der die Rechte der Arbeitenden und aus dem gesellschaftlichen Leben Ausgeschlossenen erkämpft (S. 191). Eine wichtige Rolle übernehmen dabei die Gewerkschaften, welche aus ihrer besonderen Lage begründen können, »eine Kraft demokratischer Allgemeinheit« (S. 191) zu sein.

Wenn von Rechten bzw. von globalen Rechten im Besonderen die Rede ist, beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass sie weder qua Geburt gesetzt sind noch staatlicherseits verfügt werden. Gregor Samsa entgegnet, dass sie vielmehr sozialen Kämpfen von unten entspringen. Inwieweit globale Rechte sich aber durchsetzen ist das Ergebnis »gesamtgesellschaftlicher Kräftekonstellationen« (S. 201). Jedoch sollte man immer skeptisch sein, wenn globale Rechte in zahlreichen Konventionen, Grundrechtskatalogen oder Präambeln niedergelegt sind. Dieser Aspekt ist auf keinen Fall mit der Kodifizierung im positiven Recht gleichzusetzen. Positives Recht ist ein Synonym für tatsächlich geltendes Recht – einschließlich der Repression des staatlichen Apparates (S. 205). Dennoch: »jeder Mensch hat, nur weil es ihn gibt, das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und am gesellschaftlichen Leben« (S. 209; vgl. AttacBasisTexte 17).

Insgesamt gesehen ist der vorliegende Sammelband sehr zu empfehlen, da er die Untersu-

chung des Themas Prekarisierung nicht nur aus rein wissenschaftlicher Selbstverständigung vornimmt, sondern eine Brücke zu den sozialen Bewegungen schlägt. Die Publikation zielt auf eine Vertiefung der theoretischen Auseinandersetzung ab, und versucht Ansätze zur Entwicklung einer anti-neoliberalen Gegenhegemonie zu skizzieren, welche heutzutage wichtiger ist denn je.

DOMINIK ELTGES

Nils Zurawski (Hg.):
**Surveillance Studies. Perspektiven
 eines Forschungsfeldes.**
 Verlag Barbara Budrich Opladen/
 Farmington Hills 2007,
 183 S. (19,90 €)

Überwachung und Kontrolle haben auf allen gesellschaftlichen Ebenen neue und nie gekannte Ausmaße angenommen. Dabei spielt die zunehmende Technisierung und Automatisierung von Überwachung eine zentrale Rolle, in deren Folge immer stärker nicht das einzelne Individuum, sondern ganze soziale Gruppen, Kontexte, Räume etc. im Fokus stehen – und es vielfach nicht nur um das Beobachten, sondern um das Einstufen (als potentieller »Gefährder«, als bestimmter Typus Kunde etc.) geht. Dieser neuen Qualität von Überwachung stehen einzeldisziplinäre Bezüge häufig etwas hilflos gegenüber, gelingt es doch selten, alle Facetten zusammenzubringen. Abhilfe verspricht der interdisziplinäre Ansatz der Surveillance Studies, in dem u. a. sozial- und kulturwissenschaftliche, philosophische und juristische Perspektiven zusammengeführt werden sollen und der in der internationalen Diskussion beispielsweise mit dem Namen David Lyon verbunden ist.

In Deutschland gibt es seit wenigen Jahren entsprechende Vorstöße, v. a. angeregt durch Nils Zurawski, der an der Uni Hamburg ein DFG-Projekt zur Videoüberwachung leitete und als Initiator des Forschungsnetzwerks Surveillance Studies in Erscheinung trat. In diesen Kontext ist auch der vorliegende Band einzuordnen, der verschiedene Perspektiven des Forschungsfeldes einführend darstellen soll.

So benennt der Herausgeber in seiner Einleitung auch zentrale Aspekte der neuen Überwachungspraxen und versucht sich – als einziger Autor des Bandes – an einer Definition und Umgrenzung des Forschungsfeldes. Als zentrale Perspektiven der Surveillance Studies führt er auf: Anthropologie/Kulturgeschichte, Macht/Institutionen, soziale Sortierung und Mapping/Wahrnehmung/Raum. Leider können die folgenden Beiträge, dies ist Zurawski jedoch bewusst, diesen Facettenreichtum nur auszugsweise abbilden.

Thematisch lässt sich – analog zu entsprechenden Priorisierungen im Forschungsfeld – ein deutlicher Schwerpunkt bei der Videoüberwachung ausmachen, allein drei Beiträge einschlägiger Autoren (Eric Töpfer, Gisbert van Elsbergen, Leon Hempel) widmen sich dieser verbreiteten Überwachungstechnologie. Aus juristischer Perspektive untersucht Gerrit Hornung die Möglichkeit einer rechtlichen Bewertung neuer Überwachungstechnologien.

Manfred Rolfes widmet sich dem spannenden Thema des Raumes – wie werden sichere und unsichere Räume sozial konstruiert? So gut wie alle Debatten über Kriminalität, insbesondere über Kriminalität im Nahbereich wie in Städten, verlaufen raumbezogen: An einem bestimmten Ort ist es unsicher, ein bestimmtes Viertel muss sicherer werden durch Schaffung einer kameraüberwachten Zone, bestimmte Orte sind zu meiden. Auch die Mittel zur Kriminalitätsreduktion setzen raumbezogen an: Sonderbefugnisse für die Polizei an dauerhaft oder ad hoc definierten »gefährlichen Orten«, Kameraüberwachung, Betretungsverbote etc. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Sozialwissenschaften, Geowissenschaften und verwandten Bereichen könnten sich vermutlich darauf einigen, dass »Raum« mehr ist als Steine, Sand und Grenzen und sich in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Prozessen wandelt oder herausbildet. An Beispielen aus einer Brandenburger Debatte (wiederum zur Videoüberwachung) orientiert, stellt Rolfes die Verwendung von Raumsemantiken heraus und verweist auf den Paradigmenwechsel von einer Subjektorientierung hin zu einer Raumorientierung. Rolfes macht sich für eine konstruktivistisch-geografische Analyse der Raumbedeutungen stark. Allerdings verliert er sich etwas in systemtheoreti-

schen Überlegungen, so dass sein Beitrag an Schärfe verliert.

Nils Zurawski ergänzt die Raumperspektive durch einen Beitrag zu Karten. In einem ersten Teil führt er Begriff und Methode des *cognitive mapping* im Anschluss an Frederic Jameson ein. Dabei geht es um Raumwahrnehmung und -verstehen, um individuelle und kollektive Kartierungen. Im o. g. Hamburger DFG-Projekt wurde untersucht, wie Videoüberwachung die Raumwahrnehmung beeinflusst. Hierzu wurden *mental mappings*, in Karten visualisierte und von Interviewten erhobene Daten, benutzt. Anschließend konnten beispielsweise die Bewegungsräume der Personen mit ihrer Wahrnehmung gefährlicher oder sicherer Gegenden verglichen werden – als unsicher galten v. a. unbekannt Gebiete. Zurawski gelingt anschließend der Bezug zu allgemeinen Debatten um die neue Qualität der Überwachung, den man sich bei einigen anderen Beiträgen gewünscht hätte.

Christiane Schulzki-Haddouti benennt die alltäglichen, häufig unbemerkten Datenerhebungen, denen die Menschen ausgesetzt sind: beispielsweise die lebenslange Verfolgbarkeit erworbener Güter mittels drahtlos auslesbarer Identifikationschips (RFID) oder die Zusammenführung der Daten mit jenen anderer Menschen zum Erzeugen von Profilen von Kundinnen und Kunden oder zur Analyse von Beziehungsnetzen und sozialen Gruppen durch staatliche Schnüfflerinnen und Schnüffler. Einen Schwerpunkt setzt die Autorin bei den ortsbezogenen Daten, die etwa Standortdaten zu Kommunikationsvorgängen, zu Fotoaufnahmen oder einfach beim Mitführen von Mobiltelefonen umfassen. Auch die komplette Erfassung von PKW-Fahrten wird inzwischen (noch auf freiwilliger Basis im Rahmen von Kfz-Versicherungsverträgen) praktiziert. Und schließlich – hier gibt es seit Erscheinen des Bandes weitere »Fortschritte« und Anwendungsbeispiele – wird der Körper selbst zum (kameraerfassten und maschinell ermittelbaren) Identifikationszeichen, so dass auch jene in ihrem Konsumverhalten, politischem Engagement oder ganz alltäglichen Leben identifizierbar werden, die Technikabstinenz üben. Schulzki-Haddouti zieht entsprechend ein pessimistisches Fazit, in dem sie die Allgegenwart der Datenerhebungen als eine Entwicklung be-

schreibt, der man sich kaum entziehen kann. Ob die bisher aufgetretenen und stärker zu erwartenden Sicherheitsprobleme und Missbrauchsfälle für die neue, vielfach private, Überwachung Akzeptanzprobleme bringen werden, wie die Autorin andeutet, bleibt angesichts der bisherigen Erfahrungen fraglich.

Weitere lesenswerte Artikel von Tobias Singelnstein und Peer Stolle (Von der sozialen Integration zur Sicherheit durch Kontrolle und Ausschluss) und Martin Henatsch (Kunst im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit) runden den Band ab.

Das Vorhaben, dieses neue, interdisziplinäre Feld in einem Sammelband einführend darzustellen, ist schwierig. Gerade Erkenntnisgewinne aus der Verbindung verschiedener Ansätze machten den Reiz des Unterfangens aus. Selbstverständlich erfordert dies nicht die Wandlung aller Beteiligten zu Universalistinnen und Universalisten, aber ein wechselseitiger Bezug wäre hilfreich. Für weitere Arbeiten wäre es wünschenswert, auch die zwar benannten, aber im Band wenig ausgeführten Perspektiven auf Macht und Herrschaft sowie auf die soziokulturellen Auswirkungen von Überwachung zu stärken. Dabei könnte eine Ausweitung in Richtung nicht-staatlicher Überwachung, beispielsweise am Arbeitsplatz, im Kundenverhältnis zu Handel, Banken und Versicherungen oder auch privaten Freund- und Partnerschaften nötig und hilfreich sein.

MARCO TULLNEY

Freerk Huisken:
Über die Unregierbarkeit des Schulvolks – Rütli-Schulen, Erfurt, Emsdetten usw. VSA Hamburg 2007, 173 S. (12,80 €)

Freerk Huisken, von 1971 bis 2006 Hochschul-lehrer an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors, hat mit seinem Buch »Erziehung im Kapitalismus« (Hamburg 1998) ein Standardwerk marxistischer Schulkritik vorgelegt. Seine neue Veröffentlichung, die vier Aufsätze versammelt, basierend auf Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Autors,

schreibt diese Kritik fort und bezieht sie auf die Reizthemen der aktuellen bildungspolitischen Diskussion: Rütli-Schule und Rolle der Hauptschule, PISA-Befunde zu Selektion und Schulversagen, bildungsferne Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund, Jugendgewalt und Schulattentate.

Das, was hier verhandelt wird, firmiert sonst meist unter dem Titel Bildungsbenachteiligung. Darunter soll man die entscheidende soziale Frage der heutigen »Wissensgesellschaft« verstehen, die aber dann – siehe die »Unterschicht«-Debatte vom Jahresende 2006 – mit einer bemerkenswerten Schuldzuweisung verbunden wird: Die »bildungsfernen« Milieus, das »abgehängte Prekariat«, die Migrantenfamilien mit ihren »Integrationsdefiziten« lassen es angelegentlich an Bildungs- und Aufstiegsbereitschaft fehlen, so dass im Grunde nicht viel mehr als Motivationshilfe auf der Tagesordnung der Politik steht. Die »Bringschuld«, wie es neudeutsch heißt, liegt ganz auf Seiten der gesellschaftlichen Problemgruppen. Diesen öffentlichen Diskurs liest Huisken gegen den Strich.

Er setzt am Konstruktionsprinzip des dreigliedrigen Schulsystems an und stellt als dessen entscheidende Leistung die Selektion für eine gesellschaftlich vorgegebene Hierarchie der Berufe heraus. Erst auf Grund einer solchen bildungsökonomischen Analyse, die die politisch gewollte Vorsortierung für den – potenziellen – Bedarf des Arbeitsmarktes festhält, lasse sich das schulische Verfahren einer Leistungskonkurrenz erklären, das mit Notwendigkeit Schulverlierer produziere und die Grundlage für einen dysfunktionalen Umgang mit den Konkurrenz-niederlagen lege. Der hierauf bezogene »Kult des Selbstbewusstseins«, der sich im Einklang mit der offiziellen Konkurrenzideologie befinde (»Jeder ist seines Glückes Schmied«) führe dann zu den immer wieder mit Überraschung konstatierten »Einzelfällen« rücksichtsloser Gewaltausbrüche an Schulen und zwischen Schülern.

Damit wendet Huisken sich kategorisch gegen die in Fachwissenschaft und öffentlicher Kommentierung beliebte Konstruktion eines Jugendproblems, speziell der »Jugendgewalt«, die heute (wieder) als besondere Herausforderung für die Erziehung (swissenschaft), für Bildungs- und Jugendpolitik gilt. Er bestreitet

nicht, dass es eine Zunahme gewalttätigen Verhaltens gibt. Er bestreitet allerdings die ideologischen Prämissen des einschlägigen Diskurses. Hier liege keinesfalls, wie immer wieder behauptet, eine Verweigerung gegenüber den großzügigen Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe vor, sondern ein vorgängiger, politisch ins Werk gesetzter Ausschluss von Bildungs- und Berufskarrieren, in dessen Konsequenz sich dann verschiedene Formen »abweichenden Verhaltens« einstellten.

In einem ersten Schritt wird die Ethnisierung des Problems, die Zuschreibung von Schulversagen an die Adresse der Migrantenfamilien mit ihren Integrationsdefiziten, kritisiert. Das führt zur zentralen Selektionsfunktion des Schulwesens. Davon ausgehend, wird der Umgang Jugendlicher mit Erfolg und Misserfolg in der Leistungskonkurrenz analysiert und vor allem der als unerklärlich präsentierte Tatbestand, dass der Nachwuchs sich nicht hundertprozentig an die Konkurrenzregeln hält, sondern mit Brutalisierung und Verrohung, auch mit offenem Rechtsverstoß bis hin zu spektakulären Zwischenfällen reagiert. Huisken greift die Vorstellung an, dass sich das Gemeinwesen der Gewaltfreiheit verschrieben habe, und thematisiert den durchgängigen Gewaltbedarf nationalstaatlich betreuter Marktwirtschaften. Ein Zusatzkapitel geht auf den angeblich entscheidenden Einfluss der Medien – Stichwort »Killerspiele« – ein, wobei der Autor in solchen jugendschützerischen Theorien einen krassen Fall von Ablenkung sieht.

Am Beispiel der Extremfälle Erfurt und Emsdetten greift Huisken nochmals das Prinzip der Konkurrenz auf, das heute nicht nur in Schule und Ausbildung, sondern überhaupt bei der Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse als unverzichtbar, ja als wohlthätige Veranstaltung gilt. Huisken unterzieht diese Vorstellung einer grundsätzlichen Kritik und legt sowohl die gesellschaftlichen Kosten des Verfahrens als auch seine problematischen Verarbeitungsformen dar. Das heißt in erster Linie: die Etablierung einer machtvollen Konkurrenzideologie, die mit ihrer Psychologisierung von Erfolg und Niederlage die Voraussetzung schafft, dass sich ein individuelles Geltungsbedürfnis auf einem neuen Feld des Wettstreits um Selbstbild und Selbstdarstellung betätigt – und den Kampf um Anerkennung notfalls mit Gewalt austrägt.

Das Buch ergreift nicht Partei für die – widerständigen – Opfer der schulischen Selektion. Es legt vielmehr die Parteilichkeit bloß, die auf abweichendes Verhalten umstandslos mit Vorschlägen zu Integration, Mediation, aggressionsabbauenden Trainings, Prävention reagiert und damit letztlich immer nur zu erkennen gibt, dass Jugendliche sich zu fügen haben. Mit dieser Kritik ist natürlich, wie auch der Diskussionsteil des Bandes nochmals zur Sprache bringt, nicht nur ein Kontrapunkt zum Mainstream der pädagogischen Ansätze und Denkformen gesetzt, sondern auch zu den Prämissen der hiesigen Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft.

VINZENZ BOSSE

EFFI BÖHLKE

On the Trail of Simone de Beauvoir. Impressions of Paris

January 9 of this year, Simone de Beauvoir would have been 100 years old. A woman was celebrated, whose name has been etched into the annals of the intellectual and practical political history of the women's movement. It was on this occasion that an international colloquium was held in Paris. This paper combines impressions of biographically oriented city tours with reports on events dealing with the relationship between the life and works of de Beauvoir, the philosopher and her contribution to the women's movement.

FRIGGA HAUG

Campaign. An Entry into the HKWM

This contribution is the entry »campaign« of the »Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus« (HKWM – Historical-Critical Dictionary of Marxism). The word »campaign« was first derived from a military connotation. Its modern connotation evolved through commercialization under premises of political centralization, printed mass communication, a national political public opinion and at least a certain amount of structural democratization. »Campaigns« are analyzed in hegemonic and ideological theories. This entry handles the connotation used by Marx and Engels, by Rosa Luxemburg and particularly by Antonio Gramsci. Leftwing »campaigns« should seek the formation of persons taking politically conscious actions.

PETRA KAISER

Bourdieu's Counterfire. Sociological Diagnosis of the Present in the Guise of Political Challenge

The book Counterfire: Against the Tyranny of the Market (Verso Books 2003) is mostly comprised of previously unpublished texts. Bourdieu provides arguments against the unilateral revocation of the social contract being imposed by a movement, he calls the neo-liberal invasion. Bourdieu establishes a coherent sociological argumentation based on his profound insights into the mechanisms subjected to processes that are seriously threatening the social balance in our society.

THOMAS KÖHLER

Lost Ground. The Ebbing of Freedom and Will to Resist in Neo-Liberalized Daily Life

The author discusses how, to a growing extent, daily life is under the pressure of achievement imperatives and a powerless discomfort with one's own culture. In spite of the praised multiplicity of options for self-destructive ways of living, this culture of turbo-capitalism is offering ever fewer alternatives. In this paper, the critique of daily life is from the perspective of a concept that social practice is a permanently contested policy of how one is supposed to live one's life. The areas touched upon here are employment, education and nature, because in these areas the strength of pointed emphasis makes it easier to render the argumentation comprehensible.

RAINER VOLKMANN

Consolidation at all Costs? An Emphatic »YES!« to Public Debt

Public debt, as a means of financing alternative economic concepts, has yet to become popular. This paper expounds on reasons for maintaining public debts, particularly for financing »public commodities«. Public debt also provides an opportunity for avoiding policies of aggressive foreign trade. This paper examines many arguments against public debts, to then explain that it is often necessary to accept public debt, as reflecting the political position concerning the extent and development of public commodities and public sector employment.

JÖRG BECKER

Mass Media, Migration and Positive Difference

The discussion around immigration has become sickening. Thick, heavy words such as integration, parallel society, terrorism, assimilation, Islam, head scarves, German courses, etc. are bludgeoning all those involved. Words have become weapons. Language designates not only enemies, but also produces enemy images. This paper examines Islamophobic images and the media propagating them. Reference is made to the inner-Jewish emancipation debate from the 19th century to Martin Buber, whose theory of communication is applied to the current debate on migrant media.

GERO ZOBEL

Rosa Luxemburg's Concept of Democracy

Rosa Luxemburg's argumentation on bourgeois parliamentary democracy can be reduced to 3 aspects. First, her assessment of what bourgeois democracy actually consists of and its relationship to the capitalist economic system. Secondly, the defensive aspect, that bourgeois democracy is an achievement to be defended. And finally the offensive aspect, that the parliament has become a battlefield in the class struggle, where the economic mechanism of capitalist domination has to be exposed to the public.

KAI AGTHE

The Union of Life and Work. Paul Werner Wagner Interviews the Publicist Friedrich Dieckmann in Halle/S.

Friedrich Dieckmann, who celebrated his 70th birthday in 2007, is, without a doubt, one of the most extraordinary personalities of this country's great guild of multifaceted publicists. The author, originally from Berlin, is competent in the areas of graphic and performing arts, politics, intellectual and contemporary history. Subsequent to his studies, particularly under Prof. Ernst Bloch in Leipzig, he chose the imponderable existence of the freelance author. He became a dramaturge at the »Berliner Ensemble,« published essays as well as numerous theatre, literature and music critiques. He was a critical spirit in the GDR, while maintaining a positive view of the concept of a GDR heritage and how the GDR's cultural heritage should be handled.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6 000 Zeichen, Annotationen 3 000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.),
Redaktionsassistentz: HARRY ADLER

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €
Jahresabonnement (incl. Versand):
57 € (Inland), 75 € (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 180:	je	1 €
Heft 181 bis 200	je	2,50 €